

LandInForm

Magazin für Ländliche Räume

AUSGABE 1.15

Lernen dicht an der Natur _ 34

Vielfalt erhalten mit Messer und Gabel _ 40

Attraktiv für Zuwanderer werden _ 44

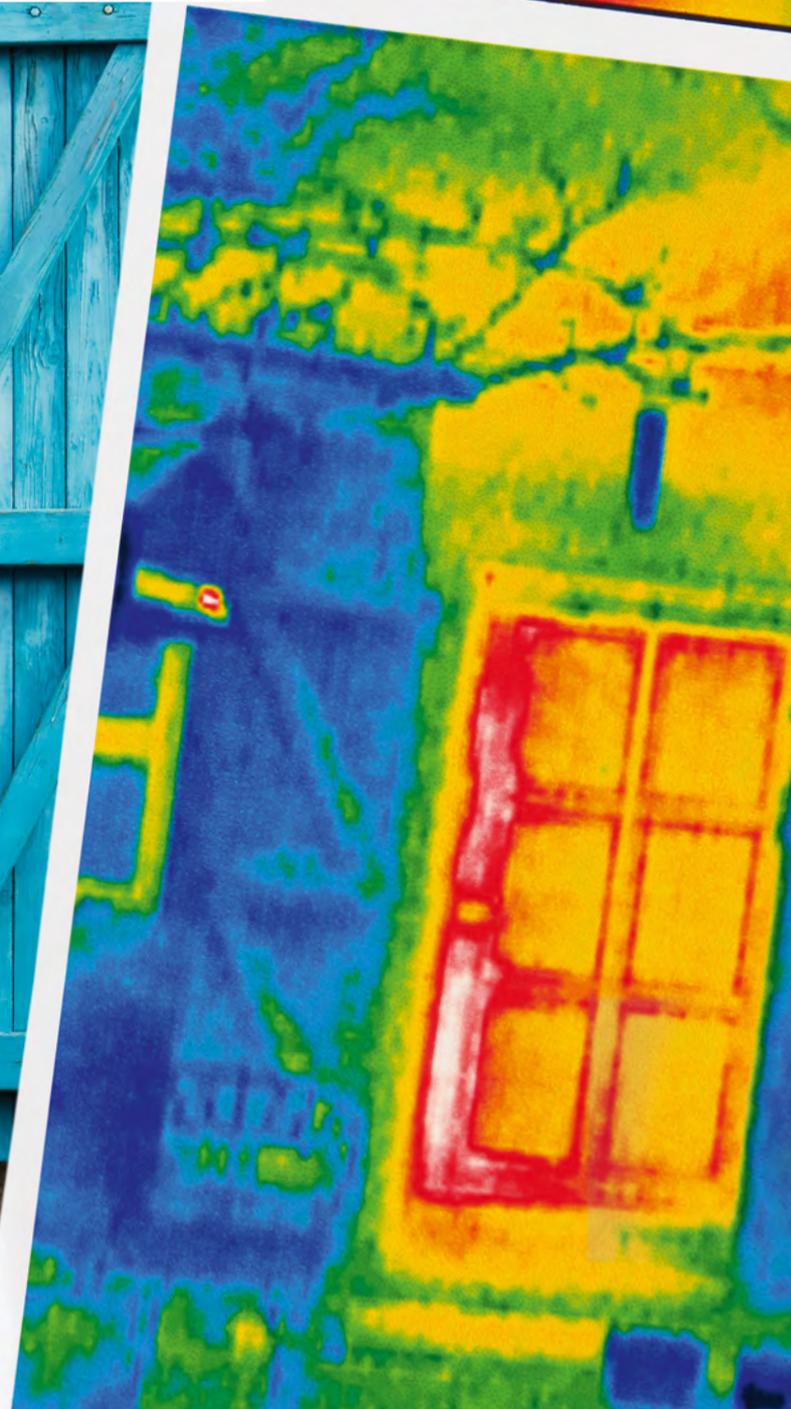
9,01°C

8

6



**Klimaschutz
braucht
Kommunen**



dvs*

Deutsche Vernetzungsstelle
Ländliche Räume

 Bundesministerium
für Ernährung
und Landwirtschaft



Europäischer
Landwirtschaftsfonds
für die Entwicklung
des ländlichen Raums:
Hier investiert Europa
in die ländlichen
Gebiete.

Inhalt



Seite 34 —
Lernen dicht an der Natur



Seite 40 —
Vielfalt erhalten mit Messer und Gabel



Seite 44 —
Attraktiv für Zuwanderer werden

Für das Netzwerk

INSIDE

- 05** — Neue EU-Gremien für den ELER
- 05** — Aktivitäten beim Bund

RÜCKBLICK

- 06** — Internationale Grüne Woche
- 06** — Mitmachen als Prinzip! beim Zukunftsforum 2015
- 07** — Workshop Lernort Bauernhof

AUSBLICK

- 08** — Jahresprogramm der DVS 2015
- 08** — Netzwerktreffen für Dorfakteure
- 09** — Tagung Grünland
- 09** — Ergebnisse der LandInForm-Umfrage

Im Fokus

EINFÜHRUNG

- 10** — INTRO
- 12** — Nicht ohne die Kommunen!
- 14** — Klimahandeln zwischen oben und unten

HINTERGRÜNDE

- 16** — Zwischen Rechtsvorgaben und Handlungsbedarf – Interview Dr. Gerd Landsberg, DStGB
- 17** — Mit Dorfentwicklung Klima schützen
- 18** — Energiemanagement ist Chefsache
- 19** — Das weite Feld der Fördermittel
- 20** — Große Potenziale im Gebäudebestand
- 22** — Klimaschutz schafft Werte
- 24** — Kläranlagen energieeffizienter machen

PROJEKTE

- 26** — Grüner Strom erreicht Nordfrieslands Straßen
- 28** — Rückenwind für Schlalach
- 29** — Energiesparkommune Zschadross
- 30** — Klimaschutz ist Gemeinschaftsaufgabe



ab Seite 10 _

Im Fokus:
Klimaschutz braucht Kommunen

Wie können Kommunen zum weltweiten Ziel beitragen, die CO₂-Emissionen drastisch zu senken und damit den voranschreitenden Klimawandel aufzuhalten? Wir zeigen die vielfältigen Wege hierzu auf, aber auch Stolpersteine, die es zu umschiffen gilt.

Aus der Praxis

- 32 _ Alle werden im Job gebraucht
- 34 _ **Lernen dicht an der Natur**
Die Landschule im Eifelort Gillenfeld schärft ihr Profil mithilfe eines typisch ländlichen Potenzials: Hier dreht sich alles um Natur und gesunde Ernährung.
- 37 _ Klassik im Kloster
- 38 _ Wärme aus wiedervernässten Mooren

Perspektiven

BILDUNG UND FORSCHUNG

- 42 _ Umnutzung gibt Impulse
- 44 _ **Attraktiv für Zuwanderer werden**
In vielen ländlichen Kommunen Deutschlands fehlt es an Fachkräften und jungen Auszubildenden. Wissenschaftler haben untersucht, wie Kommunen attraktiver für qualifizierte Zuwanderer aus dem Ausland werden können.

POLITIK UND GESELLSCHAFT

- 46 _ Rückblick: Modellvorhaben LandZukunft

PARTNER UND EXPERTEN

- 48 _ Breitbandausbau für alle

Forschung trifft Praxis

- 40 _ **Vielfalt erhalten mit Messer und Gabel**
Damit es alte Pflanzensorten und regionale Tierrassen auch in Zukunft noch gibt, müssen sich Anbau oder Haltung für die Erzeuger wieder lohnen. Wie das gelingen kann, hat ein praxisnahes Forschungsprojekt der Universität Kassel erprobt.

Service

- 50 _ angelesen
- 51 _ angekündigt
- 52 _ Termine



Liebe Leserinnen und Leser,

mit jährlich fast einer Milliarde Tonnen CO₂-Äquivalenten liegt Deutschland weltweit auf Platz acht der größten Verursacher von Treibhausgasemissionen – mit gerade einmal 2,2 Prozent der Gesamtemissionen. Das ist nur wenig mehr als die erwartete weltweite jährliche Steigerung von circa 1,5 Prozent.

Die Diskussion um den Verdrängungswettbewerb großer Ölproduzenten wird aktuell intensiv geführt. Billige Kredite und Anlagemöglichkeiten im Fracking steigerten die Produktion und ließen den Ölpreis in einem halben Jahr von rund 115 Dollar pro Fass auf unter 50 Dollar fallen. Das Ende dieser Entwicklung ist absehbar. Nach der Marktberichtigung werden die Preise wieder anziehen, die geringeren Frackingerträge aus Amerika wohl auch den Kohleverbrauch und -preis sowie die CO₂-Emissionen steigen lassen.

Als positives Signal kann da gelten, dass Ende Februar das Europäische Parlament, die EU-Kommission und der Ministerrat einer Reform des Emissionshandels ab 2019 zugestimmt haben. Deutschland hat sich darauf festgelegt, die Einnahmen des Emissionshandels für Ziele der Energiewende zu nutzen. Für die Dämmung von Gebäuden zum Beispiel. Deren Versorgung mit Wärme ist der größte Einzelposten im Energieverbrauch. Keine gute Basis für die steuerliche Förderung der „energetischen Gebäudesanierung“, die auch deshalb immer noch auf sich warten lässt.

Neben dem geringeren Energieverbrauch heißt Klimaschutz häufig dezentrale Versorgung mit Erneuerbaren. Regionen sind dann weniger anfällig gegen Preisschwankungen fossiler Energieträger und können, wenn alles gutgeht, Einnahmen generieren. Immer mehr Länder passen deshalb die Gesetzgebung an. Selbstständige, eigenwirtschaftliche Aktivitäten in Aufgabenbereichen der Gemeinden umfassen immer häufiger (erneuerbare) Energieprojekte. Allerdings liegen dann auch die wirtschaftlichen Risiken dort. Schon deshalb sind verlässliche politische Rahmensetzungen nötig. Sonst können Fehlinvestitionen die Folge sein. Das haben verschiedene Stadtwerke in den zurückliegenden Jahren beispielsweise beim Bau von Gaskraftwerken erfahren müssen. Ich hoffe, dass diese Ausgabe von LandInForm Ihnen einige Anregungen für die weitere Arbeit am wichtigen Thema Klimaschutz bietet.

Ihr

Jan Swoboda

Impressum

LandInForm –
Magazin für Ländliche Räume
Erscheinungsweise: vierteljährlich
Auflage: 12 000 / ISSN: 1866-3176

Herausgeber:
Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE), Bonn
Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume (DVS),
Redaktion: Dr. Juliane Mante, Anja Rath,
Andrea Birrenbach, Dr. Jan Swoboda (V.i.S.d.P.),
Lektorat: Claudia Thelen

Bilder: Titelseite Ingo Bartussek/fotolia.com,
Rückseite: Iegor Liaschenko/fotolia.com

Gestaltung: MedienMélange: Kommunikation
www.medienmelange.de

Druck: MKL Druck GmbH & Co. KG, Ostbevern / Westfalen
Gedruckt auf Recyclingpapier

Bezugsadresse und Redaktionsanschrift:
Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung
Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume
Deichmanns Aue 29, 53179 Bonn
Telefon: 0228 6845-3461,-3081, Fax: 0228 6845-3361
E-Mail: landinform@ble.de,
www.netzwerk-laendlicher-raum.de

Bezug: kostenfrei, LandInForm als PDF-Datei unter
www.landinform.de

Anmerkungen der Redaktion:
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Abbildungen wird keine Haftung übernommen. Die Urheberrechte liegen beim Herausgeber. Eine Genehmigung zur Zweitverwertung auch in Auszügen in Wort, Schrift und Bild erteilt die Redaktion gern gegen Nennung der Quelle und Belegexemplar.

Als Zugeständnis an die Lesbarkeit der Texte haben wir uns darauf geeinigt, alle Personengruppen in männlicher Form anzugeben.

LandInForm wird durch den Bund und die Europäische Union im Rahmen des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER) gefördert. Zuständige Verwaltungsbehörde: Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL)

Kürzel der DVS-Autoren:

Andrea Birrenbach: abb, Jan Freese: jaf, Isabell Friess: ifr,
Stefan Kämper: stk, Moritz Kirchesch: mok, Juliane Mante: jum,
Stephanie Müller: stm, Dagmar Nitsch: dan, Anja Rath: arh,
Bettina Rocha: ber, Jan Swoboda: jas, Anke Wehmeyer: awr,
Monika Wohlert: mow

Neues aus dem Netzwerk

BMEL AUF SCHWUNG

Eine Vielzahl an Aktivitäten macht Hoffnung darauf, dass „Ländliche Entwicklung“ bundespolitisch stärker zum Thema wird.

Mit dem Jahr 2015 ist das „Bundesprogramm Ländliche Entwicklung“ (BULE) gestartet. Dafür stellt die Bundesregierung jährlich zehn Millionen Euro bereit; koordiniert wird es vom Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL). Das neu bei der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) eingerichtete „Kompetenzzentrum Ländliche Entwicklung“ übernimmt die Umsetzung: Es wird als Projektträger Modell- und Demonstrationsvorhaben fördern, den Forschungs- und Wissenstransfer unterstützen sowie Wettbewerbe durchführen. Zu seinen Aufgabenfeldern gehört ab dem 1. Juli 2015 auch die Geschäftsführung für das Modellvorhaben „Land(auf)Schwung“, mit dem strukturschwache ländliche Regionen dabei unterstützt werden, regionale Konzepte zu entwickeln.



Am 14. Dezember 2015 kam im BMEL zum ersten Mal der neu von der Bundesregierung einberufene interministerielle Arbeitsstab „Ländliche Entwicklung“ zusammen. Nicht nur in Berlin haben es ländliche Räume außerdem auf die Plakatwände geschafft: Die Kampagne „Ohne Land wär's ganz schön eng.“ soll die Aufmerksamkeit der Bürger wecken. Das BMEL hat zudem seine Informationsangebote erweitert: online und mit Publikationen wie der im Dezember 2014 erschienenen Broschüre „Ländliche Räume verstehen“. [arh]

Ein Motiv der BMEL-Plakataktion „Ohne Land wär's ganz schön eng.“



SERVICE

Zu den Themenseiten und dem Bundesprogramm Ländliche Entwicklung:
www.bmel.de
 → attraktive ländliche regionen

Zum Kompetenzzentrum Ländliche Entwicklung:
www.ble.de
 → programm
 → ländliche entwicklung

Zum Arbeitsstab Ländliche Entwicklung:
www.bmel.de/DE/Laendliche-Raeume/_texte/Arbeitsstab-LR.html

NEUE GREMIEN UND STRUKTUREN

Auf europäischer Ebene kommen neue und alte Akteure zusammen, um sich im Rahmen des ELER zu vernetzen.

Mit dem Beginn der Förderperiode 2014 bis 2020 hat sich auf europäischer Ebene einiges verändert. Neben der bereits etablierten Europäischen Vernetzungsstelle für den Ländlichen Raum (ENRD Contact Point) sowie dem Europäischen Evaluationsnetzwerk gibt es nun die Servicestelle für die Europäischen Innovationspartnerschaften (EIP-AGRI Service Point). Mit den Vernetzungsplattformen ENRD Contact Point und EIP-AGRI Service Point will die europäische Kommission die Akteure miteinander ins Gespräch bringen und an der Gestaltung der ELER-Programme beteiligen. Außerdem soll die Bevölkerung für die ländliche Entwicklung sensibilisiert werden.

Versammlung Europäisches Ländliches Netzwerk

Ein weiteres Gremium – mit verschiedenen Untergruppen – soll dazu beitragen, die Kommissionsziele zu erreichen. Das Dach bildet das sogenannte „European Rural Network Assembly“. Darin kommen Vertreter aus Ministerien, Zahlstellen, Lokalen Aktionsgruppen, Nichtregierungsorganisationen, ländlichen Entwicklungsorganisationen, der Agrarforschung und landwirtschaftliche Berater ein- bis zweimal jährlich zu gemeinsamen Tagun-

gen zusammen. Rund 50 ausgewählte Akteure aus dem Assembly bilden einen Lenkungskreis auf der operationellen Ebene, der Aktivitäten und Inhalte des Netzwerks diskutiert und festlegt. Er definiert auch die Themen der sogenannten „Thematischen Arbeitsgruppen“, in denen intensiv und ergebnisorientiert am ELER gearbeitet werden soll. Daneben werden Untergruppen des Assembly eingerichtet, die das Thema Innovation – bezogen auf die Europäischen Innovationspartnerschaften und LEADER behandeln. Ein spannendes Arbeitsfeld wird die Umsetzung von LEADER über den Europäischen Sozialfonds (ESF) und den Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE).

Aktive Vernetzung wird unterstützt

Für alle Akteure, die sich weder in den Gremien noch in den thematischen Arbeitsgruppen auf europäischer Ebene einbringen und vernetzen können, bieten die Europäischen Vernetzungsstellen Angebote: Neben der Website und der Verbreitung von Neuigkeiten über Web 2.0 wird es wieder diverse Publikationen, Analysen, Best-Practice-Beispiele aus ganz Europa sowie Schulungen, Workshops und Events geben. [awr]



SERVICE

Europäische Vernetzungsstelle für den Ländlichen Raum:
enrd.ec.europa.eu

Servicestelle für die EIP-Agri:
ec.europa.eu/eip/agriculture

Europäisches Evaluationsnetzwerk:
enrd.ec.europa.eu/de/evaluation/evaluation-expert-network

KONTAKT:

Anke Wehmeyer
 DVS
 Telefon: 0228 6845-3841
 E-Mail: anke.wehmeyer@ble.de

Das war

AKTIV AUF DER IGW Projekte präsentierten sich in der Halle „Lust auf Land“

Im Rahmen der Internationalen Grünen Woche in Berlin stellten sich vom 16. bis 24. Januar 2015 Akteure und Projekte am DVS-Stand vor. Mit Darbietungen bereicherten Aktive aus der Dorfschmiede Freienseen, Musiker aus dem Projekt „Klassik im Kloster“ und die Hesselbergmodels das Hallenprogramm. Einige nutzten die Messe zudem für intensive Gespräche sowie dazu, Kontakte zu knüpfen oder zu intensivieren. [arh]

Am Messestand der DVS bauten Akteure ein Modell der Dorfschmiede Freienseen.



KONTAKT:
Monika Wohler, DVS
Telefon: 0228 6845-3462
monika.wohler@ble.de

Infos: www.netzwerk-laendlicher-raum.de/igw

MITMACHEN ALS PRINZIP!

Aktiv – lebendig – zum Austausch anregend:
Neues Veranstaltungsformat findet Anklang.

Schon beim Betreten des Raums war klar: Hier wird etwas geschehen!“, sagt Volker Amrhein von der Diakonie Deutschland. Er war einer von rund 85 Teilnehmern, die sich am 21. Januar 2015 im Rahmen des Zukunftsforums Ländliche Entwicklung mit dem

Thema „Mitmachen als Prinzip? Bürger_innenbeteiligung in Dorf- und Regionalentwicklung“ auseinandersetzen wollten.

Mit ihren gemeinsamen Begleitveranstaltung ging es der Agrarsozialen Gesellschaft e.V., der Bundesarbeitsgemeinschaft der LEADER-Aktionsgruppen und der DVS darum, sechs Fragen zu bearbeiten: Was ist Bürgerbeteiligung? Was bringt sie? Wer lässt sich beteiligen? Wann macht Bürgerbeteiligung Sinn? Wie organisiert man sie? Und: Was kann Bürgerbeteiligung nicht? Sechs erfahrene Regionalmanager setzten

dazu mit pointierten Thesen Impulse, die zum Austausch in einem World-Café anregen sollten. Für die authentische Atmosphäre eines mitunter aufregenden Beteiligungsprozesses sorgte das Improvisationstheater „Comedy Company“, das die Teilnehmer mit einem unangekündigten, lautstarken und inszenierten Disput zu Ausbauplänen versus Naturschutz im fiktiven Goldbach konfrontierte.

Improvisierter Protest, motivierte Diskussionen

Als einige Teilnehmer, die spontan die Impulse des Impro-Theaters aufgriffen, unter Protest den Saal verlassen wollten, schloss die Moderation mit der Frage: „Muss Bürgerbeteiligung so sein?“ den Bogen zum Thema und leitete zur Gruppenarbeit an den Tischen über. Je ein Tandem aus dem impulsgebenden Regionalmanager und einem Moderator leitete die Gesprächskreise. Das Ziel war es, eine Kernaussage zur jeweiligen Fragestellung zu

finden. In zwei Runden von jeweils 15 Minuten Länge diskutierten die Teilnehmer angeregt. An den Tischen wurde schnell klar, dass Bürgerbeteiligung mehr ist als das, was formal in vielen Programmen vorausgesetzt wird. Wird sie ernst genommen, müssen klare Ziele definiert werden ohne bereits die Ergebnisse vorweg zu nehmen. Die Transparenz der Beteiligungsmöglichkeiten und des Prozesses ist ebenso erforderlich wie das Aushalten unbequemer Ergebnisse. Außerdem muss für den Prozess immer genügend Zeit eingeplant werden. Die Tischmoderatoren präsentierten abschließend die Ergebnisse der Diskussionen, die zudem direkt schriftlich zusammengefasst an die Teilnehmer verteilt wurden.

Experiment erfolgreich

Volker Amrhein fand seine anfängliche Hoffnung erfüllt: „Das World Café entpuppte sich als Dorf Café und schon waren die Teilnehmer mittendrin in einer Dorfversammlung. Viele Fragen, viele Antworten – und nicht nur die elaborierten oder geschliffensten fanden Gehör, sondern auch die ganz einfachen, die unmittelbar überzeugten.“ Alfred Bauer von der Lokalen Aktionsgruppe Vulkaneifel sagte: „Das Dorf-Café mit aufheiternden Impulsen war das richtige und treffende Instrument.“ Der direkte Austausch mit anderen Kollegen habe ihm wertvolle Impulse gegeben, die er in Beteiligungsprozessen der aktuellen LEADER-Bewerbung nutzen will. Auch Christina Pfeiffer vom Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein hat die Veranstaltung gut gefallen. „Ich konnte am eigenen Leibe erfahren, wie unterschiedlich die Wirkung des Mitmachens im Vergleich zu den sonst im Rahmen des Zukunftsforums üblichen Frontal-Veranstaltungen war. Hier war es möglich, eigene Ideen einzubringen und mit neuen Akteuren in einen lebhaften Austausch zu kommen.“ [stm/stk]



i

SERVICE:

Die Dokumentation der Veranstaltung im Netzwerk www.netzwerk-laendlicher-raum.de/zukunftsforum

KONTAKT:

Stefan Kämper
DVS
Telefon: 0228 6845-3722
stefan.kaemper@ble.de

GEWINN FÜR ALLE BETEILIGTEN

Vom Bauernhof als Lernort profitieren Schüler, Schule und Landwirtschaft. Allerdings sind die Interessen mitunter verschieden.



Ein Besuch auf dem Bauernhof begeistert die meisten Kinder und Jugendlichen. Tiere zu versorgen, Beete und Felder zu bestellen oder Lebensmittel zu verarbeiten, ist dabei genauso beliebt, wie den Stall auszumisten oder Schubkarre zu fahren. Selbst den Hof zu fegen, wird oft zur begehrten Aufgabe, wenn Schüler auf den Bauernhof kommen. Kinder und Jugendliche, die Bauernhöfe besuchen, lernen Landwirtschaft in all ihren Facetten, vom modernen Ackerbau- oder Milchviehbetrieb über den Biobetrieb bis hin zum Lehr- und Schulbauernhof, kennen.

Win-win-Situation

Der Bauernhof als Lernort eignet sich somit sehr gut, um der Entfremdung von der Landwirtschaft und der fehlenden Akzeptanz der landwirtschaftlichen Praktiken in der Gesellschaft zu begegnen. Aktuelle Untersuchungen zur Wirksamkeit außerschulischen Lernens – vorgestellt von Dr. Johanna Schockemöhle von der Universität Vechta – zeigen zudem, dass insbesondere schwächere Schüler überproportional von solchen Lernangeboten profitieren, indem sie sich deutlich mehr Wissen aneignen, als im normalen Schulbetrieb.

Perspektivwechsel

Vom Schulbauernhof, der Schülern ein einwöchiges Programm anbietet, über den modernen Milchviehbetrieb, der Einblicke in den Tagesablauf bietet, bis hin zu einem schweine haltenden Betrieb oder jahresbegleitenden Angeboten gibt es vielfältige Möglichkeiten, den „Lernort Bauernhof“ zu gestalten. In der Erich Kästner Schule Hamburg gehören Besuche auf dem Bauernhof inzwischen zum festen Programm. Ihre Schule habe ein Profil im Bereich

Ernährung entwickelt und sich als „Gesunde Schule“ etabliert, berichtete die Lehrerin Ingrid Grohmann. Die Profilbildung der Schulen sowie die zunehmende Entwicklung von Ganztagsangeboten sind eine Chance für außerschulische Lernorte. Allerdings steht für die Schule nicht zwangsläufig die Landwirtschaft im Mittelpunkt, sondern oft auch andere Themen wie Ernährung oder Gesundheit.

Föderal verschiedene Förderung

So individuell wie die Organisation der Förderung ländlicher Räume, so unterschiedlich sind auch die Schulsysteme in den Bundesländern inklusive der Entwicklung des jeweiligen Schulwesens. In Niedersachsen wurde über den ELER ein landesweites Netzwerk mit Koordinierungsstellen geschaffen, die zwischen Schulen und Betrieben vermitteln sowie Hofbesuche vorbereiten und begleiten. In der rheinland-pfälzischen Agrarförderung taucht das Stichwort „Lernort Bauernhof“ gar nicht auf – dennoch gibt es Möglichkeiten: Beispielsweise ist eine entsprechende Weiterbildung von Betriebsleitern förderfähig. Bayern wiederum hat ein, von der Landwirtschaft getragenes, Programm, das jedem Kind in der dritten oder vierten Klasse den Besuch eines Bauernhofs ermöglicht: Zur Unterstützung gehören Qualifizierungsmaßnahmen, Koordinierungsstellen und Finanzmittel in Höhe von derzeit 170 Euro für einen dreistündigen Hofbesuch. Das Land Hessen geht einen anderen Weg. Zum einen stellt es Informations- und Bildungsmaterialien bereit. Zum anderen teilt es den Schulen für ihre Profilbildung eigenständig zu verwaltende Finanzmittel zu, die auch für Betriebsbesuche genutzt werden können. [jaf]

i

SERVICE:

Die DVS organisierte vom 3. bis 4. Dezember 2014 einen Workshop in Kassel, bei dem Akteure aus dem Agrar- und Kulturbereich ihre Erfahrungen austauschten.

Veranstaltungsdokumentation und die neuen Themenseiten zum Lernort Bauernhof online:
www.netzwerk-laendlicher-raum.de/themen/lernort-bauernhof

Weitere Informationen:

www.baglob.de
www.lernenaufdembauernhof.de

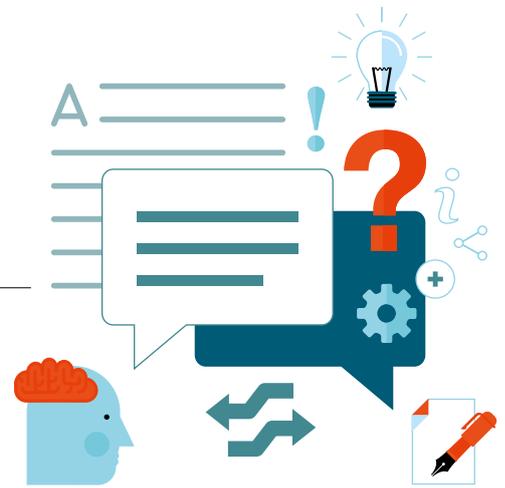
KONTAKT:

Dr. Jan Freese
 DVS
 Telefon: 0228 6845-3477
jan.freese@ble.de

Vorschau

DAS PASSIERT IN DIESEM JAHR

Mit den genehmigten Länderprogrammen beginnt 2015 die neue, aktive Förderperiode. Neben Altbewährtem wird die DVS dabei einige Themen aufwerten und andere neu aufgreifen.



So konzentrieren wir uns in der DVS beispielsweise in den ELER-Prioritäten zwei bis fünf auf Beratungsdienste und verschiedene Kooperationsmöglichkeiten wie Wertschöpfungsketten. Darunter fällt auch die Europäische Innovationspartnerschaft „Landwirtschaftliche Produktivität und Nachhaltigkeit“, EIP-Agri. Der DVS wurde die Aufgabe übertragen, die Akteure der EIP-Agri in Deutschland zu vernetzen.

bundesweite Start-Workshops an. Hier wird zu EIP-Strukturen in Deutschland informiert, zudem können sich die Akteure austauschen und der DVS ihren Unterstützungsbedarf mitteilen. Das gilt auch für die verschiedenen in Deutschland aktiven Dorfnetzwerke. Ihre Anliegen und Aktivitäten sollen bekannt gemacht und gemeinsame Problemstellungen und Ziele formuliert werden.

Angebote für LEADER-Managements

In ELER-Priorität sechs werden LEADER und die Lokalen Aktionsgruppen (LAGs) mit bundesweit über 300 Gruppen noch wichtiger als bisher. Dazu kommen in einigen Ländern Multifonds- oder multifonds-ähnliche Strategien, die verstärkt auf verschiedene Bereiche der Daseinsvorsorge abzielen. Für die Umsetzung der vielen, thematisch breit angelegten Regionalen Entwicklungskonzepte ist es wichtig, die Förderlandschaft außerhalb des ELER und unterschiedliche Finanzierungsinstrumente zu kennen. Deshalb bieten wir, wenn alle Länderprogramme genehmigt sind, verschiedene Schulungsmodulare für Regionalmanager an. Damit die Selbstevaluierung fester Bestandteil der LAG-Arbeit wird, greift der zweite und dritte Teil der Workshop-Reihe zum Evaluierungsleitfaden die Themen „Selbstevaluierungskonzepte erstellen“ und „Methoden des Leitfadens anwenden“ auf. Zudem wird es die dezentralen Veranstaltungen für die kollegiale Beratung zwischen Regionalmanagern weiterhin geben.

Umwelt im Fokus der zweiten Jahreshälfte

In der zweiten Jahreshälfte fokussieren wir mit mehreren Veranstaltungen die Umsetzung von Maßnahmen für das Naturschutzgebietssystem Natura 2000 und die Wasserrahmenrichtlinie sowie für das EU-Biodiversitätsziel, bis 2020 den Artenverlust zu stoppen. Agrarumwelt-Klimamaßnahmen (AUKM), Vertragsnaturschutz, investive nichtproduktive Maßnahmen und Beratungsansätze zu AUKM werden vorgestellt und diskutiert. Außerdem veranschaulicht ein Transferbesuch anhand gelungener Beispiele, wie Umweltprojekte im Wald konzipiert, umgesetzt und weiterentwickelt werden können.

Ein neues Angebot der DVS ist, fachlichen Input für dezentrale Workshops zum Thema ELER-Förderung für den Umwelt- und Naturschutz in der Agrar- und Kulturlandschaft zu geben und geeignete Referenten vorzuschlagen. Die Initiative, arbeitsfähige Gruppen zu bilden und einen gut erreichbaren Tagungsort zu suchen, muss dabei von den Akteuren selbst ausgehen.

EIP- und Dorfakteure vernetzen

Für die operationellen Gruppen der EIP-Agri und die hierfür in einigen Ländern neu eingerichteten „Innovationsdienstleister“, den Mittlern zwischen Projektgruppen und Verwaltung, bieten wir zwei

Für kommunale Verbände, Kreise oder Regionen organisieren wir außerdem Workshops zu den Themen „Wieder Wohnen im Ortskern“, „Wieder einkaufen im Ortskern“ und „Kommunen und Bürgerschaft packen gemeinsam Veränderung an“.
[jas]



KONTAKT:
Dr. Jan Swoboda
DVS
Telefon: 0228 6845-3956
jan.swoboda@ble.de



SERVICE:
Weitere Informationen unter
www.netzwerk-laendlicher-raum.de/dorfentwicklung

KONTAKT:
Moritz Kirchesch
DVS
Telefon: 0228 6845-3968
moritz.kirchesch@ble.de

NETZWERKE(N) FÜR DÖRFER

Die DVS veranstaltet im September 2015 gemeinsam mit dem Bundesverband Lebendige Dörfer e.V. ein Treffen der ländlichen und speziell auf der dörflichen Ebene aktiven Netzwerke.

Wir möchten die Gelegenheit bieten, verschiedene Netzwerke aus unterschiedlichen Bereichen zu präsentieren, Erfahrungen auszutauschen und Kontakte zu knüpfen.

Alle interessierten ländlichen Netzwerke, unabhängig von Größe oder Thematik, sind herzlich eingeladen. [mok]

GRÜNLAND ERHALTEN DURCH EXTENSIVE NUTZUNG

Tagung Die DVS und der Verband der Berufsschäfer laden am 27. Juni 2015 zum Austausch über die Zukunft der Schafhaltung ein.



Vom 26. bis 28. Juni 2015 wird sich auf der Festung Ehrenbreitstein in Koblenz alles um das Thema Grünlandnutzung, Umweltleistungen von Schäfern und anderen Weidetierhaltern drehen. Im Rahmen des von der UN-Ernährungsorganisation FAO unterstützten Treffens des Europäischen Schäfernetzwerks führen die DVS und der Verband der Berufsschäfer am Samstag, den 27. Juni, eine Tagung zu den Perspektiven der extensiven Tierhaltung als Idealbild des Konzepts „Schutz durch Nutzung“ durch. Eingerahmt wird die Veranstaltung auf der Festung durch die Präsentation von Schafen, außerdem wird es Informationen über extensive Weidehaltung und Wanderschäferie geben.

Die Erhaltung extensiv genutzten Grünlands spielt eine wichtige Rolle für den Boden-, Wasser- und Naturschutz. Weidelandschaften prägen vielerorts (noch) das Landschaftsbild. Deren Erhaltung funktioniert flächendeckend aber nur auf der Grundlage einer landwirtschaftlichen Nutzung mit Weidetieren. Betriebe mit extensiver Haltung von Schafen und Mutterkühen stehen im Spannungsfeld einer agrarischen Produktion, die vielerorts nicht mit der Europäischen Agrarförderung vereinbar ist. Zu einer schlechten Markterlössituation kommen insbesondere in Mosaiklandschaften strenge naturschutzfachliche Vorgaben hinzu. Diese Problematik wird bei der Tagung von Vertretern von FAO, EU, Ministerien, Politik und Tierhaltern diskutiert. [jaf]



SERVICE
Anmeldung und Information:
In Kürze auf www.netzwerk-laendlicher-raum.de/gruenland

KONTAKT:
Dr. Jan Freese
DVS
Telefon: 0228 6845-3477
jan.freese@ble.de

LandInForm ENTWICKELT SICH WEITER

Umfrage Lob und konstruktive Kritik am Magazin der DVS

Die Redaktion möchte sich an dieser Stelle bei allen Leserinnen und Lesern bedanken, die an der Umfrage zu LandInForm teilgenommen haben: Bis Ende Februar 2015 gaben 232 LandInForm-Konsumenten eine Rückmeldung ab, die erfreulich oft positiv ausfiel. Die Beteiligung selbst war mit rund 4,5 Prozent der Abonnenten allerdings niedriger als erhofft. Von denjenigen, die teilnahmen, sind viele selbst mit der Förderung befasst: Rund 40 Prozent arbeiten in der Verwaltung oder Planung, etwa 30 Prozent sind im Regionalmanagement tätig. Das spiegelt sich auch in den Angaben zu den Interessenfeldern wider: 77 Prozent der Teilnehmer möchten sich über LEADER und integrierte Entwicklung informieren und knapp 50 Prozent interessieren sich für den Bereich der Daseinsvorsorge. Etwa 27 Prozent der Teilnehmer betreiben zudem Wissenstransfer, Forschung und Beratung, rund ein Viertel ist in der Politik und Bewusstseinsbildung tätig. Neben Kommentaren wie „Weiter so!“ enthalten die Umfragedaten vielfältige Anregungen. Sie reichen von der Idee, Lokale Aktionsgruppen durch Beiträge

miteinander zu vernetzen, über die Wünsche, sowohl mehr über Rechtsgrundlagen als auch über Methoden der Prozesssteuerung zu erfahren bis hin zu der Vision, LandInForm zu einem medialen Sprachrohr für den ländlichen Raum zu entwickeln. Einige Teilnehmer machten konkrete Verbesserungsvorschläge, beispielsweise mehr Pro- und Kontra-Beiträge zu veröffentlichen; andere äußerten auch die Kritik, LandInForm betrachte zu viel durch eine „Öko-Förder-Romantik-Brille“. Eine Auswertung der Umfrage veröffentlichen wir unter www.land-inform.de. Den Wunsch, zukünftig in LandInForm eine Stellenbörse einzurichten, werden wir nicht erfüllen können – wohl aber, unsere Arbeit zu hinterfragen und alle eingegangenen Anregungen für die Weiterentwicklung der Zeitschrift zu nutzen. Eine offensichtliche Veränderung wurde bereits in dieser Ausgabe umgesetzt: Seit Anfang 2015 haben wir gemeinsam mit der Agentur „MedienMélange: Kommunikation!“ ein neues Gestaltungskonzept erarbeitet und freuen uns über ein erneutes Feedback. [arh]



KONTAKT:
Dr. Juliane Mante, Anja Rath
und Andrea Birrenbach
DVS – Redaktion LandInForm
Telefon: 0228 6845-3081,
-3461 und -3435
landinform@ble.de

IM FOKUS

Klimaschutz braucht Kommunen

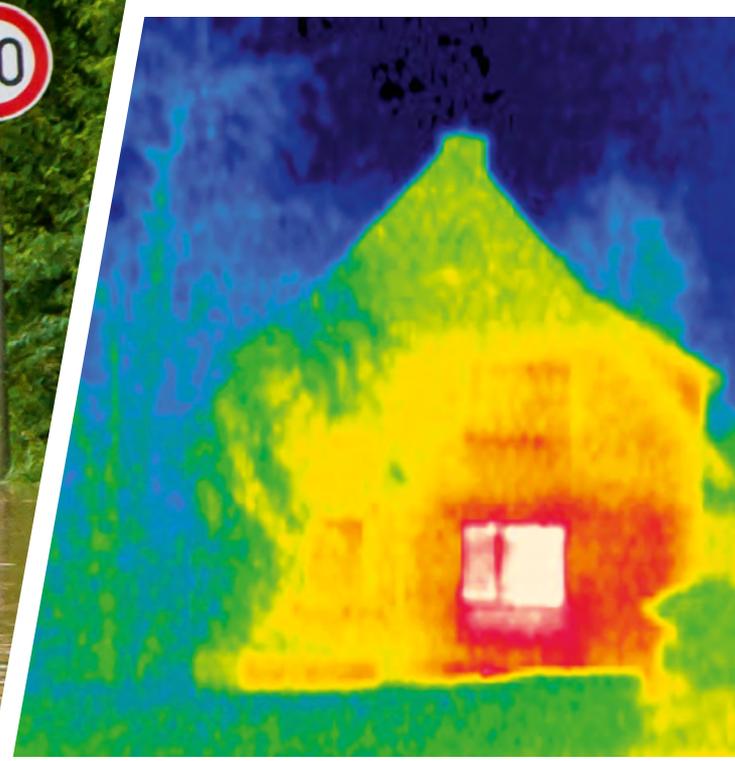
Die aktuellen Aussagen des Weltklimarats sind eindeutig: Der Klimawandel schreitet voran, ist menschengemacht und kann nur durch beträchtlich und anhaltend reduzierte Treibhausgas-Emissionen begrenzt werden.

Nach dem Klimaschutzindex 2014 der Nichtregierungsorganisation German Watch packt diese Aufgabe bisher jedoch kein einziges Land zukunftswirksam an. An Deutschland, ehemals auf Rang 8 und nun auf Platz 19, kritisieren die Klimaexperten drastisch gesunkene politische Ambitionen und dass die Bundesregierung die eigene Energiewende verschleppe. Das Ziel der Bundesregierung, bis 2020 die Emissionen im Vergleich zum Jahr 1990 um 40 Prozent zu reduzieren, ist nach aktuellem Stand nicht zu erreichen. Für Bewegung soll das Ende 2014 verabschiedete Klimaschutzprogramm sorgen: Insbesondere Maßnahmen zur Verringerung des Energieverbrauchs sollen dazu beitragen, zwischen 62 und 78 Millionen Tonnen Kohlendioxid einzusparen.

Dem UNDP-Bericht "Charting A New Low-Carbon Route To Development" (2009) zufolge setzen die Städte, Gemeinden und Regionen weltweit 70 Prozent der Klimaschutzmaßnahmen um. Der Ausschuss der Regionen und das Klimabündnis fordern daher, die Rolle der lokalen Ebene im Weltklima-übereinkommen festzuschreiben.

Wie aber können Kommunen zum weltweiten Ziel beitragen, CO₂-Emissionen einzusparen?

Mehr Informationen zum kommunalen Klimaschutz finden Sie auch auf der DVS-Themenseite unter www.netzwerk-laendlicher-raum.de/klima



Nicht ohne die Kommunen!

Eine Schlüsselrolle im Klimaschutz nehmen die Kommunen ein. Ihnen bieten sich zahlreiche Möglichkeiten, sowohl das Klima als auch den Geldbeutel zu entlasten.

[VON JAN WALTER UND ANNA-KRISTIN JOLK]

Der Klimaschutz und die Bewältigung des Klimawandels gehören aktuell und künftig zu den größten Herausforderungen der Kommunen. Der Bericht des Weltklimarates hat 2014 noch einmal verdeutlicht, dass höchster Handlungsbedarf besteht. Die Bundesrepublik Deutschland hat sich daher ehrgeizige und langfristige Klimaschutzziele gesetzt: Die Treibhausgasemissionen hierzulande sollen bis 2050 um mindestens 80 bis 95 Prozent gegenüber 1990 sinken. Dabei fällt den Kommunen eine besondere Rolle zu: Hier wird einerseits ein großer Teil der klimarelevanten Emissionen erzeugt. Andererseits haben sie große Potenziale in Bezug auf Energieeinsparung, Energieeffizienz und – insbesondere im ländlichen Raum – die Produktion erneuerbarer Energien.

Große Potenziale in den Kommunen

Den Kommunen bietet sich eine breite Palette an Maßnahmen, um die eigene Klimabilanz zu verbessern. Direkt beeinflussbar sind die Emissionen im eigenen Aufgabenbereich. Sie können verringert werden, indem der Energieverbrauch eigener Liegenschaften gesenkt wird, etwa durch Energiesparwettbewerbe, ein kommunales Energiemanagement oder energetische Gebäudesanierungen. Auch ein kommunales Mobilitätsmanagement und klimafreundliche Beschaffungen können helfen, Emissionen einzusparen. Die größten Potenziale schlummern dabei im Gebäudebereich. Allein durch Energiesparprogramme mit der Schulung von Nutzern und technischem Personal können bis zu zehn Prozent der Energie dauerhaft und ohne große Investitionen eingespart werden. Geht es an die Gebäudehülle, wird es teurer, aber es können auch 90 Prozent und mehr des jährlichen Energieverbrauchs eingespart werden. So hat beispielsweise die Kleinstadt Lübbtheen in Mecklenburg-Vorpommern eine Schule aus den frühen 1980er-Jahre energetisch saniert und dadurch den Energieverbrauch des Gebäudes um rund 90 Prozent gesenkt. Von den eingesparten Energiekosten profitiert auch der Kommunalhaushalt.

Auch über das Städtebaurecht und die eigene Satzungshoheit können Kommunen dem Klimaschutz zuträgliche Regelungen festsetzen, beispielsweise für eine nachhaltige Flächennutzung im Gemeindegebiet. So kommt der Flächennutzungsplanung zur Steuerung der Standortplanung für erneuerbare Energien im ländlichen Raum eine wichtige Rolle zu.

Ohne die Bürger geht es nicht

Es ist von zentraler Bedeutung, dass die Gemeinde als gutes Beispiel vorangeht. Sobald hier erste sichtbare Erfolge vorzuweisen sind, können Bürger, Initiativen, Verbände und Unternehmen vor Ort aktiviert und motiviert werden. Die größten Potenziale schlummern auch hier im Gebäudebereich. Um diese zu erschließen, kann die Kommune Öffentlichkeitsarbeit für den Klimaschutz betreiben, die Menschen und Unternehmen vor Ort beteiligen und zielgruppenspezifische Beratungen anbieten. Wenn der finanzielle Spielraum da ist, kann sie ein Förderprogramm für die eigenen Bürger oder Unternehmer auflegen. Kleine Kommunen mit schlanken Verwaltungsstrukturen profitieren von einer größeren Nähe zu den Bürgern. Zugleich verfügen sie jedoch meist auch über geringere Ressourcen als größere Städte. Ein Beispiel für eine finanzielle Bürgerbeteiligung ist ein von der Kommune angestoßenes Bürgerwindprojekt. Über einen „Bürgeranteil“ kann ein Teil der Pachteinnahmen dauerhaft der lokalen Bevölkerung zugutekommen, wie es beispielsweise die Stadt Schleiden in der Eifel umgesetzt hat. So kann Wertschöpfung für und Akzeptanz durch die Bürger vor Ort erreicht werden. Vorreiter im Bereich Bürgerwind in Deutschland ist Nordfriesland. Andere Regionen ziehen nach. Der Kreis Steinfurt hat bereits eine eigene „Servicestelle Windenergie“ eingerichtet. Diese Beispiele verdeutlichen, welchen Nutzen Klimaschutzprojekte gerade in Zeiten des demografischen Wandels, der Entleerung des ländlichen Raums und fehlender Arbeitsplätze in peripheren Gebieten haben können.

Den Anfang macht ein Klimaschutzkonzept

Ein guter Anfang ist es, ein Klimaschutzkonzept zu erstellen, das eine Art Fahrplan für die Kommune ist. Das Bundesumweltministerium fördert im Rahmen seiner Nationalen Klimaschutzinitiative über die „Kommunalrichtlinie“ unter anderem solche Klimaschutzkonzepte (siehe Abbildung). Antragszeitraum ist Januar bis März 2015 und 2016. Kleineren Gemeinden wird empfohlen, sich zu Klimaschutzaktivitäten mit dem Landkreis und Nachbarkommunen zusammenzuschließen, um Aufwand und Kosten auf mehrere Schultern zu verteilen. Dies lässt sich auch auf andere Bereiche wie die Beschaffung übertragen. Um diese unter Klimaschutz- und Kostenaspekten zu optimieren, können Kommunen Einkaufs-

Bausteine der aktuellen Kommunalrichtlinie

Förderschwerpunkte der Kommunalrichtlinie 2015 und 2016

Beratungsleistungen		
Einstiegsberatung kommunaler Klimaschutz		
Klimaschutzkonzepte & -management		
Erstellung von Klimaschutzkonzepten	Klimaschutzmanagement	
Erstellung von Klimaschutzteilkonzepten	Anschlussvorhaben für das Klimaschutzmanagement	
	Durchführung einer ausgewählten Klimaschutzmaßnahme	
Energiesparmodelle		
Energiesparmodelle in Schulen und Kindertagesstätten		
Investive Klimaschutzmaßnahmen		
Nachhaltige Mobilität	Klimaschutztechnologien	
Errichtung verkehrsmittelübergreifender Mobilitätsstationen	Sanierung der Innen- und Hallenbeleuchtung	Klimaschutz bei stillgelegten Siedlungsabfalldeponien
Einrichtung von Wegweisungssystemen	Sanierung und Nachrüstung von Lüftungsanlagen	
Verbesserung der Radverkehrsinfrastruktur		



Erzeugung erneuerbarer Energien im ländlichen Raum

meinschaften bilden. Landkreise können hier bestimmte Aufgaben für ihre Gemeinden zentral aufbauen und gleichzeitig für mehrere Gemeinden zur Verfügung stellen.

Die Politik tut das ihre

Insgesamt haben sich die Rahmenbedingungen für den kommunalen Klimaschutz seit dem Start der Nationalen Klimaschutzinitiative im Jahr 2008 deutlich verbessert. Die Kommunalrichtlinie hat sich als das zentrale Förderprogramm im kommunalen Klimaschutz etabliert. Für kleine Gemeinden ist es allerdings eine enorme Herausforderung, die aktuelle Rechtslage im Auge und alle Förderprogramme im Blick zu haben. National- und europarechtliche Regelungen sind in ständiger Veränderung. Teils befördern sie den kommunalen Klimaschutz, teils hemmen sie ihn wieder, wie die aktuelle Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes. Ein Beispiel für zukünftig anstehende Änderung im Gebäudebereich ist der EU-„nearly zero energy buildings“-Standard. Dieser soll in den nächsten Jahren definiert und für öffentliche Gebäude im Neubau ab 2019 verpflichtend sein. Viele Kommunen bauen allerdings längst im Passivhaus-Standard und greifen dieser rechtlichen Entwicklung damit vor.

Die Kommunen nutzen die Chance

Viele Kommunen haben die Chancen des Klimaschutzes erkannt, dies belegen zahlreiche erfolgreiche Projekte. Die rund 600 Einwohner umfassende Gemeinde Bollewick in Mecklenburg-Vorpommern hat beispielsweise Biogaskraftwerke und ein Wärmenetz errichtet und seit 2009 kommunale Gebäude mit kommunaleigenen Fotovoltaikanlagen ausgestattet. So bleibt die Wertschöpfung in der Kommune. Weitere Vorreiter im Bereich erneuerbare Energien sind Saerbeck, Morbach, Dollstein oder der Stadtteil Feldheim in Treuenbrietzen. Die größte Herausforderung im ländlichen Raum ist die Mobilität. Das Ruppiner Land in Brandenburg setzt zum Beispiel ein gemeinsames Radwegenetz für Freizeit- und Alltagsverkehr um. Die rund 8 500 Einwohner zählende hessische Gemeinde Sulzbach hat ihre Bürger mit Hilfe eines umfassenden Beteiligungsverfahrens zu einer klimafreundlicheren Mobilität bewegt. Die Botschaft aus all diesen erfolgreichen Projekten ist klar: Viele kleine Schritte führen zum Ziel!

SERVICE:

Service- und Kompetenzzentrum: Kommunal Klimaschutz

Das Service- und Kompetenzzentrum: Kommunal Klimaschutz (SK:KK) beim Deutschen Institut für Urbanistik ist Ansprechpartner für alle Fragen rund um Fördermöglichkeiten, Potenziale und gute Beispiele im kommunalen Klimaschutz. Es wird vom Bundesumweltministerium gefördert. Kooperationspartner sind der Deutsche Städtetag, der Deutsche Landkreistag und der Deutsche Städte- und Gemeindebund.
www.klimaschutz.de/kommunen

Zum Weiterlesen

Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.) (2011): **Klimaschutz in Kommunen – Praxisleitfaden**.
Kostenloser Download unter:
www.leitfaden.kommunaler-klimaschutz.de

Deutscher Landkreistag (2015): **Die Energiewende entscheidet sich im ländlichen Raum**.
www.landkreistag.de/themen/energieversorgung.html

Praxisbeispiele auf der SK:KK-Webseite:
<http://www.klimaschutz.de/de/themen/kommune/praxisbeispiele/>



KONTAKT:
Anna-Kristin Jolk & Jan Walter
Deutsches Institut für Urbanistik
Telefon: 0221 340308-22 / -26
jolk@difu.de
walter@difu.de
www.difu.de



Klimahandeln zwischen oben und unten

Im Alpenraum wird heute in vielfältigen Arenen nach Antworten auf den Klimawandel gesucht. Doch nicht alle Ideen können wie gewünscht umgesetzt werden. Woran dies liegt, hat ein kürzlich abgeschlossenes Forschungsprojekt herausgefunden. [VON STEFAN BÖSCHEN, CORDULA KROPP UND KATRIN VOGEL]

Entscheidungsträger auf lokaler und überregionaler Ebene, Interessenvertreter der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft, Behörden, interkommunale Netzwerke, Umweltorganisationen und engagierte Bürger entwickeln im Alpenraum Strategien für Klimaschutz und Klimaanpassung. In dem Projekt „Klima Regional: Soziale Transformationsprozesse für Klimaschutz und Klimaanpassung im Alpenraum“ wurden die Chancen und Hindernisse des Klimahandelns durch über 40 Experteninterviews im bayerischen Mehrebenensystem und ethnografische Gemeinde- und Talstudien ermittelt. Das Projekt wurde 2011 bis 2014 vom Bundesforschungsministerium gefördert.

Die Ebenen aufeinander abstimmen

Die mit dem Klimawandel verknüpften Herausforderungen werden von den Beteiligten auf der übergeordneten Steuerungsebene, der (teil-)regionalen Vermittlungsebene und der lokalen

beziehungsweise kommunalen Handlungsebene unterschiedlich interpretiert. Widersprüche und Blockaden ergeben sich zudem aus den jeweils spezifischen Handlungszwängen und -strategien. So stehen die jeweiligen Lösungsstrategien oftmals unverbunden, wenn nicht gar unversöhnlich nebeneinander: Ist der Klimawandel beispielsweise ein – schon beinahe erledigtes – Energiethema oder betrifft er alle Wirtschafts- und Lebensbereiche?

Klimahandeln im Alpenraum gelingt vor allem dann, wenn lokale und teilregional entwickelte Maßnahmen und die Vorgaben der übergeordneten Steuerungsebene gut aufeinander bezogen und miteinander koordiniert werden können. Dafür ist es erforderlich, dass die Akteure die kontextspezifischen Besonderheiten sowie die Möglichkeiten und Restriktionen der jeweils anderen Ebene anerkennen. Besonders deutlich zeigt sich dies in gebiets- und fachübergreifenden Handlungsfeldern, wie etwa der

Infrastruktur- und Freiraumplanung. Entsprechende Klimamaßnahmen müssen auf der lokalen Ebene in konkrete Planungsvorhaben integriert werden. Sie müssen sich aber auch an bestehenden rechtlichen sowie planerischen Grundlagen orientieren und dabei vorsorgend, vorbereitend und langfristig angelegt sein.

Sektorübergreifend handeln

Zugleich bedarf es der Zusammenarbeit von Akteuren aus den Bereichen Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Gerade diese sektorübergreifende Kooperation setzt aber die Entwicklung gemeinsamer Problemdeutungen und Handlungsziele voraus. Das kann nur gelingen, wenn wechselseitig ein Verständnis für die Unterschiedlichkeit der Perspektiven entsteht. Überspitzt gesagt ist der Klimawandel aus administrativer Sicht Anlass für neue Pläne, aus Unternehmenssicht ein neues Geschäftsfeld und aus zivilgesellschaftlicher Sicht Grund für neue Ängste. Häufig fehlt jedoch das wechselseitige

Klimahandeln von unten: Das Team der Energiegenossenschaft Nahwärmenetz Lenkersheim eG des zur Stadt Bad Windsheim gehörenden Ortsteils Lenkersheim in Bayern.

Verständnis für diese Sichtweisen, was die Zusammenarbeit selbst dann erschwert, wenn alle Seiten grundsätzlich zur Kooperation bereit sind. Folgende zentrale Spannungsfelder erschweren maßgeblich die notwendigen ebenen- und sektorübergreifenden Prozesse der Koordination und Kooperation:

Die Furcht vor dem Autonomieverlust

Viele Befragte aus staatlichen Organisationen bringen ein starkes Interesse am Erhalt der eigenen Einflussosphäre mit. Problemlösungen jenseits der bisherigen Zuständigkeiten und Ressortzuschnitte sind für sie schwer vorstellbar. Vielmehr wollen sie bestehende Instrumente und Leitbilder zu einem besseren Einsatz bringen. Auch in Wirtschaft und Zivilgesellschaft sind die Erwartungen an mögliche Kooperationsergebnisse stark von der Verteidigung bisheriger Handlungsmöglichkeiten und Ausgangsbedingungen geleitet. Kooperationsergebnisse werden daher im Modus der negativen Koordination angestrebt, also weitestgehend als Fortschreibung des Status quo.

Vertrauensaufbau und Vertrauensverlust

Erst persönliche Vertrauensbeziehungen und die wechselseitige Befähigung zum gemeinsamen Handeln ermöglichen ebenen- und sektorübergreifende Kooperationen. Bleiben diese aber hinter den Erwartungen zurück, droht eine Beschädigung der persönlichen Beziehungen. Aus diesem Grund ist ein starker Trend zur vorsorgenden Kompromissbildung beobachtbar, auch weil die in den Kooperationen verfügbare „Tauschmasse“ begrenzt ist. Eine einmalige Kompensation der Kooperationsaufwendungen ist nicht möglich. Der Kooperationsgewinn wird deshalb vor allem in einer langfristig erfolgreichen Zusammenarbeit gesehen. Werden aber durch die Einflussnahme übergeordneter Vollzugsinstitutionen die gemeinsamen Projekte blockiert, wie dies im Projektzeitraum mit der Einführung der neuen Abstandsregelung zur Nutzung der Windkraft geschehen ist, werden nicht

nur die Projekte selbst, sondern auch ihre mühsam errungenen Voraussetzungen beschädigt.

Technik oder Bewusstsein ändern?

Konflikte gibt es auch zwischen den Verfechtern einer technikorientierten Problemlösung und denen einer notwendigen Bewusstseinsänderung. Technikorientierte Problemlösungen gehen meist mit dem Versprechen einher, dass Verhaltensänderungen nicht notwendig sind. Demgegenüber vertreten die Prediger einer notwendigen Bewusstseinsbildung den Standpunkt, trotz optimierter technischer Unterstützung sei eine weitreichende „Transformation“ erforderlich, die nicht ohne veränderte Alltagsroutinen und Bewertungsmuster gelingen könne.

Etatismus versus unternehmerischer Aktionismus

In Bayern wird die Erbringung von Leistungen der Daseinsvorsorge und der Infrastrukturentwicklung, die in engem Zusammenhang mit Klimamaßnahmen stehen, nicht primär als Aufgabenbereich lokaler Handlungsträger – zumal des privatwirtschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Bereichs – verstanden. Letztere sehen sich vielmehr als „Ausfallbürger“ fehlender oder ausbleibender staatlicher Initiativen. In der Regel übernehmen sie eine entsprechende Verantwortung nur teilweise und nur temporär. In solchen Fällen wird oft beklagt, dass ihren Initiativen ein unangemessener Gutachtenaufwand von den Genehmigungsbehörden entgegengesetzt werde.

Innovationsdilemma und Erhalt des Status quo

Viele Initiativen für Klimaschutz und Klimaanpassung kämpfen mit der für Innovationsprozesse typischen Spannung zwischen der couragierten Entwicklung von Neuem nebst den damit verbundenen Unsicherheiten (Innovationsdilemma) und den üblichen Interessen der Besitzstandswahrung und des Erhalts des Status quo. Innovationen weichen – notgedrungen – von der akzeptierten sozialen Ordnung ab. Ihre Umsetzung gefährdet per se vorhandene

Machtpositionen, Privilegien und Wissensbestände. Andere Perspektiven und Interessen können im Rahmen ihrer sukzessiven Entwicklung und Veralltäglichung zum Zuge kommen. Wer vom Status quo profitiert, wird Veränderungsimpulsen jedoch skeptisch gegenüberstehen und manchmal auch versuchen, sie zu verhindern.

Die Wünsche der Klimahandelnden

Klimamaßnahmen erfahren im Vergleich mit kurzfristiger gesetzten Handlungszielen im bayerischen Alpenraum nur geringe Priorität. An der Untersuchung beteiligte Akteure sprechen deshalb vor allem Handlungsempfehlungen aus, die auf eine qualitative Verbesserung der Bewusstseinsbildung und eine organisatorische Unterstützung von klimarelevanten Kooperations- und Koordinationsmaßnahmen zielen. Gewünscht wird „eine Allianz der politischen Kräfte“, eine „Zangenbewegung von oben und unten“ und generell die Anerkennung, dass der Klimawandel nur von allen Gruppen gemeinsam bewältigt werden kann.



KONTAKT:
 Dr. Katrin Vogel
 Wissenschaftszentrum Umwelt
 Universität Augsburg
 Telefon: 0821 5983490
katrin.vogel@wzu.uni-augsburg.de
www.klima-regional.de

Zwischen Rechtsvorgaben und Handlungsbedarf



Dr. Gerd Landsberg ist geschäftsführendes Präsidialmitglied des Deutschen Städte- und Gemeindebundes (DStGB).

Als kommunaler Spitzenverband vertritt der DStGB die Interessen der selbstverwalteten Städte und Gemeinden in Deutschland und Europa. Seine Mitglieder repräsentieren circa 11000 große, mittlere und kleinere Städte und Gemeinden in Deutschland mit über 50 Millionen Einwohnern.

Dr. Gerd Landsberg
(DStGB)

Herr Dr. Landsberg, welche Regelungen beeinflussen die eigenwirtschaftliche Aktivität von Kommunen in Bezug auf die Umsetzung Erneuerbarer-Energie- oder anderer Klimaschutzprojekte?

Eine Gemeinde muss vor allem die Schranken des Gemeindefinanzierungs- und Haushaltsrechts beachten. Dabei handelt es sich um Landesrecht, das mehr oder weniger restriktiv ausgestaltet ist. Dahinter steht seit jeher der Schutz der Kommunen vor zu großen wirtschaftlichen Risiken. Im Energiebereich befreien immer mehr Länder die Kommunen von bisherigen strengen Vorgaben, um ihr Engagement für die Energiewende zu stärken. So hat zuletzt Schleswig-Holstein seinen Grundsatz im Gemeindefinanzierungsrecht, dass sich Gemeinden lediglich innerhalb der örtlichen Grenzen wirtschaftlich betätigen dürfen, aufgegeben. Es bleiben die Grenzen des kommunalen Haushalts-, aber auch des Beihilferechts, die vor allem bei der Finanzierung der Projekte, bei der Aufnahme von Krediten und in Bezug auf eine mögliche Haftung eine Rolle spielen. Vergaberechtliche Hürden können auftreten, wenn das Unternehmen etwa Liefer- und Dienstleistungsaufträge für den Bau und Betrieb von Erneuerbaren-Energie-Anlagen vergeben will.

Wie können Kommunen innerhalb dieses rechtlichen Rahmens kommunale Klimaschutzprojekte erfolgreich umsetzen?

Jede Gemeinde sollte zunächst frühzeitig prüfen, ob der Einstieg in die Energieerzeugung oder in ein Klimaschutzvorhaben sinnvoll ist und dessen Risiken mit den zu erwartenden Vorteilen abwägen. Sie darf ihre wirtschaftliche Leistungsfähigkeit nicht überstrapazieren. Die Kommune muss sich vor allem einen ausreichenden Einfluss auf die

Entscheidungen des Unternehmens sichern, das mit dem Energieprojekt betraut ist. Hier bieten die Wahl der Rechtsform und die Ausgestaltung der Gesellschaftsverträge und Unternehmenssatzungen einigen Spielraum. Vorteile bieten Kooperationen mit bestehenden kommunalen Unternehmen, Bürgern, Landwirten oder Nachbargemeinden. Die Partner können zum einen das fachliche Know-how liefern, zum anderen können Planungskosten aufgeteilt werden. Bei Wind- oder Solaranlagen hat die Gemeinde im Rahmen der Bauleitplanung besondere Steuerungsmöglichkeiten, unter anderem in Bezug auf die Standortentwicklung. Bürger einzubeziehen und sie zu bürgerschaftlichen Energieinitiativen zu ermutigen, stärkt die Akzeptanz für die Energiewende und schafft positive regionalwirtschaftliche Effekte. Alle Beteiligten können vom Betrieb der Bürgerenergieanlagen unmittelbar finanziell profitieren. Die Gemeinde kann hier die Initialzündung geben.

Sind darüber hinaus Maßnahmen notwendig, um kommunale Klimaschutzmaßnahmen stärker zu fördern?

Kommunale Energie- und Klimaschutzkonzepte erfordern einen erheblichen finanziellen Aufwand, der ohne die gezielte Unterstützung durch Förderprogramme des Bundes in der Regel nicht zu bewerkstelligen ist. Dabei tragen Projekte, wie der Aufbau von Nahwärmenetzen, die Umstellung der Straßenbeleuchtung auf LED oder Energiesparmodelle in Schulen und Kindergärten erheblich zum Klimaschutz und zur CO₂-Minderung bei. Die finanziell schlechte Haushaltslage vieler Gemeinden lässt Investitionen jedoch oft gar nicht erst zu. Ohne eine entsprechende langfristige finanzielle Förderung werden vor allem die im Bereich der energetischen Sanierung öffentlicher Gebäude steckenden Einsparmöglichkeiten nicht ausgeschöpft. Der Sanierungsbedarf wird angesichts der Masse an Bestandsgebäuden auf mindestens fünf Milliarden Euro jährlich geschätzt. Auch im Bereich privater Gebäude, in dem sich die Investitionskosten derzeit nicht mehr amortisieren lassen, fehlt es an ökonomischen Anreizen, etwa durch steuerliche Erleichterungen.

Vielen Dank für das Gespräch!

Das Gespräch führte Juliane Mante.

„
Die Kommune muss sich einen ausreichenden Einfluss auf die Entscheidungen des mit dem Energieprojekt betrauten Unternehmens sichern.“

Mit Dorfentwicklung Klima schützen

Wie können die Themen Klimaschutz und Klimafolgenanpassung stärker in die Dorfentwicklung integriert werden? Dieser Frage geht das Modellvorhaben „Dorferneuerung und Klimaschutz“ bis zum Jahr 2017 in drei niedersächsischen Dorfregionen nach.

[VON WOLFGANG KLEINE-LIMBERG UND SILKE NOLTING]



Das niedersächsische Dorferneuerungsprogramm will den Kulturräum Dorf in seiner inneren Struktur – zum Beispiel Dorfgemeinschaft und Dorfwirtschaft – und äußeren Form – dazu gehören Gebäudegestalt und Siedlungsstruktur – erhalten, weiterentwickeln und zukunftsfähig machen. Die Dorfentwicklungsplanung muss sich dabei stets neuen Anforderungen stellen und entsprechende Antworten finden. Neben den fortwährenden Arbeitsfeldern Dorfökologie und -ökonomie gehören die Folgen des demografischen Wandels genauso zu den aktuellen Herausforderungen wie die Themen Klimaschutz und Klimafolgenanpassung.

Klimaschutz hat hohen Stellenwert

Der Gebäudebestand vieler Dörfer bietet große Potenziale, um den Energieverbrauch zu senken. Eine wichtige Aufgabe der Dorfentwicklung besteht darin, modernisierungswilligen Eigentümern alternative Möglichkeiten zu Wärmedämmverbundsystemen aufzuzeigen, damit Fachwerk- und Ziegelfassaden erhalten bleiben und das gestalterische Kulturerbe der niedersächsischen Dörfer nicht verloren geht.

Die erforderliche Anpassung an den Klimawandel muss in der Dorfentwicklung umfassender berücksichtigt werden. Wie reagiert man auf vermehrte Starkregenereignisse? Sind dazu Maßnahmen in der öffentlichen oder privaten Infrastruktur erforderlich? Auf diese Fragen müssen mit den Menschen vor Ort Antworten gefunden werden.

Beispiele, Chancen und Aufgaben

Dass der Energieverbrauch über gemeinsame Aktionen der Dorfgemeinschaft deutlich verringert werden kann, zeigen diverse Beispiele. Dazu zählen Wettbewerbe wie „Unser Dorf spart Strom“, die Einführung von Bürgerbussen, Dorfautos oder eine genossenschaftliche Nahwärme-Initiative mit bäuerlicher Biogasanlage. Von solchen Projekten gehen neue Impulse für die Zusammenarbeit der Dorfbewohner aus und die Gemeinschaft wird gestärkt. Die vielfältigen Ideen sowie erprobten Konzepte müssen allerdings erst noch in die Dorfentwicklungsplanung eingehen. Zudem gilt es, den Erhalt des Kulturräum Dorf mithilfe konkreter Beteiligungskonzepte mit dem Leitbild Klimaneutralität zu verknüpfen.

Mittel und Wege finden

Wie im örtlichen Klimaschutz individueller Nutzen mit Gemeinschaftsvorteilen verbunden werden kann, soll das Modellvorhaben „Dorferneuerung und Klimaschutz“ in drei niedersächsischen Dorfregionen erproben. Die Gemeinden und Dorfentwicklungsplaner werden im Planungsprozess und in der Umsetzungsphase dabei unterstützt, die Dorfgemeinschaft zu aktivieren und zu beteiligen – beispielsweise durch lokale Beratungskampagnen, Informationsveranstaltungen oder Schulungsmaßnahmen für Planer und Handwerker.

Projektziel ist es, einen beispielhaften und kreativen Prozessablauf zu entwickeln, dessen Bausteine und Methoden auf andere Dorfregionen übertragbar sind. Ideal wäre es, wenn damit auf lokaler Ebene auch ohne Aufnahme in das Dorferneuerungsprogramm gemeinschaftliche Projekte und Aktionen entstehen.

SERVICE:

Partner im Modellvorhaben

Im Auftrag des Niedersächsischen Städte- und Gemeindebundes und gefördert durch das Land Niedersachsen unterstützen das Planungsbüro mensch und region, die Klimaschutzagentur Region Hannover sowie die Kommunale Umwelt-Aktion U.A.N. die Dorfregionen Duderstadt, Holte-Lastrup und Wahrenholz-Schönewörde dabei, Klimaschutz in die Dorfentwicklung zu integrieren.

Weitere Informationen zum Projekt unter www.dorf-und-klima.de



KONTAKT:

Wolfgang Kleine-Limberg
Planungsbüro mensch und region
Tel.: 0511 444454
kleine-limberg@mensch-und-region.de

Silke Nolting
Kommunale Umwelt-Aktion U.A.N.
Tel.: 0511 30285-62
nolting@uan.de

Energiemanagement ist Chefsache

Ein erheblicher Teil der Bewirtschaftungskosten für kommunale Gebäude wird durch die Wärme-, Strom- und Wasserversorgung verursacht.

Es kann sich lohnen, die Energiekosten genau unter die Lupe zu nehmen. [VON ARMIN VERCH]

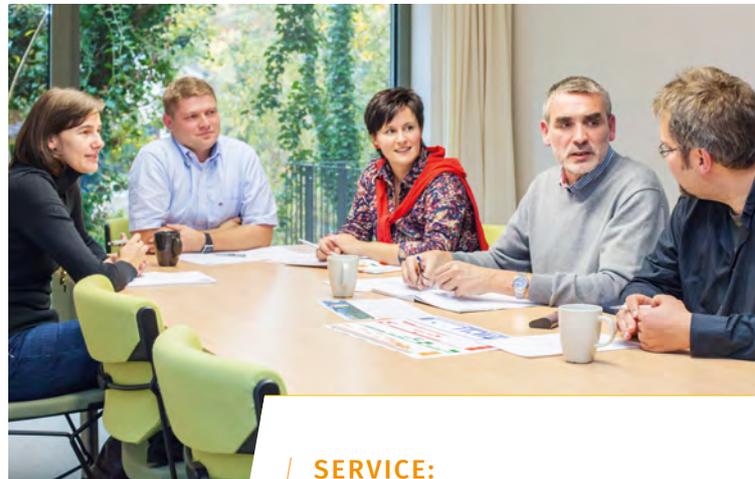
Seit einigen Jahren begleitet die Sächsische Energieagentur (SAENA) zwei Pilotprojekte bei der Einführung eines Kommunalen Energiemanagements (KEM). Die Erfahrung zeigt: Ist niemand für das Thema Energie in der Gemeindeverwaltung zuständig, sind die gesamten Energie- und Wasserkosten um zehn bis 30 Prozent höher als notwendig. Und ein systematisches KEM kann dazu beitragen, solche Potenziale aufzudecken. Zu den ersten Maßnahmen gehört es, zentrale Verantwortlichkeiten festzulegen, ein Energiecontrolling einzuführen, den Betrieb bestehender Anlagentechnik zu optimieren, Hausmeister zu schulen, aber auch Gebäudenutzer zu motivieren. Idealerweise setzt ein kommunaler Energiemanager das Vorhaben um: Er koordiniert alle Aufgaben sowie ein Energie-Team, bei Bedarf unterstützen ihn externe Fachberater. Zudem sorgt er dafür, dass kommunale Gremien sowie die Öffentlichkeit kontinuierlich informiert werden.

Pilotprojekte zeigen Potenziale

Gemeinsam mit 19 kleinen, ländlichen Kommunen initiierte die SAENA im Rahmen eines INTERREG IVC Projektes zwei Projekte zum Thema: seit 2012 in der ILE-Region Westlausitz und seit 2013 in der LEADER-Region Leipziger Muldenland. Kernbestandteile sind ein sechsmonatiger Ausbildungslehrgang für kommunale Energiemanager und deren Betreuung durch einen Energiecoach vor Ort. Mit Hilfe des eingeführten Energiecontrollings konnte eine der Kommunen zum Teil auffällig hohe Energie- und Wasserkosten identifizieren und verringern; erste Maßnahmen sparen über 4 000 Euro pro Jahr. In einer zweiten Kommune werden allein durch die optimierte Nutzung einer ehemaligen Schule über 30 Prozent (19 000 Euro pro Jahr) eingespart. Eine weitere Kommune senkte durch die Optimierung ihrer Energielieferverträge ihre Kosten um etwa fünf Prozent (25 000 Euro pro Jahr).

Aktive Unterstützung unabdingbar

Neben der Schulung der verantwortlichen Mitarbeiter ist es besonders wichtig, dass die kommunale Leitungsebene die Bemühungen zur Energieeinsparung aktiv unterstützt, geeignete organisatorische Strukturen schafft sowie die nötigen zeitlichen und sachlichen Ressourcen bereitstellt. Schwierigkeiten gab es vor allem zu Beginn der Projekte, als die Gebäudenutzer noch unentschlossen waren und die organisatorischen Grundlagen fehlten, die beispielsweise die Befugnisse des Energiemanagers untermauerten. Kleinere Kommunen haben es aufgrund ihrer geringen Personaldecke bei gleichzeitig vielfältigen Aufgaben häufig besonders schwer. Hier bietet sich an, die Aufgaben des KEM auf mehrere Schultern zu verteilen oder sie im Zusammenschluss mit anderen kleinen Kommunen zu bewältigen.



Das kommunale Energie-Team beim regelmäßigen Arbeitstreffen.

SERVICE:

Beispielrechnung für eine Kommune mit 10 000 Einwohnern

Pro Jahr könnten 250 000 Euro kommunale Energiekosten durch einfache Maßnahmen um zehn bis 30 Prozent reduziert werden. Das eingesparte Geld finanziert die Personalkosten eines Energiemanagers (rund 20 Prozent einer Vollzeitstelle = 10 000 Euro pro Jahr) und eines Energietechnikers (rund zehn Prozent einer Vollzeitstelle = 5 000 Euro pro Jahr) sowie fünf externe Beratertage pro Jahr (3 000 Euro). Auch ein Startbudget von rund 5 000 Euro für geringinvestive Maßnahmen wie Pumpen und Messgeräte wird ermöglicht. Jährlich mindestens 25 000 Euro eingesparte Kosten stehen damit den Kosten eines kommunalen Energiemanagements von etwa 23 000 Euro gegenüber.

Zum Weiterlesen

Die neu erschienene Broschüre „Energiemanagement in kleinen Kommunen“ bietet praxiserprobte Informationen zum systematischen Aufbau eines kommunalen Energiemanagements. Sie stellt die wichtigsten Herausforderungen dar und ergänzt diese durch Lösungsvorschläge in Form von Praxistipps sowie durch weiterführende Informationen. Sie steht unter www.saena.de/kem zum Download bereit.



KONTAKT:
Armin Verch
Sächsische Energieagentur – SAENA GmbH
Telefon: 0351 4910-3199
armin.verch@saena.de
www.saena.de/kem

Förderung für den Klimaschutz – eine Auswahl

Europäische Aktionsprogramme (nicht rückzahlbare Zuschüsse)

LIFE – Teilprogramm Klima:

Klimaschutz, Anpassung an den Klimawandel, Verwaltungspraxis, Information im Klimabereich

INTERREG – territoriale Zusammenarbeit:

Teilprogramm A – grenzüberschreitende Zusammenarbeit,
Teilprogramm B – spezifische Programmräume,
Teilprogramm Europe – europaweite Zusammenarbeit

Erasmus+:

Bildungsangebote, Mobilitäts- und Austauschprojekte, Curricula zu Klima und Energie

Horizon2020:

nachhaltige Energiepolitik, Entwicklung und Markteinführung von Energieeffizienzlösungen und Erneuerbaren Energien, Bewusstseinsbildung und Sensibilisierung

Nationale Förderprogramme (Z=Zuschüsse, D=Darlehen)

Energetische Stadtsanierung (KfW):

Integrierte Quartierskonzepte, Sanierungsmanager (Z)

Energieeffizient Sanieren – Baubegleitung (KfW):

Energetische Fachplanung und Baubegleitung bei der Sanierung von Wohngebäuden (Z in Kombination mit D)

Energieeffizient Bauen (KfW):

Neubau oder Ersterwerb eines KfW-Effizienzhauses oder eines Passivhauses (D und Z)

IKK – Energetische Stadtsanierung – Energieeffizient sanieren / Quartiersversorgung (KfW):

Einzelmaßnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz des Gebäudebestands sowie Investitionen in effiziente Wärme-, Wasser- und Abwassersysteme (D)

Förderung von Beratung zum Energiespar-Contracting (BMWi/BAFA):

Beratung zur Energieeinsparung in kommunalen Liegenschaften durch öffentlich-private Partnerschaften (Z)

Förderung von Energieeffizienz-Netzwerken von Kommunen (BMWi/BAFA):

Identifizierung und Umsetzung von Energieeinsparmaßnahmen (Z)

Kommunalrichtlinie (BMUB, PtJ):

Beratung, Information, Kapazitätsaufbau, Erfahrungsaustausch, Vernetzung, Qualifizierung, Klimaschutzkonzepte, Klimaschutzmanager (Z)

Maßnahmen zur Nutzung erneuerbarer Energien im Wärmemarkt / Erneuerbare Energien Premium (BAFA/KfW):

Investitionen in Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien im Wärmemarkt (Z, D und Tilgungszuschüsse)

Umweltschutzförderung der Deutschen Bundesstiftung Umwelt: Klimaschutzprojekte, insbesondere Verbundvorhaben von KMU und Forschung (Z)

Forschung für Nachhaltige Entwicklungen – FONA (BMBF, PtJ):

Teilprogramm Kommunen innovativ – transdisziplinärer Ansatz für Kommunen, Unternehmen und Forschung

Länderspezifische Förderprogramme (Zuschüsse, meist EFRE-kofinanziert)

Zum Beispiel:

Klimaschutzförderrichtlinie Kommunen (MV), progres.nrw (NW), Klimaschutz mit System - Kms 2014–2020 (BW)

Das weite Feld der Fördermittel

Als kleinste Verwaltungseinheit sollen Kommunen dabei mitwirken, europäische, nationale und länderspezifische Klimaschutzziele zu erreichen.

Sie werden gefordert – und gefördert. [VON CHRISTINA MANTE]

Sie sollen dazu beitragen, die CO₂-Emissionen zu verringern, die Energieeffizienz zu verbessern, erneuerbare Energien zu nutzen und zukunftsfähige Energiesysteme zu etablieren: Die vielfältigen Unterstützungsmöglichkeiten für Kommunen (eine Auswahl zeigt die Liste links) veranschaulichen, welchen Raum der Klimaschutz auf der politischen Agenda einnimmt.

Europäische Aktionsprogramme

Die europäische Union macht Klimaschutz und nachhaltige Energieversorgung zu Themen in einem der fünf Kernziele ihrer Strategie „Europa 2020“, auf deren Basis die EU-Programme für die Förderperiode 2014 bis 2020 konzipiert wurden. Sie gewähren nicht rückzahlbare Zuschüsse für ein vielfältiges Themenspektrum. Vorrangig werden allerdings nicht-investive Maßnahmen gefördert. Abgesehen vom LIFE-Programm, ist eine europäische Projektpartnerschaft aus meist zwei bis drei Partnern die Voraussetzung dafür, in den Genuss der Mittel zu kommen. Um den Verwaltungsaufwand inklusive Beachtung bestimmter Finanzregularien, Berichtspflichten und Terminen zu bewältigen, können sich Erstantragsteller mitunter professionell unterstützen lassen. In der Regel müssen 25 Prozent des Projektbudgets in Eigenleistung erbracht werden; in einigen Fällen können diese über Bundes- oder Landesmittel abgedeckt werden.

Europäische Projekte bieten mit dem „Blick über den Tellerrand“ nicht nur neue Ideen und Impulse. Es können zudem neue Ansätze erprobt und Vorhaben umgesetzt werden, die über das Tagesgeschäft einer Kommune hinausgehen.

Nationale Förderung

Bei den zahlreichen Programmen auf Bundesebene werden sowohl nicht rückzahlbare Zuschüsse als auch Darlehen vergeben. Zum Teil kombinieren die Förderprogramme beide Finanzierungsoptionen. Die Zuschüsse werden insbesondere für nicht-investive Vorhaben – Konzepte, Beratung, Netzwerkbildung und Erfahrungsaustausch – gewährt; teilweise ist auch die Förderung kleinerer Investitionsvorhaben gestattet. Eine Vielzahl von investiven Klimaschutzmaßnahmen können über zinsvergünstigte Kredite der KfW finanziert werden. Innerhalb der KfW-Einzelprogramme sind auch zusätzliche Investitionszuschüsse möglich sowie Tilgungszuschüsse, die zum Teil von der Wirksamkeit der Energieeffizienzmaßnahmen abhängen.

Regionale Unterstützung

Viele Bundesländer stellen eigene Haushaltsmittel für den kommunalen Klimaschutz in Form von Zuschüssen oder zinsvergünstigten Darlehen bereit. Darüber hinaus bieten die durch europäische Mittel kofinanzierten Länderprogramme umfangreiche Möglichkeiten, Klimaschutzmaßnahmen – auch investive – umzusetzen. Momentan verhandeln noch viele Bundesländer mit der europäischen Kommission über die Operationellen Programme für die Förderperiode 2014 bis 2020. Auf deren Grundlage sollen spätestens ab Mitte 2015 länderspezifische Förderlinien verabschiedet werden.



Christina Mante
RESOURCE
Telefon: 0176 84641687
contact@resource-projects.eu
www.resource-projects.eu

Große Potenziale im Gebäudebestand

Kommunale Energiekonzepte benennen erhebliche Einsparpotenziale für den Gebäudesektor. Wie das Mehr an energieeffizienten Häusern realisiert werden soll, bleibt allerdings oft vage – und Beispiele kommen bislang vorwiegend aus den Städten. [VON TANJA KENKMANN]

Die Politik hat den Gebäudesektor, insbesondere die Gebäudesanierung, als eines der wesentlichen Handlungsfelder erkannt, um den Endenergieverbrauch zu senken: In privaten Haushalten fließen über zwei Drittel des Energieverbrauchs – den Verkehr ausgenommen – in die Raumwärmeerzeugung, beim Sektor Gewerbe, Handel und Dienstleistungen ist es knapp die Hälfte. Für Heizung und Warmwasser werden mehr als 45 Prozent des gesamtdeutschen Endenergieverbrauchs aufgewendet. Die Bundesregierung hat sich das ambitionierte Ziel gesetzt, bis 2050 einen nahezu klimaneutralen Gebäudebestand zu erreichen. Hauptinstrumente sind die KfW-Förderprogramme „Energieeffizient Sanieren“ und „Energieeffizient Bauen“ sowie das Marktanreizprogramm des Bundesamts für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA). Dazu kommen Informations- und Motivationsprogramme wie „CO₂online“ und das Projekt „Zukunft Haus“ der Deutschen Energie-Agentur.

Kommunaler Handlungsbedarf vorhanden

Bundesprogramme werden die angestrebten Einsparziele jedoch nicht erreichen, wenn sie nicht durch die regionale Politik unterstützt werden. Tatsächlich haben viele Kommunen die Potenziale des Gebäudesektors für den Klimaschutz und den daraus resultierenden Handlungsbedarf erkannt: In der Regel quantifizieren sie in ihren Energiekonzepten ein Einsparpotenzial für den Gebäudesektor und formulieren das Ziel, dieses mittelfristig zu heben. Allerdings: An konkreten Vorschlägen, wie die Erreichung der Einsparziele des Gebäudesektors unterstützt werden kann, fehlt es den Konzepten oft. So beschreiben von 19 Masterplankommunen nur etwa die Hälfte in ihren Plänen konkrete Projektvorschläge zur Förderung der Gebäudesanierung. Und davon beschränkt sich ein Großteil auf die Information und Beratung der Eigentümer. Das allein wird jedoch nicht ausreichen, höhere Sanierungsaktivitäten anzustoßen. Um Effizienzpotenziale im Gebäudesektor zu realisieren, nehmen Kommunen zwei zentrale Rollen ein: die des Akteurs mit Entscheidungshoheit für die eigenen Gebäude sowie die des Impulsgebers – oder „change-agents“ – für weitere Zielgruppen, wie Unternehmen und andere, nicht kommunale Institutionen sowie für die privaten Haushalte. Welche Ansätze für Maßnahmen und kommunale Instrumente können dazu beitragen, die Sanierung privater Gebäude anzureizen?

Skeptiker und Uninteressierte gewinnen

Angebote zur allgemeinen, Hersteller-neutralen Erstinformation, beispielsweise durch Internetseiten oder Broschüren, sind fast im Übermaß vorhanden. Außerdem wird die Energieberatung und Baubegleitung einer Sanierung über die BAFA und KfW gefördert. Davon fühlen sich jedoch nur Zielgruppen angesprochen, die bereits Interesse an einer Sanierung haben oder gezielt nach Informationen suchen. Bedarf besteht nach wie vor an niederschweligen Beratungs- und Motivationsangeboten für Sanierungsskeptiker, zum Beispiel Sanierungskampagnen. So hat die Initiative Energieeffizienz Metropolregion Rhein-Neckar eine „Energiekarawane“ gestartet, um Gebäudeeigner aufzuklären und zur Sanierung zu motivieren. Die Stadt Mainz zeichnet besonders ambitioniert sanierte Gebäude mit der „Grünen Hausnummer“ aus. Eine andere Möglichkeit ist, Energieberatungen in Bürgerämtern und Rathäusern anzubieten.

Förderanreize und Standards setzen

Der finanzielle Anreiz der Bundesförderprogramme reicht oft nicht aus, um Gebäudesanierer zu motivieren. Kommunale Förderprogramme sind grundsätzlich geeignet, finanzielle Sanierungshemmnisse zu verringern – insbesondere, wenn sie mit der Bundesförderung kombiniert werden können. Bei der Ausgestaltung sollten allerdings einige Prinzipien berücksichtigt werden. Wenig sinnvoll ist eine Förderung nach dem Gießkannenprinzip. Stattdessen sollte sich die Förderung auf einen Stadt- oder Ortsteil oder auf bestimmte Gebäudetypen fokussieren. Idealerweise versucht man, stadtteilspezifische Sanierungswellen zu koordinieren. So können möglicherweise Kostenvorteile für die Sanierung generiert, aber auch die sich ändernden Anforderungen an die Energieversorgung im Zuge der Sanierung optimal berücksichtigt werden. Eine sinnvolle Förderung macht zur Bedingung, dass mit der Sanierung hohe energetische Standards erreicht werden, zum Beispiel KfW-Effizienzhaus 85 und besser, und gleicht dadurch anfallende Mehrkosten aus. Da die Hemmnisse für eine Komplettsanierung des Gebäudes in der Regel höher sind als die für Einzelmaßnahmen, sollten auch entsprechend ambitionierte Einzelvorhaben offensiv unterstützt werden, beispielsweise mithilfe einer kommunalen Sanierungswelle „Dämmung der Kellerdecke“ oder „Hydraulischer Abgleich“.

Den Erfolg ihres kommunalen Förderprogramms belegte kürzlich die Stadt Freiburg: Eine Eigentümerbefragung brachte das Ergebnis, dass die Sanierungsrate in der Stadt zwischen 2009 und 2012 bei 1,6 Prozent lag und damit doppelt so hoch war wie im Bundesdurchschnitt.

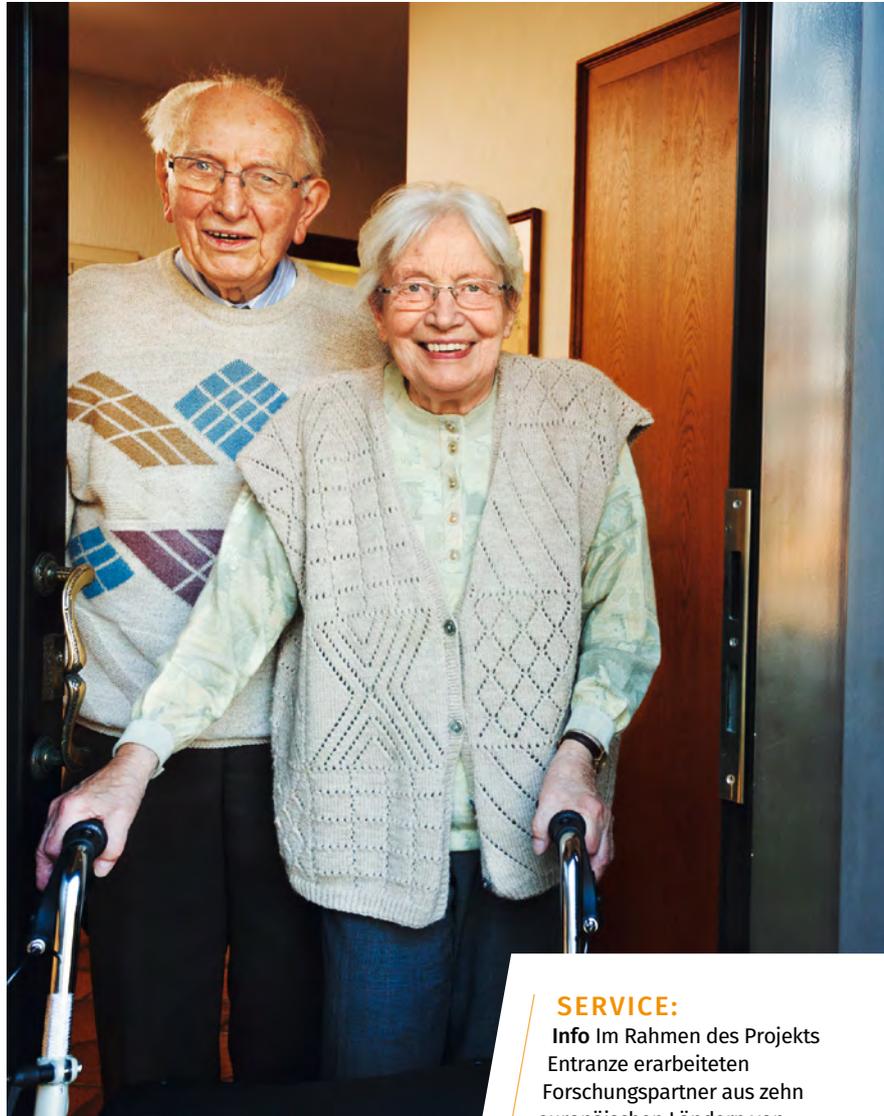
Eigenheimbesitzer oft überfordert

Eine Gebäudesanierung kostet den Gebäudeeigentümer neben Geld auch Zeit, Kraft und Organisationsgeschick. Insbesondere Eigentümer selbstgenutzter Ein- und Zweifamilienhäuser sind damit oft überfordert. Hier bedarf es Lösungen, die vor allem Rentnern und Berufstätigen mit Kindern die Fördermittelantragstellung erleichtern, sie insbesondere bei der Kommunikation mit den verschiedenen handwerklichen Gewerken unterstützt oder diese sogar ganz abnimmt, ohne Mehrkosten zu verursachen. Effektiv ist ein sogenannter „One-Stop-Shop“: Der Eigentümer hat einen festen Ansprechpartner für die gesamte Sanierung von der Finanzierung bis zur Fertigstellung. Beispiele gibt es bisher deutschlandweit nur wenige – eines ist die Sparhaus Partner GmbH der Sparkasse Saarbrücken. Als One-Stop-Shop sind auch Sanierungsgesellschaften denkbar, an denen neben den Kommunen Sparkassen, Energieberater und Handwerksbetriebe beteiligt sind. Sie könnten aus den bereits häufiger vorhandenen Sanierungsnetzwerken entstehen.

Alternativwohnraum für Rentner vermitteln

Die Idee ist nicht ganz neu: Für ältere Menschen, die nach dem Auszug der Kinder oder dem Tod des Lebenspartners in großen Wohnungen oder Häusern verbleiben, kann der Umzug in eine kleinere Wohnung Vorteile bieten: zum Beispiel ein geringerer Instandhaltungs- und Pflegeaufwand, niedrigere Heizkosten oder eine geringere Miete. Für die Energiebilanz wirkt sich die effizientere Auslastung des Wohnraums durch eine Verringerung der Pro-Kopf-Wohnfläche positiv aus. Dieses Instrument hat zudem eine starke soziale Komponente, allerdings eher in Regionen mit Wohnungsmangel.

Einem Wohnungswechsel stehen jedoch hohe Transaktionskosten für Wohnungssuche, Umzug und Renovierung gegenüber. Daher ist es sinnvoll, diese Kosten zu fördern. Darüber hinaus gilt es, die Menschen bei der Suche nach geeignetem Wohnraum sowie der Organisation von Umzug und Renovierung zu unterstützen und dafür Sorge zu tragen, dass entsprechender barrierefreier Alternativwohnraum überhaupt zur Verfügung steht. Hier kann die Kommune aktiv werden: mit Wohnraumvermittlungsstellen, einer entsprechenden Stadt- oder Gemeindeplanung sowie der Übernahme von Transaktionskosten. Die Leitstelle „Älter werden“ in Aachen ist ein solches Beispiel: Sie berät zu verschiedenen Wohnmöglichkeiten im Alter, unterstützt bei Wohnungstausch, Wohnungssuche, Umzug und Behördenangelegenheiten und zahlt einen einkommensabhängigen Umzugszuschuss. Ein weiteres kommunales Handlungsfeld ist, alternative Wohnkonzepte wie gemeinschaftliches Wohnen und Mehrgenerationenwohnen umzusetzen. ■



SERVICE:

Info Im Rahmen des Projekts *Entranze* erarbeiteten Forschungspartner aus zehn europäischen Ländern von 2012 bis 2014 Datengrundlagen und politische Handlungsempfehlungen zur Förderung von Niedrigst-Energie-Gebäuden und erneuerbarer Kälte und Wärme. Dabei wurden konkrete Szenarien und Werkzeuge entwickelt, unter anderem eine Online-Datenbank.
www.entranze.eu



KONTAKT:

Tanja Kenkmann
Öko-Institut e. V.,
Bereich Energie & Klimaschutz
Telefon: 0761 45295-263
t.kenkmann@oeko.de
www.oeko.de

Klimaschutz schafft Werte

Kommunale Klimaschutzmaßnahmen nutzen nicht nur dem Image, sondern auch dem Geldbeutel der Kommunen. Das zeigt das Institut für ökologische Wirtschaftsforschung mit seinen Berechnungen.

[VON JULIKA WEISS UND KATHARINA HEINBACH]

Immer mehr Kommunen und Landkreise setzen sich ambitionierte Klimaschutzziele, beispielsweise als Bioenergie-regionen oder 100 Prozent Erneuerbare-Energie (EE)-Regionen. Diese überwiegend ländlichen Kommunen haben besonders gute Voraussetzungen für einen EE-Ausbau. Begünstigt wird dieser Trend durch mehr Verständnis für die Notwendigkeit des Klimaschutzes und die positiven Wirkungen erneuerbarer Energien und energetischer Gebäudesanierungen auf die regionale Wirtschaft.

Vor allem ländliche Kommunen profitieren

Eine Studie des Instituts für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) im Auftrag von Greenpeace errechnete beispielsweise für das Jahr 2012 eine Wertschöpfung von knapp 17 Milliarden Euro durch erneuerbare Energien in Deutschland (Aretz et al. 2013). Davon kommt die überwiegende Summe – 11,1 Milliarden Euro – den Kommunen zugute. Der Rest fließt als Steuern und Abgaben den Landes- und Bundeshaushalten zu. 166 000 Menschen sind bundesweit direkt in der EE-Branche beschäftigt (Vollzeitäquivalente).

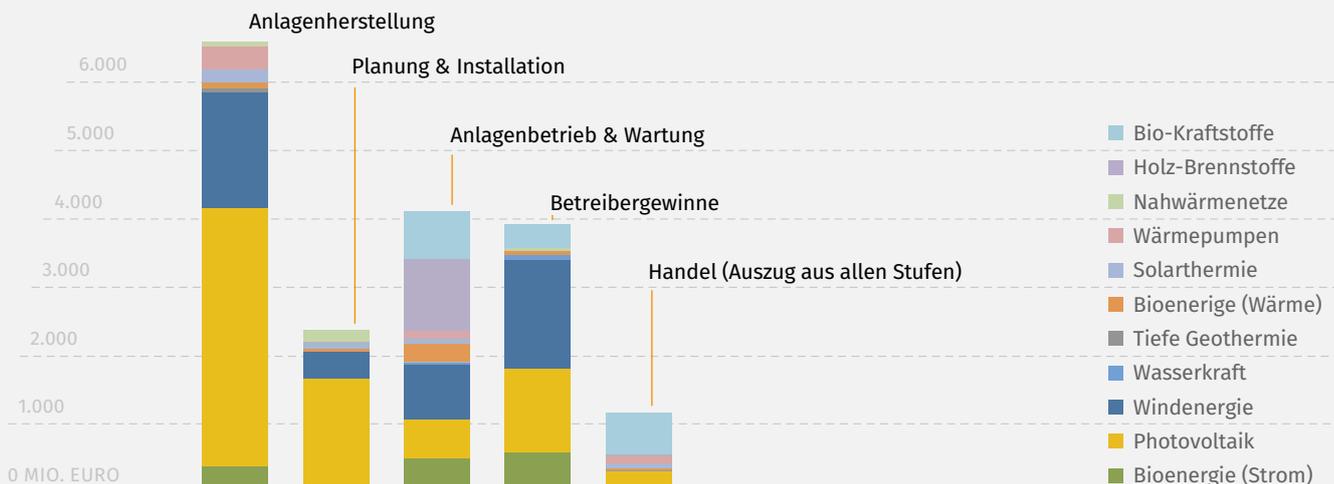
Während EE-Anlagen und damit verbundene Schlüsselkomponenten an nur wenigen Standorten in Deutschland produziert werden, wird mit der Planung, der Errichtung und dem Betrieb der Anlagen vor Ort der größte Teil der Wertschöpfung erzielt – und zwar etwa 60 Prozent (siehe Abbildung unten links). Diese Arbeiten erbringen größtenteils ortsansässige Unternehmen. Knapp ein

Viertel der bundesweiten Wertschöpfung – also rund vier Milliarden Euro – sind auf die energetische Nutzung von Biomasse zurückzuführen, die insbesondere in ländlichen Kommunen eine wichtige Rolle spielt. Hierbei sind sowohl Bioenergieanlagen im Bereich Strom und Wärme, als auch die Aufbereitung und Bereitstellung von biogenen Brennstoffen und Kraftstoffen von Bedeutung.

Einnahmen auch durch energetische Gebäudesanierung

Eine weitere, im Auftrag des Bundesumweltministeriums erstellte Studie des IÖW (Weiß et al. 2014) zeigt zudem, dass die regionale Wirtschaft auch von der energetischen Sanierung des Gebäudebestands erheblich profitiert. Sie löste im Jahr 2011 in Deutschland bei den beteiligten Handwerksunternehmen und Planern eine direkte Wertschöpfung von rund 6,5 Milliarden Euro aus und generierte circa 152 000 Vollzeit Arbeitsplätze. Von den Gebäudetypen erzielen die Einfamilienhäuser aufgrund ihrer hohen Zahl und der höheren spezifischen Sanierungskosten besonders hohe regionalökonomische Effekte (siehe Abbildung unten rechts). Die durch energetische Gebäudesanierungen anfallenden Kommunalsteuern erreichen bei Beispielrechnungen in dieser Studie bis zu zwei Prozent der geschätzten kommunalen Einnahmen aus Einkommens- und Gewerbesteuern. Ein Wechsel von einem durchschnittlichen zu einem ambitionierten Sanierungsniveau würde in einer fiktiven westdeutschen Kommune mit 5 000 Einwohnern zu einem Anstieg der jährlichen

Direkte Wertschöpfung durch erneuerbare Energien nach Wertschöpfungsstufen und Technologiebereichen in Deutschland im Jahr 2012



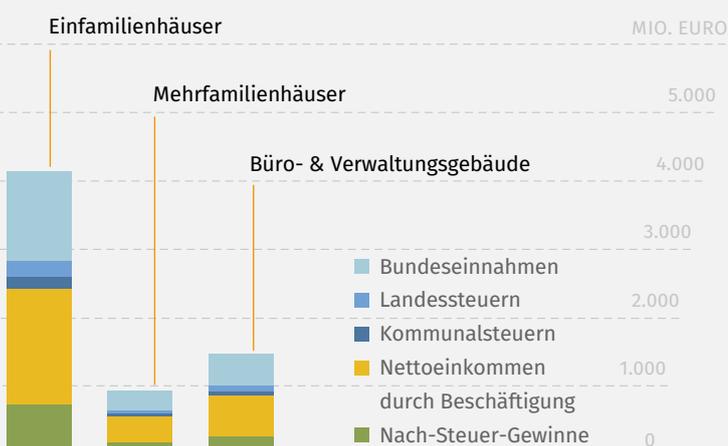
Kommunalsteuern um 13 000 Euro führen. Bis zu dieser Höhe würden sich also kommunale Maßnahmen, wie Beratung oder Infoveranstaltungen, die diese zusätzlichen Sanierungen initiieren, im Jahr refinanzieren.

Lokale Unternehmen und Investoren beteiligen

Der dezentrale Charakter der meisten EE-Technologien macht es möglich, dass nahezu alle Kommunen und Regionen vom Ausbau erneuerbarer Energien sowie von energetischen Sanierungsmaßnahmen profitieren können. Entscheidend ist dabei aber, regionale Unternehmen entlang der Wertschöpfungskette einzubinden und lokal ansässige Investoren zu beteiligen. Die beteiligten Handwerker und Planer sind häufig dezentral organisiert und auch in kleineren Kommunen ansässig. Die bis zur Novelle des Erneuerbare-Energie-Gesetzes (EEG) gültigen rechtlichen Rahmenbedingungen haben dazu beigetragen, dass neue Akteure wie Privatpersonen, Landwirte und Genossenschaften von der zunehmend dezentralen Energieerzeugung profitieren. Durch die im EEG 2014 geplanten Ausschreibungsmodelle ist zukünftig eine Benachteiligung dieser Akteure durch finanzielle und bürokratische Hindernisse zu erwarten.

Welche regionalökonomischen Effekte in ländlichen Regionen speziell mit dem Ausbau der Bioenergie verbunden sein können, ermittelt das IÖW derzeit im Auftrag des BMEL für drei ausgewählte Bioenergie-Regionen.

Direkte Wertschöpfung durch energetische Gebäudesanierung nach Gebäudeart und Wertschöpfungskomponente



SERVICE:

Wertschöpfungsrechner für Kommunen

Das IÖW hat ein umfassendes Rechenmodell entwickelt, auf dessen Basis detailliert die kommunalen Wertschöpfungs- und Beschäftigungseffekte verschiedener dezentraler EE-Technologien berechnet werden können. Neben den Beschäftigungseffekten, die für jeden Wertschöpfungsschritt in Form von Vollzeit Arbeitsplätzen ausgewiesen werden, ergeben dabei drei Komponenten die Summe der erzielbaren Wertschöpfung: a) die um die Steuern bereinigten Gewinne der beteiligten Unternehmen, b) das Netto-Einkommen der beteiligten Beschäftigten und c) die je nach Unternehmensgewinnen und Brutto-Einkommen gezahlten Steuern. Hier kann zwischen Steuereinnahmen der Kommunen, der Länder und des Bundes unterschieden werden. Bei der regionalen Wertschöpfungsanalyse spielen die Kommunalsteuern, wie die Gewerbesteuer, aber auch der kommunale Anteil an der Einkommensteuer und der Abgeltungsteuer die wichtigste Rolle. Der vom IÖW in Zusammenarbeit mit der Agentur für Erneuerbare Energien entwickelte kostenlose Online-Wertschöpfungsrechner für kommunale Entscheidungsträger und andere Interessierte ist zu finden unter: www.kommunal-erneuerbar.de → Kommunale Wertschöpfung → Wertschöpfungsrechner

Zum Weiterlesen

Aretz A., Heinbach K., Hirschl B. und Schröder A. (2013): **Wertschöpfungs- und Beschäftigungseffekte durch den Ausbau Erneuerbarer Energien**. Online unter www.greenpeace.de → Publikationen

Hirschl B., Aretz A., Prah A., Böther T., Heinbach K., Pick D. und Funcke S. (2010): **Kommunale Wertschöpfung durch erneuerbare Energien**. Schriftenreihe des Instituts für ökologische Wirtschaftsforschung (Hrsg.). Nr. 196/10. Berlin. Online unter: www.ioew.de → Publikationen

Weiß J., Prah A., Neumann A., Schröder A., Bettgenhäuser K., Hermelink A., John A. und v. Manteuffel B. (2014):

Kommunale Wertschöpfungseffekte durch energetische Gebäudesanierung (KoWeG). Endbericht. Berlin, Oktober 2014.



KONTAKT:

Dr. Julika Weiß und Katharina Heinbach
Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW)
Telefon: 030 884594-0
julika.weiss@ioew.de
www.ioew.de

Kläranlagen energieeffizienter machen

Kläranlagen haben einen höheren Strombedarf als Straßenbeleuchtung, Krankenhäuser oder andere Großverbraucher in der Kommune. Sie bieten also große Potenziale, durch eine größere Energieeffizienz zu mehr Klimaschutz beizutragen. [VON KLAUS FRICKE]



Kommunales Abwasser, das aus Haushalten, Gewerbe und kleinen Industriebetrieben stammt, enthält ein hohes Energiepotenzial. Jeder Einwohner in Deutschland belastet das Abwasser pro Jahr mit Stoffen, die einen Energiegehalt von durchschnittlich 160 Kilowattstunden (kWh) haben; in elektrischer Energie wären das mehr als 10 Prozent des Stromverbrauchs eines Durchschnittshaushaltes. Zudem bringt jeder Einwohner pro Jahr etwa 200 kWh Wärme durch die Warmwasserbereitung in das Abwasser ein. Die Kläranlagen müssen die Stoffe soweit wie möglich wieder aus dem Abwasser herausholen, um die aufnehmenden Gewässer zu schützen. Dafür werden pro Einwohner und Jahr rund 34 kWh Strom und zusätzliche Wärme aufgewendet, wobei kleinere Kläranlagen in der Regel einen höheren Strombedarf als große haben.

Energieautarkie ist möglich

Im Rahmen des Umweltinnovationsprogramms fördert das Bundesumweltministerium eine Reihe von zentralen Abwasseranlagen, um zu belegen, dass durch effiziente Abwasserbehandlung und bessere Nutzung des energetischen Abwasserpotenzials der Bedarf der Kläranlagen an Strom und Wärme nahezu vollständig durch Eigenversorgung gedeckt werden kann. Zwei der geförderten Kläranlagen liegen im ländlichen Raum und haben Ausbaugrößen von 14 000 beziehungsweise 22 000 Einwohnern (EW). Sie beweisen, dass auch bei geringer Bevölkerungsdichte eine annähernde oder vollständige Energieautarkie kleiner Anlagen möglich ist. Dabei helfen eine energieeffizientere Abwassertechnik sowie die Kooperation mit benachbarten Kläranlagen und mit Indirekteinleitern im Einzugsbereich der Kläranlage.

Schwalmstadt erweitert Systemgrenze

Die Kläranlage Treysa der nordhessischen Stadt Schwalmstadt mit 22 000 EW Ausbaugröße hat beispielsweise bereits ein überdurchschnittliches Niveau der Energieeffizienz erreicht. Dies gelang zum einen durch die unkonventionelle Zusammenarbeit mit Indirekteinleitern, kleinen benachbarten Kläranlagen und externen Energienutzern, wodurch die übliche Systemgrenze der Abwasserentsorgung – das Kanalnetz und die Kläranlage – überschritten werden konnte. So wurde etwa die Fäkalnahmestation optimiert, sodass nun teilstabilisierte Fäkaltschlämme von benachbarten kleinen Kläranlagen aufgenommen und zwischengespeichert werden können, um den Faulturm entsprechend dem Bedarf an Faulgas

zu beschicken. Organisch hochbelastete Abwässer von Indirekteinleitern – wie Brüdenkondensate aus der Holzbearbeitung, Fette oder Hefereste – werden über einen Saugwagen am Entstehungsort aufgenommen und in den Faulturm oder den Zwischenspeicher eingeleitet. Bisher wurde dieses Abwasser über das Kanalnetz entsorgt und damit unnötigerweise mit hohem Energieaufwand im Belebungsbecken der Kläranlage mit behandelt.

Energiepotenzial des Abwassers besser genutzt

Durch verschiedene Maßnahmen wird das große Energiepotenzial des Abwassers nun besser genutzt. Ein konventionelles Blockheizkraftwerk (BHKW) wandelt das im Faulturm entstehende Faulgas zu etwa 35 Prozent in Strom und zu etwa 50 Prozent in Wärme um, die den Wärmebedarf der Kläranlage vollständig deckt. Der zusätzlich benötigte Strom wird aus dem Netz bezogen. Das überschüssige Faulgas gelangt durch eine neuverlegte Gasleitung zu einem Diakoniezentrum und deckt dort durch ein Satelliten-BHKW anteilig dessen hohen Strom- und Wärmebedarf.

Das aus dem ausgefaulten Schlamm abgetrennte Schlammwasser ist üblicherweise hoch mit Stickstoff belastet, der zum Schutz der Gewässer mit hohem Energieaufwand eliminiert werden muss. In der Kläranlage Treysa wird dieser Stickstoff nun zum Teil mit wesentlich weniger Energieaufwand in einem extra eingerichteten Becken mithilfe der Deammonifikation biologisch entfernt. Zusätzlich wurde Energie eingespart, indem Pumpen, Rührwerke und Belüftung energetisch optimiert wurden.

Durch die beschriebenen Maßnahmen ist der Stromverbrauch der Kläranlage um jährlich circa 20 Prozent auf 18 kWh pro Einwohner, der Ausstoß an CO₂-Äquivalenten um etwa 340 Tonnen pro Jahr gesunken. Die Investitionskosten einschließlich der des Satelliten-BHKWs liegen bei etwa 1,5 Millionen Euro.

Gemeinsame Faulgaserzeugung und -verwertung

Auch die Kläranlage Schlitz-Hutzdorf im Vogelsbergkreis in Hessen mit einer Ausbaugröße von 14 000 Einwohnerwerten und aktuell rund 10 000 angeschlossenen Einwohnern hat ihre Energieeffizienz deutlich gesteigert. Dazu beigetragen haben der Einbau moderner Belüfter, die Steuerung der Belüftung, die gemeinsame Klärschlammverwertung mit anderen Kläranlagenbetreibern sowie die Erweiterung der vorhandenen solaren Klärschlamm-trocknungsanlage. Die Abwasserbehandlung wurde zudem

durch den Bau einer Vorklärung – der Abtrennung des absetzbaren Schlamms mit direkter Verbringung in den Faulturm – sowie der Einrichtung einer Schlammendickung optimiert. Die Kläranlage betreibt nun eine Anlage zur Faulgaserzeugung, die üblicherweise erst ab etwa 20 000 EW wirtschaftlich zu betreiben ist. Die Kooperation mit benachbarten kleinen Kläranlagen macht die Faulgaserzeugung jedoch auch ökonomisch sinnvoll, indem der anfallende Klärschlamm gemeinsam vergärt und der ausgefaulte Schlamm solar getrocknet wird. Es ist außerdem vorgesehen, die gut vergärbaren Schlempe aus der ortsansässigen Obst- und Kornbrennerei aufzunehmen, um die Faulgaserzeugung zu steigern.

Zudem hat auch Schlitz-Hutzdorf ein BHKW zur Faulgasverwertung errichtet. Dessen Abwärme deckt vollständig den bisherigen Heizbedarf der Kläranlage von jährlich 60 000 kWh. Die über diesen Wärmeeigenbedarf hinausgehende Abwärme wird zur Trocknung des Klärschlammes in der erweiterten solaren Trocknungsanlage genutzt.

Der Bezug von Strom aus dem Netz konnte durch die eigene Stromerzeugung um 60 Prozent gesenkt werden. Die Investitionskosten belaufen sich auf rund 1,8 Millionen Euro. Trotz höherer Betriebskosten durch die Wartung des BHKW und der Faulungsanlage kann mit der Amortisation in wenigen Jahren gerechnet werden. Ohne Anrechnung einer energetischen Gutschrift für die Verwertung des getrockneten Klärschlammes reduzieren die Investitionen den CO₂-Ausstoß um etwa 160 Tonnen pro Jahr.

Die beiden Projekte zeigen, dass auch kleinere Kläranlagen durch einen Mix verschiedener Maßnahmen deutlich zum Klimaschutz beitragen können. Kommunale Klimaschutzprojekte werden zum Beispiel durch die Kreditanstalt für Wiederaufbau gefördert.



KONTAKT:
Klaus Fricke
Umweltbundesamt
Telefon: 030 8903-4215
klaus.fricke@uba.de

Grüner Strom erreicht Nordfrieslands Straßen

In einem einzigartigen Projekt und getragen von vielen Kommunen baut Nordfriesland, der nördlichste Kreis Deutschlands, seine Elektromobilität auf Basis erneuerbarer Energien aus – und schützt damit das Klima.

[VON CARLA KRESEL, FELIX MIDDENDORF, GUNNAR THÖLE UND STEPHAN WIESE]

Ende der 1980er-Jahre entstanden in Nordfriesland die ersten deutschen Windparks. Heute sind hier gut 1305 Megawatt (MW) Windstrom am Netz, das sind 30 Prozent der Windleistung Schleswig-Holsteins. Dabei haben sich über 90 Prozent der hiesigen Windprojekte als Bürgerwindparks organisiert. Das heißt, die Menschen vor Ort sind an der Energieerzeugung und an der daraus resultierenden Wertschöpfung direkt beteiligt. Dadurch entstand ein umfassendes Know-how im Bereich der regenerativen Energien und die Region ist zum Innovationsmotor für erneuerbare Energien in Schleswig-Holstein geworden. Hier gibt es mittlerweile nicht nur viele Windparks, sondern auch eine hohe Dichte an Fotovoltaik- und Biogasanlagen.

Auch aus Gründen des Klimaschutzes ist die Nutzung erneuerbarer Energien für die Küstenregion wichtig, für die der durch den Klimawandel zu befürchtende Anstieg des Meeresspiegels eine existenzielle Bedrohung ist. Erhebliche Teile, insbesondere der Marschgebiete, liegen unter dem Meeresspiegel und müssen mit Deichen vor den Gewalten des Meeres geschützt werden.

Vom Konzept zur Umsetzung

Vor diesem Hintergrund ist die Elektromobilität aus erneuerbaren Energien zum Schwerpunktthema in der Region geworden. Sie bietet die einzigartige Chance, dem Mobilitätsbedarf dieser ländlichen und stark touristisch geprägten Region gerecht zu werden – und dies in ökologisch sinnvoller Weise. Im Februar 2009 setzten sich verschiedene Akteure aus der Energie- und Tourismusbranche in der Arbeitsgruppe (AG) „Erneuerbare Elektromobilität“ der AktivRegion Nordfriesland Nord zusammen. Ihr gemeinsames Ziel: ein Konzept für eine umweltverträgliche Mobilität in der Region für Einheimische und Touristen zu entwickeln. Das Konzept wurde vom bundesweiten Programm „Region schafft Zukunft“ gefördert, die weitere Umsetzung von der AktivRegion sowie der Innovationsstiftung Schleswig-Holstein. Um sich regional stärker aufzustellen, gründeten 69 Mitglieder aus der AG heraus im März 2010 die Genossenschaft eE4mobile eG. Unter den Gründungsmitgliedern waren allein 22 Gemeinden. Heute hat die eE4mobile 230 Mitglieder.

Radeln mit Rückenwind

In einem ersten Schritt plante die Genossenschaft die Einrichtung von Ladestationen für Elektrofahrräder, die ausschließlich aus erneuerbaren Energien gespeist werden. Zielgruppe waren Touristen und Alltagsradler. Die Umsetzung war einfach, da nur Steckdosen benötigt wurden, die regionale Firmen oder Institutionen mit Publikumsbetrieb zur Verfügung stellten. Kosten entstanden lediglich für Marketing, Beschilderung und Pflege. Die Entwicklung der Akkukapazitäten hat diese Fahrradladestationen und ein Akkutauchsystem mittlerweile überholt. Wegen der größeren Akkukapazitäten werden sie selten benutzt, die Menschen „tanken“ zuhause oder in ihren Unterkünften.

Alltagstaugliche E-Autos

Elektroautos werden aufgrund der technischen Entwicklung immer alltagstauglicher. Ihre Zahl im Straßenverkehr steigt. Dies erhöht den Bedarf an öffentlichen Lademöglichkeiten. An diesem Punkt zu handeln, hatten sich insbesondere Gunnar Thöle, Klimaschutzmanager des Kreises Nordfriesland, sowie Stephan Wiese, Projektmanager der eE4mobile eG, auf die Fahnen geschrieben. So nutzt Nordfriesland heute auf ihre Initiative hin das Ladesystem Park&Charge für Elektroautos, das zwar nicht sehr leistungsfähig, dafür aber preiswert, robust und absolut benutzerfreundlich ist. Zunächst waren es Pionierunternehmen, Privatleute, das Amt Mittleres Nordfriesland, der Kreis Nordfriesland und andere, die sich bereit erklärten, auf eigene Kosten Ladestationen einzurichten – zum Teil auch mit Förderung der AktivRegionen.

Immer mehr Stromtankstellen

Die Zahl der Ladestationen steigt beständig – vielfach aufgrund von Eigeninitiative und selbst finanziert durch regionale Firmen. Dadurch stehen die Stationen zwar nicht immer am optimalen Standort und die Zugangsregelungen und technische Ausstattung unterscheiden sich stark. Es gibt jedoch eine hohe Ausfallsicherheit und eine teils sehr hohe Stationsdichte. Im Landkreis gibt es bereits 60 Stromtankstellen, das sind circa 40 Prozent



aller Stromtankstellen Schleswig-Holsteins. Der Klimaschutzmanager des Kreises Nordfriesland pflegt kontinuierlich die etablierten Internetportale der Elektroautofahrer, auf denen Standorte und Zugangsregelungen der Ladestationen dokumentiert sind.

Zulassungszahlen steigen

Die eE4mobile eG müht sich parallel zur genannten Entwicklung, möglichst viele Elektroautos auf die nordfriesischen Straßen zu bringen. Bereits Anfang 2013 hatte Projektmanager Stephan Wiese Kontakt zu den führenden E-Mobil-Herstellern aufgenommen, um für die Mitglieder der eE4mobile eG besonders attraktive Beschaffungspreise auszuhandeln. Im September 2013 konnten beispielsweise durch eine große Leasing-Aktion allein 61 neue Nissan LEAF nach Nordfriesland geholt werden. Aktuell sind bereits 143 E-Mobile im Kreis zugelassen, das sind 42 Prozent aller landesweit registrierten E-Mobile. Die Entwicklungskurve zeigt nach oben. Insbesondere bei Pendlern mit kurzen Strecken oder als Zweitwagen werden die umweltfreundlichen Fahrzeuge immer beliebter.

Grüne Stromquellen

Die Energieproduktion erfolgt auf ganz unterschiedliche Weise. Insgesamt steht es den Betreibern der Ladestationen frei, woher sie ihren Strom beziehen. Dabei wird natürlich seitens des Kreises und der eE4mobile auf Ökostrom hingewirkt, denn nur die Verbindung von Elektromobilität und erneuerbaren Energien ermöglicht Klimaschutz. Für die Mehrzahl der Stationen ist dies auch sichergestellt.

Im Regelfall wird die Stromquelle an den „normalen Haushaltsstrom“ des Standortes angeschlossen. Einzelne Stationen sind mit einer eigenen Stromerzeugungsanlage ausgestattet. Der Strom kommt dabei direkt aus einer Kleinwindkraftanlage, aus dem Blockheizkraftwerk vor Ort (Biogas oder Erdgas) oder aus einer Fotovoltaikanlage, wie beispielsweise beim Amt Mittleres Nordfriesland. Ein zusätzlicher Ausbau von Anlagen für erneuerbare Energien ist für den Stromverbrauch der E-Mobilität nicht notwendig, da dieser irrelevant niedrig ist. Wollte man

alle 90 000 in Nordfriesland zugelassenen Pkws mit Strom versorgen, reichte dafür die Jahresstromproduktion von nur 33 Windkraftanlagen mit einer Leistung von je zwei MW. Momentan sind in der Region rund 750 Windkrafttrader installiert.

Pläne für die Zukunft

2014 gab es erste Staus bei den Ladestationen, wenn die Anschlüsse belegt waren. Hier soll durch weiteren Ausbau Abhilfe geschaffen werden. Auch der ergänzende Netzaufbau mit Gleichstrom-Schnellladestationen nimmt Fahrt auf. Sylt und der GreenTEC Campus in Enge-Sande sind hier mit gutem Beispiel vorangegangen. Zudem haben die Westküsten-Kreise eine Standortuntersuchung von Hamburg bis Dänemark in Auftrag gegeben, die bis April 2015 erfolgen soll.

Weitere Pläne für die Zukunft sind der Betrieb von Bürgerbussen, Linienbussen, E-Car-Sharing-Fahrzeugen, Dienstwagen und Taxen mit „grünem Strom“ aus der Region sowie die touristische Vermarktung. E-Mobile könnten sogar einen aktiven Beitrag zur Netzstabilität leisten, die ersten japanischen Modelle sind nämlich bereits heute schon ausspeisefähig. Das heißt, wenn der Fahrzeugakku vollgeladen ist, kann er Strom für das Haus oder für die Netzstabilität abgeben und auch wieder aufnehmen.



KONTAKT:
Stephan Wiese
GreenTEC Campus
Telefon: 04662 8912754
sw@ee4mobile.de
www.ee4mobile.de
Gunnar Thöle
Kreis Nordfriesland
Telefon: 04841 67-136
gunnar.thoele@nordfriesland.de

Rückenwind für Schlalach

In der kleinen brandenburgischen Gemeinde Mühlenfließ-Schlalach produzieren 16 Windkraftanlagen 60 mal mehr Strom, als die rund tausend Einwohner verbrauchen. Auch wirtschaftlich profitiert die Kommune im Landkreis Potsdam-Mittelmark von ihrem Windpark. [VON NILS BOENIGK]

„Wir sind eine landwirtschaftlich geprägte Region und haben wenig gewerbegenutzte Fläche“, sagt Schlalachs Ortsbürgermeister Marcel Just. „Der Windpark ist eine Möglichkeit, Steuereinnahmen zu generieren.“ In der Betriebszeit von 20 Jahren kommen durch die 16 Anlagen mehr als 3,3 Millionen Euro Gewerbe- und Einkommensteuern für den kommunalen Haushalt zusammen. Neben den Steuereinnahmen und Aufträgen an das lokale Handwerk bietet die Verpachtung kommunaler Flächen als Standort für Windenergieanlagen attraktive Zusatzeinnahmen. Für eine 2,3-Megawatt-Anlage zahlt der Betreiber eine jährliche Pacht von 18 000 Euro; ab dem 16. Jahr sogar 22 000 Euro. Das sind Pachteinnahmen von durchschnittlich 304 000 Euro brutto pro Jahr. Bauherr und Betreiber des Windparks ist die Firma Enercon. Sie sieht die Investition auch als Beitrag dazu, dass Wertschöpfungsmöglichkeiten in die Region zurückfließen.

Bürger bestimmen mit

Bereits 2002 wies die Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming die Fläche bei Schlalach als Eignungsfläche für einen Windpark aus – ein Grundstück im Besitz von 135 Eigentümern. Um die Interessen aller zu gewähren, gründeten die Bürger die Arbeitsgruppe „Windkraft in Schlalach“ aus 15 Bürgern mit und ohne Grundstück im Eignungsgebiet. Sie einigte sich auf ein Flächenpachtmodell und leitete den Vertragsabschluss mit Enercon in die Wege. „Entscheidend für den Zuschlag war, dass Aufbau, Planung und Betrieb aus einer Hand kommen“, erklärt Hartmut Höpfer von der Windkraft-AG.

Stiftung für das Gemeinwohl

Beim Schlalacher Modell erhalten alle Grundstückseigentümer im Eignungsgebiet einen Anteil der Pacht. Über einen Verteilerschlüssel werden die Erträge so verteilt, dass es zu keiner Bevorzugung Einzelner kommt. 20 Prozent der Gesamtsumme gehen an die Eigner, auf deren Grundstück eine Anlage steht. Der Rest wird entsprechend ihres prozentualen Anteils an der Gesamtfläche an die Übrigen ausgezahlt. Auf Wunsch der Schlalacher verwaltet Enercon den Flächenpachtfond. Außerdem wurde eine Bürgerstiftung gegründet. Sie erhält 0,75 Prozent der Einspeisever-

gütung vom Betreiber – umgerechnet etwa 50 000 Euro pro Jahr – und soll zukünftig gemeinnützige Projekte finanzieren, zum Beispiel in der Jugendarbeit, der Seniorenbetreuung und zur Unterstützung lokaler Vereine.

Netzanschluss für Ausbaupotenzial

„Auch in Zukunft wird die Landwirtschaft eine zentrale Rolle spielen. Allerdings werden wir die erneuerbaren Energien als zweites Standbein ausbauen“, sagt Ortsbürgermeister Just. Gemeinsam mit Enercon plant die Gemeinde den Bau von sechs weiteren Windrädern. Grundstückseigentümer und Bürger sollen zudem die Möglichkeit bekommen, selbst eine schlüsselfertige Windkraftanlage zu erwerben und in Eigenregie zu betreiben. Gespräche zwischen dem Betreiber, der Gemeinde sowie der Arbeitsgruppe „Windkraft in Schlalach“ laufen bereits. Um die großen Mengen an Windstrom auch transportieren zu können, wurden ein neues Umspannwerk im Windpark und eine unterirdische 110 Kilovolt-Trasse errichtet, von der aus eine Verbindung zum 380 Kilovolt-Netz der Vattenfall Europe Transmission besteht. Für den Anschluss hat Enercon über 40 Millionen Euro und etwa 300 Kilometer Erdkabel investiert. Das ist ein weiterer Schritt auf dem Weg der kleinen Gemeinde zum überregionalen Energiestandort.



KONTAKT:

Nils Boenigk

Agentur für Erneuerbare Energien

Telefon 030 200535 41

n.boenigk@unendlich-viel-energie.de

www.unendlich-viel-energie.de

Energiesparkommune mit Ambitionen

Zwischen Mitternacht und vier Uhr früh schaltet die Gemeinde Zschadraß ihre Straßenbeleuchtung aus, um Energie zu sparen. Und das ist nur ein Punkt in ihrem Nachhaltigkeitskonzept. [VON JAN GUMPERT]

Die Verwaltungsgemeinschaft Zschadraß hat 18 Dörfer, ist landwirtschaftlich geprägt, verkehrstechnisch abgelegen und war bis zur Jahrtausendwende eine der Gemeinden mit den geringsten Gewerbesteuererträgen in Sachsen – mit wenigen Aussichten auf zukünftige Gewerbeansiedlungen.

Energie einsparen und selbst produzieren

Insbesondere diese regionalökonomischen Herausforderungen veranlassten den Bürgermeister Matthias Schmiedel dazu, eine Ist-Analyse des Energiesektors Zschadraß' zu erstellen. „Es ist wichtig, dass man anfängt,“ sagt Schmiedel. „Neben der Analyse braucht es fachlich gute Leute und den politischen Willen, jetzt zu investieren, um perspektivisch Verbrauchskosten zu senken.“ Die Gemeindeverwaltung erarbeitete das Konzept „Nachhaltiges Zschadraß“. Dieses beinhaltet zum einen konkrete Energiesparmaßnahmen, zum anderen sollte die Energie rationeller umgewandelt werden. Bei dem Neubau der Sporthalle entschied sich die Gemeinde 2004 für ein Niedrigenergie-Gebäude. Und sie baute ein Nahwärmenetz mit Holzhackschnitzelheizung auf. Das Energieholz soll aus einem Umkreis von maximal 20 Kilometern stammen: Dazu hat die Gemeinde 2007 mit einer ortsansässigen Bauernhof GmbH einen 20-jährigen Liefervertrag abgeschlossen. Bis 2050 will sich Zschadraß komplett mit erneuerbarer Energie selbst versorgen.

Fluthilfe führt Leitfiguren zusammen

Überregional bekannt wurde der Ort 2002 durch das Fluthilfeengagement nach dem Mulde-Hochwasser. Einer der ehrenamtlichen Helfer – der Ruheständler Werner Nold, der sich Zschadraß seitdem verbunden fühlt – lernte dabei Matthias Schmiedel kennen. Beide hatten ähnliche Gedanken bezüglich Energieerzeugung und -nutzung sowie Klima- und Ressourcenschutz und gründeten 2004 mit weiteren Partnern die Ökologisch-Soziale Stiftung Zschadraß. Das Stiftungskapital brachte Werner Nold ein, der weiterhin als treibende Kraft und Ideengeber tätig ist. „Er trägt maßgeblich zur erfolgreichen Umsetzung der Klimaschutzprojekte in Zschadraß bei“, sagt Matthias Schmiedel. „Auch die politischen Mandatsträger stehen hinter den Projekten und die Gemeinde trägt sie mit.“

Klimaschutz und Soziales

Das erste Stiftungsprojekt war die Fotovoltaikanlage auf der Sporthalle „Arche“. Mithilfe von Krediten und Spenden wurden weitere installiert. Inzwischen hat die Ökologisch-Soziale Stiftung einen Anteil von fünf Prozent einer lokalen Windkraftanlage erworben. Die Einnahmen fließen in Tilgungszahlungen und in Projekte im Sinne des ökologischsozialen Stiftungszwecks. Neben der Förderung von Klimaforschung und Klimaschutzmaßnahmen, unterstützt die Stiftung Personen, die auf Hilfe anderer angewiesen sind und stellt beispielsweise bedürftigen Familien kostenfreies Schulessen oder Winterkleidung zur Verfügung. Außerdem fördert sie die ökologische Bewusstseinsbildung bei Jugendlichen, organisiert ein Kinderferienlager und bewirtschaftet eine Streuobstwiese.

Vorbild für andere

Die Zschadraßer Aktivitäten haben bereits Nachahmer gefunden und regelmäßig kommen Vertreter anderer Gemeinden zum Erfahrungsaustausch – unlängst die japanische Gemeinde Tsuwano. Durch die Änderungen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes ist der Zubau neuer Fotovoltaikanlagen allerdings eingebrochen. Die Stiftung will Bürger für die Fotovoltaik-Nutzung zum Eigenbedarf motivieren und ihre Beteiligung an der Windkraft ausbauen. 2011 erlangte sie den „European Energy Award“. Seit vier Jahren gehört Zschadraß zur Stadt Colditz mit nun insgesamt rund 9 000 Einwohnern. Auch Colditz hat ein Nachhaltigkeitskonzept – dessen Umsetzung wird die Ökologisch-Soziale Stiftung unterstützen.



KONTAKT:

Jan Gumpert und Matthias Schmiedel
Ökologisch-Soziale Stiftung Zschadraß
Telefon: 034381 42118 und 034381 831-00
www.colditz.de/stiftung/Oekologisch-soziale-Stiftung.html

Klimaschutz ist Gemeinschaftsaufgabe

In Bayern haben sich in den 1990er-Jahren mehrere Orte zusammenschlossen, um gemeinsam Konzepte zur Energieeinsparung umzusetzen. Das Ziel: 2020 sollen sich die Gemeinden bilanziell zu 100 Prozent aus regenerativen Energien versorgen. Waltraud Lobenhofer

Schon 1993 dachte man in der Oberpfalz in Sachen Klimaschutz interkommunal: Die damalige Direktion für Ländliche Entwicklung Regensburg gründete zusammen mit zehn Teilnehmergemeinschaften aus dem östlichen Teil des Landkreises Amberg-Weiden überörtliche Arbeitskreise zur Entwicklung von interkommunalen Lösungsansätzen. Unter dem Motto „Vom Standort zum Bewegungsraum“ schlossen sich die Kommunen Edelsfeld, Freihung, Gebenbach, Hirschau, Hahnbach und Vilseck 1996 zur Arbeitsgemeinschaft Obere Vils-Ehenbach (AOVE) zusammen. Später kamen die Stadt Schnaittenbach sowie die Gemeinden Freudenberg und Poppenricht hinzu. Zunächst ehrenamtlich organisiert, wurde 1998 die AOVE GmbH gegründet. In der Geschäftsstelle der GmbH werden die interkommunale Entwicklung koordiniert sowie entsprechende Projekte entwickelt und realisiert. Die Finanzierung der AOVE-Geschäftsstelle sowie deren Projekte erfolgt zum einen über eine Einwohnerumlage, zum anderen über Förderprogramme, bis 2008 über das Europäische Förderprogramm LEADER, danach über das Amt für Ländliche Entwicklung Oberpfalz als Förderung der Integrierten Ländlichen Entwicklung (ILE).

Querschnittsaufgabe von Politik, Verwaltung und Bürgern

Ziel der neun AOVE-Kommunen ist es, den Energieverbrauch und den CO₂-Ausstoß in den Gemeinden zu reduzieren, den Anteil erneuerbarer Energien zu erhöhen und hierdurch gemeinsam neue Geschäftsfelder zu erschließen. Dazu wurde 2007 in allen politischen Gremien der Beschluss gefasst, sich bis zum Jahr 2020 bilanziell zu 100 Prozent aus regenerativen Energien zu versorgen. Um dies zu erreichen, müssen jedoch alle Beteiligten aus Politik, Verwaltung, Bürgerschaft und Regionalentwicklung kontinuierlich zusammenarbeiten. Grundlage hierfür ist zum einen das 2009 gemeinsam mit der Hochschule Amberg-Weiden erarbeitete Integrierte Klimaschutzkonzept, gefördert vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit. Zum anderen hat das Bayerische Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten 2014 die Erstellung kommunaler Energiekonzepte gefördert. Seit 2012 wird die AOVE-Geschäftsstelle durch einen interkommunalen Klimaschutzmanager bei der Umsetzung der Konzepte unterstützt.

In den vergangenen Jahren verzeichnete die AOVE-Region große Erfolge. 65 Prozent des elektrischen Bedarfs und 21 Prozent des Wärmebedarfs werden aktuell mit erneuerbaren Energien erzeugt. Der Energie-3-Sprung „Energiebedarf senken – Energieeffizienz steigern – Erneuerbare Energien ausbauen“ spiegelt sich dabei in allen kommunalen und interkommunalen Projekten wider.

Regionales Kapital für regionale Projekte

Unter dem Motto „Energie in Bürgerhand“ können sich Bürger aktiv in zwei AOVE-Firmen an der Erzeugung und Nutzung erneuerbarer Energien beteiligen. Die AOVE Bürgersonnenkraftwerke GmbH hat beispielsweise seit 2003 in allen AOVE-Kommunen auf öffentlichen Dächern Fotovoltaikanlagen errichtet. Heute finanzieren weit über 300 Bürger insgesamt elf Bürgeranlagen, die jährlich durchschnittlich 350.000 Kilowattstunden (kWh) Strom ins öffentliche Netz einspeisen.

Der Leitspruch der 2011 ins Leben gerufenen AOVE-BürgerEnergie eG lautet „Regionales Kapital für regionale Projekte“. Die Genossenschaft, bei der über 100 Bürger mehr als 500.000 Euro privates Kapital gezeichnet haben, ermöglicht eine unmittelbare und breite Beteiligung an allen Formen von erneuerbaren Energien. Schwerpunktprojekt ist momentan der Bau von Fernwärmenetzen, die die Abwärme von Biogasanlagen effektiver nutzen.

Die Gründung der AOVE-BioEnergie eG – mit dabei sind die AOVE-Kommunen und die AOVE GmbH – ermöglicht die Realisierung von Projekten in allen Bereichen der erneuerbaren Energien. Auch hierbei liegt der Schwerpunkt auf dem Bau von Wärmenetzen. Als Ziele aller AOVE-Energiegesellschaften wurden die Unabhängigkeit von Energiegroßkonzernen, der Aufbau von regionalen Wertschöpfungsketten und die Bindung von regionalem Kapital definiert.



1 Fünf Wärmenetze der AOVE-Energiegenossenschaften versorgen im Endausbau über 250 Kunden mit Wärme aus Erneuerbarer Energien.

2 Jährlich 350 000 kWh regenerativen Strom erzeugen die Anlagen der AOVE-Bürgersonnenkraftwerke GmbH.

Energiebedarf senken – Energieeffizienz steigern

Grundlage für die Senkung des Energiebedarfs und die Steigerung der Energieeffizienz ist ein interkommunales Energiemanagementportal, in dem alle kommunalen Liegenschaften erfasst sind. Damit können der Energieverbrauch lückenlos überwacht, Optimierungspotentiale aufgespürt und Maßnahmen eingeleitet werden. Unterstützt durch den Klimaschutzmanager wurden zahlreiche Projekte ins Leben gerufen, die durch den interkommunalen Ansatz – etwa durch eine gemeinsame Ausschreibung – nicht nur Einsparungen bei den Verbrauchs-, sondern auch bei den Investitionskosten ermöglichen:

- Umrüstung der Straßenbeleuchtung auf rund 1800 Leuchten LED-Leuchten, die über 522 Megawattstunden (MWh) Energie und über 322 Tonnen CO₂-Äquivalent einsparen,
 - Umrüstung der Innenbeleuchtung in öffentlichen Gebäuden auf LED-Technik,
 - Energetische Sanierung von Schulen und Rathäusern,
 - Maschinentechnerneuerung in Wasserwerken und Freibädern.
- Innerhalb von sechs Monaten wurden zudem im Gebiet der AOVE und der Stadt Sulzbach-Rosenberg rund 530 Heizungspumpen in privaten Haushalten ausgetauscht. Der dadurch um 62 Prozent reduzierte Stromverbrauch (128300 kWh Strom pro Jahr) entspricht 79 eingesparten Tonnen CO₂-Äquivalenten.

Vernetzung vereinfacht die Umsetzung

Die Einbeziehung aller relevanten regionalen Akteure und Gruppen aus dem öffentlichen und privaten Bereich erhöht die regionale Akzeptanz der Klimaschutzaktivitäten und erleichtert es, konkrete Projekte umzusetzen. Die Projektgruppe Klimaschutz besteht beispielsweise aus Vertretern der kommunalen AOVE-Parlamente, den Verwaltungen sowie interessierten Bürgern. Sie trifft sich regelmäßig und initiiert, unterstützt und begleitet Projekte des Klimaschutzes. Der Kommunale Energiebeauftragte ist meist Mitarbeiter der kommunalen Verwaltung oder des Bauhof und ist verantwortlich für die Bestandsaufnahme kommunaler Einrichtungen – des Rathauses, der Schule, der Feuerwehr. Er erfasst jährlich den Energieverbrauch in kommunalen Einrichtungen, wertet die Energiedaten mit Unterstützung des Klimaschutzmanagers aus und erstattet Bericht an den Gemeinderat. Die Geschäftsstelle des Zentrums für Erneuerbare Energien und Nachhaltigkeit Ebsdorf ist Anlaufstelle für Bürger und Handwerk, sie bietet Informationen, Energieberatung und Bildungsveranstaltungen. Die Volkshochschule Amberg-Sulzbach qualifiziert insbesondere ehrenamtlich Tätige durch Vorträge, Kurse und Exkursionen im Bereich Klimaschutz. Die Technische Hochschule Amberg-Weiden pflegt Kooperations- und Partnerschaftsmodelle mit Unternehmen, was einen direkten Wissens- und Erfahrungstransfer zwischen Lehre und Praxis, Wissenschaft und Wirtschaft ermöglicht.

Mit der Reduzierung des CO₂-Ausstoßes um fast 25 Prozent in drei Jahren wurde bereits viel erreicht. Die Region hat sich für die Zukunft vorgenommen, bis 2030 den CO₂-Ausstoß pro Einwohner auf 3,6 Tonnen CO₂ zu begrenzen, was einer Reduzierung zum Bezugsjahr 2009 um fast 60 Prozent entspricht.

Erfolg und Ziel der AOVE

Jahr	CO ₂ -Emission (Tonnen/Jahr)	CO ₂ (Tonnen/Jahr) pro Einwohner
Stand 2009	315 000	8,9
Stand 2012	234 000	6,5
Ziel 2030	128 800	3,6



KONTAKT:
Waltraud Lobenhofer
Geschäftsführerin AOVE GmbH
Telefon: 09664 952467
info@aove.de
www.aove.de
www.energiegenaove.de

Alle werden im Job gebraucht

Wie können vom demografischen Wandel betroffene Regionen ihre Fachkräfte sichern und ausreichend Bildung gewährleisten? Sechs Projekte im Aktionsprogramm regionale Daseinsvorsorge setzen hierzu innovative Ideen um. [VON JANA HOYMANN]

Bildung gehört zum Kernbereich der Daseinsvorsorge und ist aufgrund zurückgehender Schülerzahlen in vielen Regionen ein zentrales Thema. Anpassungen in diesem Bereich sind in der Regel konfliktbeladen, da es um einen angemessenen zeitlichen und räumlichen Zugang zu qualitativ ausreichenden Bildungsangeboten geht. Zudem führt der Rückgang der Schülerzahlen in vielen Regionen zu einer Unterauslastung beruflicher Schulen und zu unbesetzten Ausbildungsplätzen. Letzteres ist aber nicht allein auf den demografischen Wandel, sondern auch auf sinkende Kompetenzen der Auszubildenden zurückzuführen.

Von Berufsorientierung zu mehr Chancengleichheit

Das Aktionsprogramm regionale Daseinsvorsorge des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur unterstützt sechs Umsetzungsprojekte im Salzachtal (Bayern), der Altmark (Sachsen-Anhalt), der Uckermark (Brandenburg) und den Landkreisen Merzig-Wadern (Saarland), Schleswig-Flensburg (Schleswig-Holstein) und Saale-Holzland (Thüringen) dabei, diese Probleme zu entschärfen. Die Projekte handeln innerhalb eines breiten Spektrums: Sie wollen ihre Schulstandorte sichern, Schülern durch praxisnahe Angebote die Berufs-

orientierung und den Übergang von der Schule in die Ausbildung oder das Studium erleichtern oder die Chancen bildungsferner beziehungsweise -benachteiligter Kinder und Jugendliche verbessern. Übergreifendes Ziel ist es, die Jugendlichen als Fachkräfte an die Regionen zu binden. Im Folgenden werden zwei der sechs Umsetzungsprojekte genauer vorgestellt.

Fachkräfte sichern im Landkreis Merzig-Wadern

Um den Fachkräftemangel zu bekämpfen, hat der Landkreis Merzig-Wadern Strategien und konkrete Handlungsansätze entwickelt, die im Verlauf bedarfsorientiert angepasst und kooperativ umgesetzt werden. So wird zunächst die schulische Bildung im naturwissenschaftlichen, informationstechnischen und technischen Bereich praxisorientiert vertieft. Die Angebote des SchülerZukunftszentrums (InnoZ) in der Kreisstadt Merzig beispielsweise, in dem die Schüler schon vor der Teilnahme am Aktionsprogramm ihre naturwissenschaftlichen Kenntnisse praktisch erproben konnten, werden nun noch stärker auf berufliche Erfordernisse ausgerichtet und nach Vorschlägen der Schüler, Lehrer und Unternehmen weiterentwickelt. In einem Projektteam erarbeiten interessierte Jugendliche zum Beispiel selbständig

die Grundlagen der alkoholischen Gärung zur Herstellung von Bier, Wein oder Met, entwickeln eigene Produktideen, prüfen deren Umsetzbarkeit und gestalten ihr eigenes Getränk. Der Kurs ist für den Chemieunterricht der Klassenstufe 11 ausgelegt und erhöht nicht nur die Kenntnisse in der biochemischen Getränkeherstellung, sondern baut auch die Projektmanagement-, Sozial-, Methoden-, Individual- und Handlungskompetenzen der Schüler aus. Alle Kurse können entweder während der Schulzeit entsprechend dem Lehrplan oder an Wochenenden und in den Schulferien genutzt werden. Um auch Schülern außerhalb von Merzig die Teilnahme zu ermöglichen, organisiert und finanziert das Projekt ihren Transport zu den Veranstaltungen ins InnoZ und auch zu den Informationstagen an die umliegenden Hochschulen. Zudem werden nicht nur Informationsveranstaltungen für die Kinder und ihre Eltern, sondern auch Fortbildungen für Lehrkräfte angeboten. Im Jahr 2014 nutzten bereits gut 700 Teilnehmer diese Angebote.

Langfristig sollen alle regionalen Unternehmen, Schulen, Hochschulen und Forschungseinrichtungen aus dem Kreis Merzig-Wadern und darüber hinaus in einem Netzwerk gebündelt werden. Dadurch wird die Versorgung des gesamten Kreises mit



neuartigen, bedarfs-, berufs- und praxisorientierten Bildungsangeboten gewährleistet. Diese werden unter anderem in einem umfangreichen Internet-Portal sichtbar, das in diesem Jahr online geht und die Ausbildungsregion Merzig-Wadern auch über ihre Grenzen hinaus repräsentiert. So kann das vorhandene Fachkräftepotenzial frühzeitig und besser auf den Arbeitsmarkt und dessen Anforderungen vorbereitet werden.

Berufspraktische Begleitung im Salzachtal

Die interkommunale Kooperation Salzachtal in Bayern will das Profil ihrer Mittelschulen durch eine berufsbezogene Kompetenzförderung schärfen, um deren Bestehen in der Region langfristig zu sichern. Zu diesem Zweck wollen die Schulen enger mit der regionalen Wirtschaft kooperieren. Im Rahmen des Projektes wird überlegt die Lehrpläne um Wahlfächer für in der Region wichtige Berufszweige zu erweitern, um entsprechende Ausbildungsinhalte bereits im Rahmen der beruflichen Begleitung in der Schule vermitteln zu können. Damit könnten Jugendliche aus der Region als Nachwuchskräfte für das Handwerk, den Tourismus und den Pflegebereich gewonnen werden. Als Anreiz für die Schüler, diese Angebote

anzunehmen, könnte ihnen eine quasi sichere Aussicht auf eine Lehrstelle oder eine mögliche Lehrzeitverkürzung in Aussicht zu stellen dienen. Das Projekt befindet sich noch in einer frühen Phase der Umsetzung. Gleichwohl arbeiten bereits Vertreter der interkommunalen Kooperation als Sachaufwandsträger der Mittelschule sowie Vertreter des Bildungsbereichs – etwa des Schulverbandes, der Mittelschulen und des Schulamtes – kooperativ zusammen. Zudem wurde ein enges Netzwerk mit der örtlichen Wirtschaft, wie Gewerbevereinen, der Handwerkskammer oder regionalen Betrieben, geknüpft, die die Aktivitäten vollumfänglich unterstützen. ■

Kurs Mikrobiologie II im SchülerZukunftszentrum Merzig

SERVICE:

Das Aktionsprogramm Regionale Daseinsvorsorge

Das Aktionsprogramm Regionale Daseinsvorsorge ist ein Modellvorhaben der Raumordnung des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur. Es unterstützte 2012 und 2013 insgesamt 21 ausgewählte Modellregionen in ländlichen Räumen darin, mithilfe einer Regionalstrategie erforderliche Infrastrukturanpassungen an den demografischen Wandel vorausschauend und kooperativ zu planen.

In den Regionen, die ihre Strategie besonders engagiert gestalteten und daraus umsetzungsreife Innovationen entwickelten, werden derzeit Pilotprojekte gefördert, die sich auf eine Vielzahl von Infrastrukturbereichen beziehen. Die Schwerpunkte liegen bei den Themen Pflege/Gesundheit/Leben im Alter, Mobilität sowie Bildung/Fachkräfte. Doch auch der Brandschutz oder Vereinsk Kooperationen kommen nicht zu kurz. Das Aktionsprogramm wird vom Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung wissenschaftlich begleitet. www.regionale-daseinsvorsorge.de



KONTAKT:

Dr. Jana Hoymann
Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung
Telefon: 0228 99401-2133
jana.hoymann@bbr-bund.de
www.bbsr.bund.de

Christian Brunco
Gesellschaft für Infrastruktur und Beschäftigung
des Landkreises Merzig-Wadern mbH
Telefon: 06861 803890
c.brunco@merzig-wadern.de
<http://innnoz-mzg.de>; <http://rbm-mzg.de>

Hans Schild
Bürgermeister der Gemeinde Fridolfing
Telefon: 08684 9989-0
poststelle@fridolfing.bayern.de

Lernen dicht an der Natur

Die Landschule im Eifelort Gillenfeld schärft ihr Profil mithilfe eines typisch ländlichen Potenzials: Hier dreht sich alles um Natur und gesunde Ernährung.

[VON ANJA RATH UND JULIANE MANTE]

Der Ort Gillenfeld mit etwa 1400 Einwohnern liegt im Südwesten des Landkreises Vulkaneifel. Daneben schließen sich die Kreise Bernkastel-Wittlich und Cochem-Zell an. Eine Randlage mit Folgen, denn der Schülerverkehr endet oftmals an der Kreisgrenze. Es gibt eine kombinierte Grund- und weiterführende Schule im Ort, die Realschule plus Gillenfeld mit insgesamt rund 260 Schülern. Die Realschule plus ist eine Schulart in Rheinland-Pfalz, in der von 2009 bis 2014 ehemalige Haupt- und Realschulen zusammengeführt wurden. Neben der Mobilitätsbarriere werden auch sinkende Schülerzahlen im Zuge von Abwanderung und demografischem Wandel zum Problem.

Not macht erfinderisch

In Rheinland-Pfalz werden weiterführende Schulen mit nur einem Zug – also einer einzigen Klasse pro Klassenstufe – nicht mehr finanziert. Ab einer Schülerzahl von 26 Schülern dürfen zwei Klassen eingerichtet werden. In der Gillenfelder Realschule plus sieht es diesbezüglich zahlenmäßig nicht rosig aus: Sie hat derzeit nur 27 Fünftklässler und damit zwei sehr kleine familiäre Klassen mit 13 und 14 Schülern. Die Schulkonferenz beschloss im Jahr 2011, die Schule in ihrer Außenwirkung attraktiver zu machen: Sie schärfte ihr Profil in den Bereichen Natur und Ernährung. Für alle sichtbar wurde dieses Konzept im November 2013, als Schüler, Eltern und Lehrer gemeinsam begannen, das Schulgelände zur „essbaren Schule“ umzugestalten. Sie pflanzten Beerensträucher als Naschgarten auf dem Pausenhof und legten Hochbeete an. Jede Klasse kultiviert eigenverantwortlich ein Hochbeet mit Gemüse und Salaten, die sie an die Schulmensa liefert, in der vor Ort gekocht wird. Zusätzlich reaktivierten Lehrer, Schüler und Eltern gemeinsam eine Streuobstwiese auf dem Schulgelände und legten Insektenweiden sowie ein Insektenhotel an. Auch ein verlandeter Schulteich wurde wieder reaktiviert. „Wir hatten die besten Voraussetzungen mit unserem Gelände. Und die haben wir genutzt, weil wir Akzente setzen wollten. Das ist uns gelungen“, sagt Bruno Niederprüm, der Schulleiter.

Lernen mit und am Tier

Seit etwa zwei Jahren gehört Border-Collie-Mix Paul zum Lehrerkollegium. Der Lehrer Mario Jehnen hat ihn zum Schulhund ausgebildet: „Allein die Anwesenheit von Paul sorgt für ein ruhigeres und entspannteres Lernklima,

weil die Schüler auf ihn besondere Rücksicht nehmen“, so Herr Jehnen. Pauls zweijährige Gefährtin Nala (Border-Collie) wird zurzeit ebenfalls als Schulhund, aber auch als Hütehund ausgebildet. Auch Klassenlehrerin Anja Hendges ist gerade dabei, die junge Hündin Maya in ihrer dritten Klasse einzugewöhnen: Mit ihren Schülern hat sie Regeln zum Umgang mit dem Schulhund vereinbart, die auch für den Umgang in der Gruppe gelten könnten. „Ich bin überzeugt, dass ein Schulhund für soziales Lernen ein guter Weg ist – und bei uns stimmen die Rahmenbedingungen“, sagt sie. Zeitweise übernehmen Schülergruppen auch alleine Verantwortung für ihren fünf Monate alten Klassenhund. Die Schüler finden es gut. „Das ist was Besonderes“, sagt Drittklässlerin Lina.

Schafe bereichern den Schulalltag

Seit März 2014 hat die Schule zudem eine Herde mit 21 Coburger Fuchsschafen und drei Ziegen. Die Idee dazu brachte Mario Jehnen ins Gespräch, dessen Onkel Schäfer ist. Als weiterer fachkompetenter Ansprechpartner erwies sich ein Gemeindemitarbeiter. Die Schüler und Familien nehmen regen Anteil an den Tieren, die Verantwortung übernehmen abwechselnd Lehrer und engagierte Schüler. Neben der Beweidung erhalten die Schafe und Ziegen Heu – und etwas gesammeltes Brot, um sie handzahn zu machen. „Das nutzen wir, um Begegnungen zwischen Schülern und Tieren zu inszenieren“, sagt Mario Jehnen. Den Winter verbringen die Tiere nahe am Ort auf einer gepachteten Wiese mit angrenzendem Stall, den die Schüler selbst instand gesetzt haben. Im Sommer beweiden sie verschiedene Standorte.

Im April erwarten die Schüler Nachwuchs in der Herde. Zum Decken waren einige Schafe beim Bock in ihrer Ursprungsherde im Ort Neroth untergebracht. Wenn alles gut geht, werden zehn neue Lämmer die Herde bereichern. „Dann bekommen wir neuen Diskussionsstoff: Was machen wir mit den Böckchen?“, sagt die Lehrerin Carmen Thönnies. Mit der Frage steht die Schule vor einer neuen Herausforderung. „Bisher wurde hier noch kein Tier getötet, sondern getauscht oder gegen eine Spende abgegeben“, sagt Bruno Niederprüm. Von dem Thema Schlachtung wollten die Schüler bisher nichts hören. Dabei muss sich die Schule durchaus Gedanken darüber machen, wie sie ihre Schafhaltung wirtschaftlicher gestalten kann.

”

Wir haben sehr viel Platz, mehr als andere, den muss man nutzen.“

Schulleiter
Bruno Niederprüm

Durch vielfältige Angebote – vom Gärtnern über die Schafhaltung bis zur Verarbeitung der schuleigenen Streuobststapel – wird den Schülern der Realschule plus Gillenfeld die Natur näher gebracht.



Handfestes Unterrichtsmaterial

Die Lehrerinnen und Lehrer bauen die mit der Haltung der Herde entstehenden Arbeiten in ihren Unterricht ein. So vermaßen Schüler die Fläche der Winterweide, planten die Materialien für den Bau der Umzäunung und berechneten die erforderlichen Mengen. Beim konkreten Bau kamen Werkzeuge zum Einsatz und es galt, im Team zu arbeiten. Auch andere Lehrer greifen entsprechende Themen auf, beispielsweise in den Fächern Biologie, Deutsch oder bei der Berufsorientierung. Zu den naturpädagogischen Angeboten gehört das Arbeiten mit Wolle. Gefilzt wird auch im Unterricht, insbesondere in der Grundschule: „Filzen konnte ich schon“, sagt Carmen Thönnies. Neu gelernt hat sie das Färben mit Pflanzenfarben. „Uns war klar, wir wollen die Wolle nutzen“, betont sie. „Viele Schäfer machen das nicht mehr, weil die Schur mehr kostet, als die Wolle einbringt.“ Und so bestellen die Gillenfelder ein Mal im Jahr den Scherer. Auch beim jährlichen Abenteurer- und Erlebnistag für die Schüler benachbarter Grundschulen punkten die Gillenfelder mit ihren Schafen.

Arbeitsgemeinschaft Wundermaar

Mario Jehnen leitet zudem die Arbeitsgemeinschaft (AG) Wundermaar. Im benachbarten Immerath hat die Schule für einen symbolischen Preis eine Hütte gepachtet, die sie für außerschulisches Lernen nutzt – als Unterrichtsort oder in altersgemischten Arbeitsgruppen mit der AG Wundermaar. „Die Kinder lernen viel besser, wenn es ihnen gut geht und sie Spaß haben“, sagt Bruno Niederprüm. Abgesehen von den Wintermonaten sind montags, mittwochs und freitags Kinder jeweils für zweieinhalb Stunden bei der Immerather Hütte und übernehmen zusätzliche Aufgaben, zum Beispiel den Heckenschnitt. Dabei erwerben die Schüler sowohl spezielles Fachwissen als auch den verantwortungsvollen Umgang mit Werkzeugen. Drei Jungen dürfen inzwischen die Sense schwingen – mit dem Einverständnis der Eltern. „Wenn wir überängstliche Eltern hätten, wäre all das gar nicht möglich“, so Jehnen. In der AG trägt Neuntklässler Leon als Ältester der Gruppe besondere Verantwortung. „Ich geh’ dann mal eben Holz hacken“, sagt er ganz selbstverständlich.

Auch die Natur profitiert

Insgesamt rund neun Hektar beweiden die Schafe und Ziegen der Gillenfelder Schule in der Region, darunter gepachtete und von der Gemeinde kostenlos zur Verfügung gestellte Flächen. Im Juni 2014 zogen die Tiere zum ersten Mal über etwa 3,2 Hektar, die im Rahmen von Ausgleichsmaßnahmen unter Naturschutz gestellt wurden. „Das sind Magerwiesen in klassischer Kraterhanglege, am Kraterand und auf dem Kraterücken“, erklärt Mario Jehnen. Um deren Verbuschung möglichst optimal einzudämmen, hat die Schule ihre drei Ziegen angeschafft. Für die Landschaftspflege erhält sie 600 Euro aus der Biotopbetreuung. „Zuvor wurden die Flächen kostenintensiv gemulcht“, sagt Jehnen.

Die Kraterhänge liegen in Sichtweite der Immerather Hütte und auch das besonders gut erhaltene Pulvermaar ist nicht weit entfernt. Inwiefern die Hütte und die Umgebung für den Unterricht genutzt wird, liegt in der Hand des jeweiligen Lehrers. „Der Lehrer muss Spaß haben, etwas in der Natur zu machen, sonst bringt es nichts“, sagt Schulleiter Niederprüm.

Alle ziehen an einem Strang

Die Schule finanziert ihre Profilierung über verschiedene Wege. „Wir kennen unsere Familien, haben eine funktionierende Schulgemeinschaft und der Förderverein unterstützt uns bei außergewöhnlichen Ausgaben“, sagt Bruno Niederprüm. Im Rahmen des rheinland-pfälzischen „Praxistages“ erhielt die Schule zudem 1500 Euro für den Bau von Hütte und Zaun an der Winterweide und zwei Schafe spendete der Landtagsabgeordnete der Grünen, Herr Dietmar Johnen. Eine rund 400 Euro teure Kardiermaschine zum Kämmen der Wolle hat die örtliche Bäckerei Kalsch gestiftet. Außerdem verkauft die Schule ihre selbstgefertigten Produkte auf Märkten und schuleigenen Festen. „Ich finde vor allem gut, dass dabei Geld für neues Material reinkommt“, sagt Drittklässler Matthias. Trotzdem wird auch ein Teil der Einnahmen für einen wohltätigen Zweck gespendet.

Für die Weiterentwicklung des Schulprofils sind einige Lehrer in einem Koordinationskreis aktiv. „Insbesondere Mario Jehnen ist dabei Ideengeber und Motivator“, sagt Ralf Mayer, Klassenlehrer der 4a. Er ist seit zehn Jahren an der Schule und baut unter anderem zusammen mit den Schülern die neue Schul-Website auf. 2013 ist sie an den Start gegangen und hat dazu beigetragen, das Interesse an der Schule in Gillenfeld zu steigern, davon ist Mayer überzeugt. Die Website dokumentiert anschaulich alle aktuellen und vergangenen Aktivitäten an der Schule. Für eine digitale Schulchronik stellen die Gillenfelder dem Lehrer inzwischen auch Bildmaterial aus früheren Jahren zur Verfügung. Wie andere Lehrer engagiert sich Ralf Mayer weit über den Unterricht hinaus, weil er von dem neuen Konzept überzeugt ist. „Man darf eines nicht vergessen: Es macht viel aus, wenn die Schüler sich verantwortlich fühlen“, sagt er. Deshalb setzen sich auch viele Schüler aktiv für ihre Schule ein – und finden dafür öffentliche Anerkennung: Regelmäßig werden bei den Schülervollversammlungen von den Schülern nominierte junge Aktive ausgezeichnet.

Chancen und Aufgaben

Bruno Niederprüm hat festgestellt, dass der einmal angestoßene Prozess eine eigene Dynamik entwickelt. „Wenn man einfach mal angefangen hat, dann addieren sich die Ideen und Zufälle“, sagt er. So bot ein Landwirt an, einen Teil seiner Felder zur Verfügung zu stellen. Dieses Angebot musste der Schulleiter ablehnen – „Dafür reichen unsere personellen Kapazitäten nicht aus. Schließlich ist der Lehrauftrag unsere Kernaufgabe“ – aber er behält die Möglichkeit im Kopf. Aktuell wartet er auf eine offizielle Bestätigung dafür, dass seine Schule als Geo- und Naturparkschule zertifiziert wird. Damit verpflichtet sich der Dachverband der deutschen Naturparke, die Schule mit Fachkompetenz zu unterstützen, beispielsweise bei Lehrerfortbildungen und Schülerseminaren.

Auch für die nächste fünfte Jahrgangsstufe wird die „Schule am Pulvermaar“ aller Voraussicht nach wieder die notwendige Schülerzahl erreichen. Anmeldungen nimmt sie jederzeit bis zum neuen Schuljahr gerne entgegen. ■



KONTAKT:
 Bruno Niederprüm
 Grundschule und Realschule plus Gillenfeld
 Telefon 06573 296
grs.gillenfeld@vgdaun.de
www.schule-gillenfeld.de
 Facebook: natürlich klug – erste essbare Schule Deutschlands



Klassik im Kloster

Seit zehn Jahren organisiert Sabine Zoller ehrenamtlich klassische Benefizkonzerte. Die dabei etablierte Marke will sie zukünftig auch in anderen Orten anbieten. [VON MONIKA WOHLERT UND ANJA RATH]

Wer an einem Adventssamstag in der voll besetzten Klosterkirche Bad Herrenalb einem Weihnachtskonzert der „Jungen Chöre“ lauscht, erlebt die ganz besondere Atmosphäre von klassischer Musik in klösterlichen Mauern. Die Benefizkonzerte sind mittlerweile zum festen Bestandteil im Kulturkalender des Nordschwarzwaldes geworden.

Mit Erfolgserlebnis gestartet

Hochmotiviert, aber auch mit viel Herzklopfen startete Sabine Zoller im Sommer 2006 mit ihren Vorbereitungen zum ersten Adventskonzert, das sie als frisch gekürte Präsidentin des Lions Club Bad Herrenalb organisieren sollte. „Ich hatte lediglich die mündliche Zusage der Musiker und einen Konzerttermin“, sagt sie. Programm, Podeste, Proben, Einladungen, Anzeigen und Pressearbeit mussten organisiert werden. Viel diskutiert wurde über die Eintrittspreise: Es galt nicht nur die Künstlerhonorare und Werbungskosten zu decken, sondern einen Erlös für den Benefizzweck zu erzielen. Die Organisation und Öffentlichkeitsarbeit leistete Sabine Zoller ehrenamtlich, beim Konzertabend selbst waren Mitglieder des Lions Clubs im Einsatz. Mithilfe regionaler Sponsoren wurde das Konzert ein voller Erfolg und Frau Zoller fasste den Entschluss, weitere Konzerte zu organisieren.

Angebote erweitert und verfeinert

Nach Auflösung des ortsansässigen Lions Clubs führte sie die Veranstaltungen in Eigenregie weiter. Entstanden ist „Klassik im Kloster“ – eine Konzertreihe, deren Erlöse heute den Erhalt der historischen Walcker Orgel der Klosterkirche unterstützen. Um den Bekanntheitsgrad der Konzerte zu steigern, entschied sich Sabine Zoller 2009 dazu, zusätzlich jährlich ein Sommerkonzert zu veranstalten – seit 2012 sind es sogar zwei Konzertabende. „Während im Advent Weihnachtsmelodien im Fokus stehen, werden im Sommer einzelne Komponisten geehrt“, so Zoller. Neben Chormusik gibt es Auftritte von Ensembles und Solisten.

Einen Schwerpunkt legt sie auf die Förderung junger Talente. Als „Junge Chöre“ treten stets am 2. Adventssamstag die Aurelius Sängerknaben aus Calw und verschiedene Kinderchöre aus Karlsruhe auf. Seit 2010 gibt es zudem thematische Winterkonzerte: 2014 stand beispielsweise eine mexikanische Weihnacht auf dem Programm. Bei ihrer Öffentlichkeitsarbeit bindet Sabine Zoller regionale Unternehmen aus Gastronomie und Tourismus ein. So ermöglichte die Eintrittskarte von „Klassik im Kloster“ 2014 den freien Eintritt in drei Museen der Region.

Ausblick mit Anspruch

In neun Jahren lockten 25 Konzerte mehr als 7000 Besucher in den kleinen Kurort im Nordschwarzwald. „Die Benefizkonzerte haben sich zu einem wahren Besuchermagneten für Bad Herrenalb entwickelt“, sagt der Calwer Landrat Helmut Riegger. Das Jahresprogramm für 2015 steht fest: Zum zehnjährigen Jubiläum wird es im Zeichen der Romantik stehen.

Bisher hat Sabine Zoller „Klassik im Kloster“ ausschließlich in Bad Herrenalb veranstaltet; zukünftig will sie ihre Konzerte auch anderen Städten im ländlichen Raum anbieten und sich damit ein wirtschaftliches Standbein schaffen. „Die Konzerte sind mittlerweile zu einer Marke geworden. Immer mehr Anfragen von Künstlern erreichen mich, so dass ich gerne andere Gemeinden mit attraktiven Spielorten für Konzerte gewinnen möchte“, sagt sie. Das Logo hat sie sich schützen lassen und im April führt sie ein Gespräch mit der Lokalen Aktionsgruppe Calw. Für Dezember 2015 gibt es bereits einen Termin: Dann treten die „Jungen Chöre“ in Freudenstadt auf. Sabine Zoller ist davon überzeugt, dass „Klassik im Kloster“ auch dort begeistern wird. ■



KONTAKT:
Sabine Zoller
Klassik im Kloster
Telefon: 0172 8612451
kontakt@klassik-im-kloster.com
www.klassik-im-kloster.com

Wärme aus wiedervernässten Mooren

Moore klimafreundlich zu bewirtschaften und gleichzeitig CO₂ über die Produktion nachwachsender Rohstoffe einzusparen, klingt fast unmöglich. Ist es aber nicht, wie das Projekt MoorZukunft beweist. [VON CHRISTIAN SCHRÖDER UND PHILIPP SCHROEDER]

Bisher wurden Moore für die Bewirtschaftung entwässert, wodurch der Torfkörper belüftet und zersetzt wird. Jährlich gehen so ein bis zwei Zentimeter wertvoller Moorboden verloren und es werden enorme Mengen an Treibhausgasen freigesetzt. Entwässerte Moore emittieren etwa 25 Tonnen CO₂ je Hektar und Jahr. Insgesamt verursachen Moore vier Prozent der bundesweiten Treibhausgasemissionen und damit mehr als der gesamte Flugverkehr von und nach Deutschland. Die fortwährende Bodendegradierung und -sackung macht es zudem immer schwerer, die Standorte zu bewirtschaften und die Kosten für die Entwässerung steigen. In Mecklenburg-Vorpommern werden über 12 Prozent der Fläche, etwa 280 000 Hektar, von Mooren eingenommen. Viele Flächen sind bereits so tief gesackt, dass eine Nutzungsaufgabe droht. Aber auch in Brandenburg und Niedersachsen muss die Landnutzung auf Mooren dringend angepasst werden.

Paludikultur schafft Synergien

Das an der Universität Greifswald entwickelte Konzept der Paludikultur (lat. Palus=Sumpf) kann viele dieser Probleme lösen. Es beinhaltet die ökologisch und ökonomisch sinnvolle Bewirtschaftung nasser oder wiedervernässter Moore. Hierbei wird Biomasse aus moortypischen Pflanzenarten, wie Schilf oder Seggen, produziert. Diese kann zum Beispiel in dezentralen Biomasseheizwerken

energetisch verwertet werden. Als Pellets können Schilf und Seggen aber auch als Einstreu in der Tierhaltung dienen. Für eine stoffliche Verwertung kommt der Anbau von Rohrkolben für die Produktion ökologischer Dämmplatten, Schilf für die traditionelle Verwendung als Dachreet oder Erlen für die Wertholzproduktion in Betracht. Auf ehemaligen Hochmooren können Torfmoose als alternatives Substrat für den Gartenbau produziert werden. Da diese Pflanzen Wasserstände nahe der Mooroberfläche benötigen, bleibt der Torfkörper bei der Paludikultur erhalten. Treibhausgasemissionen und Nährstoffausträge werden vermieden oder stark reduziert. Die Anbauflächen können sich sogar zu Ersatzlebensräumen für seltene, moortypische Tier- und Pflanzenarten, wie Rohrdommel und Sonnentau, entwickeln. Gleichzeitig bleiben die Moore als landwirtschaftliche Nutzflächen dauerhaft erhalten. Wichtig für die Umsetzung von Paludikultur ist es, die Akteure, welche die Biomasse in der Region anbauen, ernten und verwerten, zu vernetzen.

Innovative Konzepte erprobt

Das vom Bundeslandwirtschaftsministerium geförderte Sonderprojekt der Universität Greifswald „MoorZukunft – Energie für Vorpommern“ (2012–2014) hatte sich genau dies zum Ziel gesetzt: Partner in der Region Vorpommern vernetzen und dem

ländlichen Raum neue Impulse durch eine nachhaltige Nutzung wiedervernässter Moore zu geben. Dabei betrachteten die Wissenschaftler sowohl energetische als auch stoffliche Wertschöpfungskonzepte für Biomasse aus Paludikultur. In enger Zusammenarbeit mit einer „Steuerungsgruppe Moornutzung“, bestehend aus behördlichen Entscheidungsträgern sowie Vertretern aus der Praxis, wurden Pilotvorhaben gesucht und vorbereitet. Verschiedene Veranstaltungen, wie ein Feldtag zur mobilen Pelletierung von Biomasse aus Paludikultur, dienten dem Austausch und der Vernetzung.

Heizwerk wandelt Biomasse in Wärme um

Mit dem Niedermoor-Biomasseheizwerk Malchin ist in Mecklenburg-Vorpommern seit Sommer 2014 ein Vorzeigeprojekt für die thermische Verwertung der Biomasse realisiert. Die Agrotherm GmbH nutzt als Betreiber der 800 Kilowatt-Anlage Rohrglanzgras und Seggen von wiedervernässten Niedermoorwiesen am nahegelegenen Kummerower See. Diese werden mit geeigneter Grünlandtechnik in kurzen Trockenperioden geerntet und als Ballen im Heizwerk in Wärme umgewandelt. Circa 300 Hektar nasse Niedermoorflächen können so als Lebensraum für Kiebitz und andere bedrohte Wiesenbrüter offen gehalten werden. Das Heizwerk erzeugt circa 4 000 Megawattstunden



1 Ballenpressen auf den wiedervernässten Seewiesen am Kummerower See. Bei kurzzeitigem Absinken der Wasserstände im Sommer ist das Befahren mit angepasster Technik möglich

2 Heuernte mit angepasster Grünlandtechnik am Kummerower See

3 Das Niedermoor-Biomasseheizwerk in Malchin

—

Wärme im Jahr und sichert die Versorgung von 540 Wohneinheiten, einer Schule und einer Kindertagesstätte. Die hierfür eingesetzten 800 bis 1 200 Tonnen Biomasse ersetzen etwa 350 000 Liter Heizöl. Die Nutzung nachwachsender Rohstoffe aus der Region leistet somit einen Beitrag für den Klimaschutz. Circa 850 Tonnen CO₂-Äquivalente werden jährlich eingespart. Zudem ist die Wärmeversorgung unabhängig von steigenden Preisen für fossile Energieträger und damit langfristig eine günstige Alternative.

Regionale Kooperationen ermöglichen Umsetzung

Die Idee für die thermische Verwertung der Aufwüchse entwickelten Mitarbeiter der Universität Greifswald bereits im Jahr 2000 zusammen mit dem Landwirt Hans Voigt. Nach Einstellung der Entwässerung hatte sich die Vegetation auf seinen Flächen so verändert, dass eine Verwertung als Futtermittel kaum noch möglich war. Um den Familienbetrieb von Hans Voigt fortzuführen und die dauerhafte Pflege der Flächen zu sichern, waren alternative Lösungen gefragt. Im Projekt „Energiebiomasse aus Niedermooren“ konnten 2007 bis 2009 zahlreiche landtechnische und agrarökonomische Grundlagen sowie Fragen zur stofflichen Zusammensetzung und den Brennstoffeigenschaften von Niedermoorbiomasse geklärt werden.

Realisiert werden konnte das Biomasseheizwerk letztlich jedoch nur durch die enge Kooperation zwischen dem Anlagenbetreiber Agrotherm GmbH, dem Landwirtschaftsbetrieb Hans Voigt, dem Energieversorger energicos und der Stadt Malchin. Die Kombination aus regionaler Wertschöpfung und Energiebereitstellung und die zahlreichen Synergien mit dem Biodiversitäts-, Klima- und Gewässerschutz machen das Projekt zu einem Leuchtturm der Energiewende.

Politik muss umdenken

Das Niedermoor-Biomasseheizwerk Malchin steht stellvertretend für das große Potenzial der Nutzung von Biomasse aus wiedervernässten Mooren. Analysen haben gezeigt, dass allein in Mecklenburg-Vorpommern über 200 dezentrale Heizwerke ähnlicher Größe mit Biomasse versorgt werden könnten, wenn 20 Prozent der Moorfläche in Paludikultur bewirtschaftet würden. Über 150 000 Haushalte könnten so mit nachhaltig erzeugter Wärme versorgt werden. Die gegenwärtigen agrarpolitischen Rahmenbedingungen erschweren jedoch die Umsetzung. Nach wie vor werden Anreize zur Entwässerung gesetzt, anstatt die Bewirtschaftung nasser Moorflächen zu unterstützen. Ein Umdenken in der Agrarpolitik ist gefordert, um Landwirten eine klimaschonende Bewirtschaftung ihrer Moorflächen zu ermöglichen. ■



KONTAKT:

Christian Schröder,
Philipp Schroeder
Universität Greifswald
Institut für Botanik und Landschaftsökologie
Telefon: 03834 864027
christian.schroeder@uni-greifswald.de
philipp.schroeder@paludikultur.de
www.moorzukunft.paludikultur.de

Vielfalt erhalten mit Messer und Gabel

Damit es alte Pflanzensorten und regionale Tierrassen auch in Zukunft noch gibt, müssen sich Anbau oder Haltung für die Erzeuger wieder lohnen. Wie das gelingen kann, hat ein praxisnahes Forschungsprojekt der Universität Kassel erprobt. [VON CHRISTINA BANTLE]

Terrine vom Leineschaf, Boeuf Bourguignon vom Roten Höhenvieh: Das klingt heute exotischer als Rücken vom neuseeländischen Lamm oder Steak vom japanischen Wayube-Rind. Dabei sind Leineschafe im niedersächsischen Leinebergland beheimatet und das Rote Höhenvieh war mal über weite Teile der Mittelgebirge verbreitet. Dennoch zählen beide heute zu den bedrohten Tierrassen. Damit stehen sie nicht alleine da: 15 von 21 Rinderrassen sind in ihrer Erhaltung gefährdet, bei den Schafen gelten sogar 19 von 22 Rassen als bedroht. Auch die Vielfalt unterschiedlicher Pflanzensorten geht zurück. Zwar gibt es viele unterschiedliche Kartoffel- oder Apfelsorten im Angebot, bei den meisten Gemüsearten sieht das aber schon anders aus.

Erhalten durch Aufessen

Um zum Erhalt seltener Sorten und Rassen beizutragen, initiierte das Fachgebiet Agrar- und Lebensmittelmarketing der Universität Kassel im Jahr 2012 ein kulinarisches Forschungsprojekt. Gäste von acht ausgewählten Restaurants in ganz Deutschland konnten Gerichte mit alten Sorten und Rassen probieren – und ihre Meinung dazu äußern. Wieso Erhalten und Aufessen zusammen gehören, erklärt Christina Bantle, die die Studie durchführte: „Es muss sich für die Erzeuger lohnen, verstärkt alte Sorten anzubauen oder regionale Tierrassen zu halten. Dafür müssen wieder mehr Menschen diese Produkte wertschätzen und kaufen.“ Gefördert wurde das Projekt vom Bundeslandwirtschaftsministerium im Rahmen des Bundesprogramms Ökologischer Landbau und andere Formen nachhaltiger Landwirtschaft.

Information geht durch den Magen

Im Herbst 2013 standen etwa für einen Monat bei Uslar in Niedersachsen Leinelamm, im sächsischen Freital Duwicker Möhren und Palmkohl auf der Speisekarte; im schleswig-holsteinischen Blunk wurden täglich neue Gerichte mit unterschiedlichen alten Wurzelgemüsen kreiert. Während einige Gastronomen schon vor der Projektteilnahme „Vielfalts-Produkte“ eingesetzt hatten, betreten andere Neuland. Die Studienleiterin initiierte – unterstützt durch engagierte Organisationen und regionale Netzwerke – neue Kooperationen mit Produzenten aus dem nahen Umfeld. Die am Projekt teilnehmenden Restaurants wurden mit Pressearbeit unterstützt. Einleger in der Speisekarte oder Aufsteller auf den Tischen informierten die Gäste zusätzlich über die dort angebotenen Sorten oder Rassen, deren Herkunft und ihre Bedeutung für die Region. Alle Gäste konnten einen Fragebogen ausfüllen, in dem es unter anderem darum ging, inwieweit sie sich schon mit dem Thema beschäftigt, ob sie schon entsprechende Produkte gekauft hatten und falls nicht, welche Gründe dem Kauf entgegenstanden.

Die beteiligten Unternehmen profitieren deutlich

Die Resonanz war äußerst positiv – und zwar seitens aller Beteiligten. Dies betraf zunächst die Qualität der verwendeten Produkte: „Ich hätte nicht gedacht, dass der Geschmacksunterschied so groß ist“, schwärmte eine Gastronomin, die zum ersten Mal Duwicker Möhren und Palmkohl anbot. Auch ihre Gäste waren so begeistert, dass einige leer ausgingen – der Kooperationspartner war primär ein Saatgutbetrieb und konnte somit nur geringe Mengen liefern. Als Konsequenz entschied sich die Gastronomin, die Sorten künftig auf eigenen Flächen anzubauen. Wie die Auswertung der Fragebögen zeigte, verstärkten die Einleger in der Speisekarte sowohl die Wahrnehmung des Angebots als auch die Nachfrage nach den entsprechenden Gerichten deutlich. Die Projekterfahrungen bewogen einige Gastronomen, weiterhin alte Sorten oder Fleisch alter Rassen zu verwenden oder diese Produkte und deren Erzeuger an Kollegen weiterzuempfehlen. Auch die Produzenten profitierten: Manche gewannen neue Kundschaft für die Direktvermarktung, in einigen Fällen kamen weitere Restaurants als Abnehmer hinzu. Ein Landwirt entschied sich, wegen der neuen Absatzmöglichkeiten seinen Bestand Rohwolliger Pommerscher Landschaft wieder aufzustocken, nachdem er diesen zuvor, bedingt durch den Wegfall der öffentlichen Förderung, deutlich reduzieren musste.

Die Praktiker bestimmten mit

In allen Projektphasen standen die Koordinatorin und die beteiligten Praktiker in engem Kontakt. Sie bereiteten die Erhebungen in persönlichen Treffen intensiv vor und stimmten sie auf die individuellen Gegebenheiten eines jeden Restaurants ab. So legten die Gastronomen und Erzeuger den genauen Erhebungszeitraum sowie die genutzten Produkte und deren Verarbeitung in den Restaurants selbst fest. Außerdem konnten sie die Gestaltung der eingesetzten Kommunikationsmaterialien beeinflussen. Auch organisatorische Fragen wurden ihnen vollständig überlassen, etwa zur Lieferung oder zum Preis. Festgelegt wurde lediglich, dass der Preis innerhalb des üblichen Rahmens sein sollte. Während und nach Abschluss der Erhebungen wurden die Gastronomen um ihr Feedback gebeten, um Anpassungen vorzunehmen beziehungsweise eine Bilanz aus der Projektteilnahme zu ziehen. In einem Abschlussworkshop überprüften die Teilnehmer die Ergebnisse auf Praxistauglichkeit und Übertragbarkeit. Dabei waren die meisten Gastronomen vor allem von der Wirkung der Kommunikationsmaterialien überrascht und sahen die von den Gästen geäußerte Zahlungsbereitschaft für Gerichte mit alten Sorten und Rassen als persönlich besonders relevant an.

Ein Fazit für ähnlich gestrickte Projekte ist, dass ausreichend Zeit und Geld für die Vernetzungsarbeit und die Pflege der Kooperationen



Rotes Höhenvieh auf der Weide des Klosterhofs
Bünghausen im Bergischen Land

eingepflanzt werden sollte. Und: Es ist wichtig, die Theorie an die Praxis anzupassen, nicht andersherum. Sonst gibt es zwar statistisch „saubere“, aber praktisch weniger aussagekräftige Ergebnisse. Diese Notwendigkeit sollte auch bei den Geldgebern anerkannt sein.

Regionale Kooperationen schaffen den Mehrwert

Die Projekterfahrungen motivieren dazu, alte Gemüsesorten oder Fleisch bedrohter regionaler Tierrassen in der Gastronomie stärker zu nutzen. Gerade im ländlichen Raum bietet ein solches Angebot Gastronomen ein Alleinstellungsmerkmal. Zudem war ein Großteil der Gäste bereit, für diese besonderen regionalen Produkte mehr zu bezahlen. Die Kommunikation, sowohl durch Medien als auch im Restaurant, spielt dabei jedoch eine wichtige Rolle. Gastronomieverbände wie Slowfood oder die DEHOGA können, etwa durch Verkostungen oder Besuche bei Erzeugern, wertvolle Beiträge leisten. Notwendig ist es auch, neue regionale Partnerschaften zwischen Erzeugern und Gastronomen zu schaffen. Die landesweiten Agrarmarketinggesellschaften wären hierfür geeignete Unterstützer. Aber auch Schutzgebiete wie Naturparke oder Biosphärenreservate könnten Partner zusammenbringen und die Angebote zum Beispiel im Rahmen des Tourismus bekannt machen. Da es sehr aufwändig ist, neue Kooperationen aufzubauen sowie zielgruppen- und themengerecht zu werben und zu kommunizieren, sollten interessierte Akteure finanzielle Fördermöglichkeiten nutzen, etwa im Rahmen des Europäischen Landwirtschaftsfonds für ländliche Entwicklung. ■

Bild: Peter Schmidt

SERVICE:

Zum Weiterlesen

Beratung zu geeigneten Sorten bieten Vereine, zum Beispiel der Verein zur Erhaltung und Reaktivierung von Nutzpflanzen in Brandenburg (www.vern.de) oder der Verein zur Erhaltung der Nutzpflanzenvielfalt (www.nutzpflanzenvielfalt.de). Hinsichtlich der Haltung alter Rassen ist die Gesellschaft zur Erhaltung alter und gefährdeter Haustierrassen der richtige Ansprechpartner (www.g-e-h.de).

Der vollständige Projektbericht sowie eine kurze Übersicht über die wichtigsten Ergebnisse sind frei unter <http://orgprints.org/28070/> verfügbar.



KONTAKT:
Christina Bantle
Universität Kassel
Fachgebiet Agrar- und Lebensmittelmarketing
christina.bantle@gmail.com
www.uni-kassel.de/go/alm

Umnutzung gibt Impulse

Ein Forscherteam stellt die Hypothese auf, dass bürgerschaftliches Engagement und unternehmerische Gesellschaftsverantwortung wichtige Impulse für Umnutzungsprojekte geben und wertvolle Beiträge für die Entwicklung ländlicher Orte leisten.

[VON LINDA FUNKE]

”

Umnutzungsprojekte können als Impulsgeber für die Dorf- und Ortsentwicklung wirken.“

Ländliche Räume begegnen in Zeiten des agrarstrukturellen und demografischen Wandels vielfältigen Herausforderungen: Durch Arbeitsplatzverluste und damit verbundene Bevölkerungsrückgänge verlieren vor allem kleinere und peripher gelegene Orte an Attraktivität. Die Lebensqualität sinkt und Infrastruktureinrichtungen werden aufgrund mangelhafter Auslastung geschlossen. Übrig bleiben leer stehende, zum Teil ortsbildprägende Gebäude, für die sich nur schwer neue Nutzungen finden lassen. Kann die Förderung von bürgerschaftlichem und unternehmerischem Engagement diesem Prozess entgegenwirken und dazu beitragen, Gebäude vor dem dauerhaften Verfall zu schützen?

Gebäudeleerstand nimmt zu

In vielen ländlichen Kommunen Niedersachsens werden laut der Förderbank des Landes (NBANK) in den kommenden Jahren die Leerstände auf mehr als fünf Prozent des Gebäudebestands ansteigen, vereinzelt werden sogar mehr als 15 Prozent bis zum Jahr 2030 prognostiziert. Strukturelle Leerstände betreffen sowohl Wohn- und Gewerbegebäude als auch landwirtschaftliche Objekte – und bieten gleichzeitig großes Potenzial für unterschiedliche Formen der Umnutzung. Die Frage ist: Welche Faktoren tragen künftig ausschlaggebend dazu bei, die Funktions- und Tragfähigkeit infrastruktureller Einrichtungen – und damit verbunden die Lebensqualität in ländlichen Gemeinden – zu bewahren oder wieder herzustellen?

Die dörfliche Zivilgesellschaft ist durch Nähe, Kontakte und Transparenz gekennzeichnet. Im Vergleich zur städtischen Bevölkerung trifft man in ländlichen Räumen zudem häufiger auf funktionierende, nachbarschaftliche Gemeinschaften, die sich aufgrund unmittelbarer Betroffenheit und eines stärkeren Verantwortungsgefühls für attraktive Lebensbedingungen vor Ort einsetzen. Dass sowohl gesellschaftliches als auch unternehmerisches Engagement einen wichtigen Beitrag zur Ortsentwicklung leisten und welche Faktoren entscheidend für die gemeinschaftliche Umnutzung von Leerständen sind, legte ein Forschungsprojekt des Geodätischen Instituts und des Instituts für Umweltpolitik der Leibniz Universität Hannover dar.

Empirie und Erfahrungsaustausch

Im Rahmen des zweijährigen Forschungsprojektes „Engagement für Umnutzungen als Impulsgeber im ländlichen Raum“, das durch den Europäischen Fonds für die Regionale Entwicklung (EFRE) gefördert worden ist, untersuchten die Hannover Wissenschaftler von 2011 bis 2013 Motive, Chancen und Herausforderungen für bürgerschaftliches und unternehmerisches Engagement in sechs niedersächsischen Kooperationskommunen: Eisdorf im Landkreis Osterode am Harz, Leiferde im Landkreis Gifhorn, Löningen im Landkreis Cloppenburg, Bunde und Weener im Landkreis Leer sowie Ovelgönne in der Wesermarsch. Neben einer schriftlichen Haushaltsbefragung, bei der insgesamt 15 000

Fragebögen verteilt wurden und ein Rücklauf von rund zehn Prozent erreicht werden konnte, sprachen die Forscher mit bereits engagierten Unternehmen über ihre freiwilligen Tätigkeiten, die dahintersteckende Motivation sowie mit dem Engagement verbundene Effekte. Darüber hinaus wurden bereits erfolgte Umnutzungsprojekte in Niedersachsen besichtigt und analysiert. Ziel war es, Beweggründe und Gestaltungsmöglichkeiten von Engagement zu ermitteln und herauszuarbeiten, wie die Rahmenbedingungen und die Motivation für Engagement gefördert werden können. Im Mittelpunkt stand die Frage, welche Bedeutung das Engagement für die Behebung und Umnutzung von Leerständen sowie für eine nachhaltige Dorfentwicklung hat.

Die empirischen Untersuchungen wurden durch Workshops ergänzt, die als Plattform zum Austausch und Wissenstransfer zwischen verschiedenen Akteuren dienten. Mit engagierten Bürgern, Bürgermeistern, Ortsvorstehern, Verwaltungsmitarbeitern und Planern diskutierten die Wissenschaftler zum einen aktuelle Fragen zur Entwicklung der ländlichen Räume und tauschten unterschiedliche Erfahrungen mit Engagement aus. Zum anderen widmete man sich der Frage, wie viel Struktur Engagement überhaupt benötigt. Vertreter unterschiedlicher Organisationsformen diskutierten deren Vor- und Nachteile und stellten Projekte und Erfahrungen vor, wodurch ein reger Austausch zwischen Wissenschaft und Praxis angeregt wurde.



1 Die Gaststätte in Oldenbrok ist jetzt ein Gemeinschaftstreffpunkt.

2 Das heutige Museum in Oberlangen war früher eine Hofstelle.

Erfolgsfaktoren für Umnutzungs-impulse

Thematisch lassen sich sechs übergeordnete Erfolgsfaktoren für die positive Umsetzung von Umnutzungsprojekten zusammenfassen:

Erfassen und Verstehen

Es ist unerlässlich, die Leerstände vor Ort zu erfassen, um die aktuelle Situation einschätzen zu können, Prognosen für eine zukünftige Entwicklung zu erstellen und auch die Bevölkerung für die Thematik zu sensibilisieren. Des Weiteren ist es hilfreich, Leerstände gezielt zu bewerben und Vorurteile abzubauen. In einzelnen Kommunen erfolgt dies bereits über Programme wie „Jung kauft alt“.

Persönlichkeiten identifizieren

Das Vorhandensein einer oder mehrerer Personen, die sich für ein Umnutzungsprojekt einsetzen und sich damit identifizieren, erleichtert und fördert die Prozessgestaltung entscheidend. Es gilt, vor Ort einen solchen Macher, Leitwolf, Kümmerer oder Netzwerker für die Thematik der Umnutzung oder ein konkretes Umnutzungsprojekt zu gewinnen.

Richtig anerkennen und wertschätzen

Die bereits oder auch potenziell Engagierten müssen spüren, dass ihr Engagement in der Kommune gewollt und wertgeschätzt wird. Neben materiellen Formen der Anerkennung stellen ideelle Formen eine ebenso wichtige Möglichkeit der Wertschätzung dar.

Koordinierungsstellen und Information

Engagierten und potenziell engagierten Personen müssen Anlaufstellen geboten werden, um sich darüber informieren zu können, wo sie gebraucht werden und wie sie sich einbringen können. Mitunter sind dabei auch mobile Angebote, wie Wanderausstellungen und -messen, aber auch mobile Beratungsstellen und -angebote gut geeignet.

Finanzen, Förderung, Formalia

Der Aspekt der Finanzierung hat bei Umnutzungsprojekten eine besondere Bedeutung, denn in der Regel können Kosten erst ab einem bestimmten Finanzvolumen subventioniert werden. Engagierte Personen, Gruppen und Vereine benötigen kompetente Unterstützung bei der Antragstellung für Förderungen sowie generell im Bereich der Finanzierung.

Ortsübergreifende Projektkooperationen

Besichtigungen von Nachbarorten mit Referenzbeispielen bereits durchgeführter Umnutzungen bieten Anregungen und Ideen. Durch die Informationen können eine Umnutzung hemmende Faktoren von Beginn an umgangen und förderliche Faktoren gezielt zugänglich gemacht werden.

Empfehlungen für gemeinschaftliche Ortsentwicklung

Die Ergebnisse des Forschungsprojekts wurden in Form von Handlungsempfehlungen in einer Broschüre aufbereitet. Sie richtet sich vornehmlich an kommunale Akteure. Die Empfehlungen sollen helfen, bürgerschaftliches und unternehmerisches Engagement für Umnutzungen im Hinblick auf eine nachhaltige Dorfentwicklung zu fördern.

Die Broschüre umfasst sowohl allgemeine Hinweise zum Umgang mit Aktivitäten auf kommunaler Ebene sowie Empfehlungen für die Förderung des bürgerschaftlichen und unternehmerischen Engagements speziell für Umnutzungen. ■

SERVICE:

Zum Weiterlesen

Handlungsempfehlungen als Download unter <http://kurzlink.de/umnutzungengagement>



KONTAKT:
Linda Funke
Leibniz Universität Hannover
Institut für Umweltplanung
Telefon: 0511 76217975
funke@umwelt.uni-hannover.de
www.umwelt.uni-hannover.de



Attraktiv für Zuwanderer werden

In vielen ländlichen Kommunen Deutschlands fehlt es an Fachkräften und jungen Auszubildenden. Wissenschaftler haben untersucht, wie Kommunen attraktiver für qualifizierte Zuwanderer aus dem Ausland werden können.

[VON DAVID WESTENBERG UND SUSANNE SCHÖN]

Wie das Forschungsinstitut Economix kürzlich im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales berechnet hat, fallen die langfristigen Perspektiven für die deutsche Wirtschaft umso besser aus, je mehr Menschen aus dem Ausland zuwandern. Seit geraumer Zeit wandelt sich angesichts ähnlicher wissenschaftlicher Studien auch die deutsche Einwanderungspolitik hin zu einer stärkeren Willkommens- und Anerkennungskultur.

Kommunen haben Schlüsselfunktion

Kommunen nehmen hierbei eine Schlüsselrolle ein. Sie sind Orte des alltäglichen Zusammenlebens und haben für die soziale, wirtschaftliche und kulturelle Integration von Zuwanderern eine zentrale Bedeutung. Dabei stehen die ländlichen Kommunen oftmals vor weitaus größeren

Herausforderungen als die wachsenden Metropolregionen. Sie sind nicht nur stärker vom Rückgang der erwerbsfähigen Bevölkerung betroffen, sondern sind häufig auch weniger attraktiv für Fachkräfte und verfügen über verhältnismäßig wenig Erfahrung im Umgang mit Immigranten.

Was aber können ländliche Kommunen tun, um für qualifizierte Zuwanderer attraktiv zu werden? Eine Studie im Rahmen des Experimentellen Wohnungs- und Städtebaus (ExWoSt) hat in den Jahren 2012 bis 2014 in acht Fallregionen untersucht, wie Kommunen qualifizierte Zuwanderer anziehen und langfristig an sich binden und wie sie Unternehmen bei der Fachkräftesicherung unterstützen können.

Willkommen heißen und anerkennen

Optimal ist es, wenn der gesamte Zuwanderungsprozess ohne Probleme, Hürden und schlechte Erfahrungen verläuft. Dazu müssen die Menschen vor Ort fähig zum Perspektivenwechsel sein, um sich in die Bedürfnisse der Zuwanderer hineinzusetzen: Welche Bedarfe haben sie und ihre Familien vor der Anreise, welche vor Ort, welche langfristig? Wie verändern sich ihre Bedürfnisse im Laufe der Zeit?

Wegweisend sind dabei die Begriffe der Willkommens- und der Anerkennungskultur. In einer guten Willkommenskultur erhalten potenzielle Immigranten einen positiven Eindruck von der Kommune als einem attraktiven, offenen Lebens- und Arbeitsort. Nach ihrem Eintreffen bekommen sie – auch durch ganz konkrete Unterstützungsangebote – das Gefühl, in der deutschen Gesellschaft willkommen zu sein. Die Anerkennungskultur zielt dagegen auf ihre langfristige Etablierung in Deutschland und auf die interkulturelle Öffnung der Gesellschaft ab. Sie beinhaltet, die Potenziale aller Menschen mit Migrationshintergrund wertzuschätzen – egal ob neu zugewandert oder schon seit längerer Zeit in Deutschland ansässig, egal ob hoch- oder geringqualifiziert. Hierbei sollte es auch darum gehen, die derzeit steigende Zahl geflüchteter Menschen als Chance zu begreifen. So würden sich beispielsweise viele Handwerksbetriebe freuen, verstärkt junge Asylbewerber einstellen zu können, denn Ausbildungsplätze sind zunehmend schwerer zu besetzen, wie der Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks Hans Peter Wollseifer in einem Interview mit der „Rheinischen Post“ betonte.

Rekrutieren, Werben und Netzwerken

In der Phase der Vorintegration ist es für den Entschluss eines potenziellen Zuwanderers, sein Land zu verlassen, ausschlaggebend, ob er einen geeigneten Arbeitsplatz im Ausland findet. Ein wichtiger Ansatzpunkt für die Kommunen ist dabei ihre Außenwirkung. Da die ländlichen Regionen international kaum sichtbar sind, suchen einige Kommunen aktiv nach ausländischen Fachkräften. Beispielsweise akquirierte die oberfränkische Kleinstadt Wunsiedel im Jahr 2012 nach einer vorherigen Bedarfsermittlung 12 spanische Fachkräfte für kleine und mittlere Unternehmen aus der Region. Diese wurden von Beginn an umfassend in allen Lebenslagen unterstützt. Dabei wurden gezielt die Vorteile eines kleinstädtischen Umfelds genutzt – persönliche Kontakte und das große Engagement einzelner Akteure. Ähnliche Rekrutierungsprojekte gab es auch in der Region Schwarzwald-Baar-Heuberg und im Rahmen der „Internationalen Ausbildungsinitiative“ der Wirtschaftsregion Ems-Achse.

Zuwanderer gezielt unterstützen

Besonders wichtig ist es in der Erstorientierungs- und Etablierungsphase der Immigranten, Angebote zu bündeln, die diese direkt nach ihrer Ankunft umfassend mit allen notwendigen beruflichen und lebensweltlichen Informationen versorgen und mit den wichtigsten Ansprechpartnern für eine schnelle Integration vertraut machen. In der Region Schwarzwald-Baar-Heuberg ist zum Beispiel das Welcome Center mit seinen mehrsprachigen und interkulturell kompetenten Mitarbeitern erster Anlaufpunkt und Servicestelle für Neu-Zuwanderer.

Eng verknüpft damit ist die Modernisierung und gegebenenfalls die Reorganisation der Verwaltung – ressortunabhängig und auf allen Ebenen. Die Kommune ist die entscheidende Kontakt- und Schnittstelle für und zwischen Zuwanderern, Unternehmen und Bürgern. Hierzu kann die Umgestaltung der Ausländerbehörde zur Willkommensbehörde, wie es derzeit etwa im niedersächsischen Landkreis Osnabrück erprobt wird, genauso gehören wie die interkulturelle Öffnung der Verwaltung.

Bevölkerung und Unternehmen mitnehmen

Die gesamte Bevölkerung muss frühzeitig „mitgenommen“ und für die Notwendigkeit der Zuwanderung sensibilisiert werden. Ein überstürztes Handeln kann die Menschen vor Ort schnell überfordern und sich

damit kontraproduktiv auf die Willkommens- und Anerkennungskultur auswirken. Mittel dazu sind eine gezielte Öffentlichkeitsarbeit, Paten-, Lotsen- und Mentoren-Modelle, Kochgruppen, Sprach-Tandems, Feste oder Begegnungen. Die Stadt Ravensburg hat zum Beispiel erfolgreich ein Anreiz- und Anerkennungssystem geschaffen, mit dem die Bürger dazu motiviert werden, sich an unterschiedlichen Projekten zu beteiligen.

Vor allem die kleinen und mittleren Unternehmen zögern häufig noch sehr stark, Zuwanderer einzustellen. Dabei ist sowohl aus ihrer als auch aus Sicht der Zuwanderer vor allem die deutsche Sprache weiterhin eine große Hürde. Die Kommunen können auf verschiedene Weise unterstützend tätig werden: Sie können die Unternehmen für das Thema Fachkräftesicherung im Allgemeinen sowie für die Einstellung von ausländischen Fachkräften im Speziellen sensibilisieren, sie in rechtlichen Fragen beraten, ihnen Sprachkurse vermitteln oder bei der Einrichtung von Unternehmensservicestellen helfen.

Potenziale vor Ort nutzen

Damit die kommunale Zuwanderungspolitik Erfolg hat, müssen insgesamt ganz unterschiedliche Akteure und Ressorts beteiligt werden: Während beispielsweise Hochschulen den Zugang zu internationalen Studierenden ermöglichen, bergen das kulturelle Wissen und die Beratungsleistungen der Migrantenselbstorganisationen insbesondere in Bezug auf den Erstkontakt großes Potenzial. Aktiviert man die bereits vor Ort lebenden Menschen mit Migrationshintergrund, würdigt und wertschätzt man zugleich ihr Engagement und trägt damit zu einer verbesserten Anerkennungskultur bei.

Aus dieser Perspektive erscheint Migration in einem neuen Licht: Sie wird nicht nur als ein Prozess gesehen, der vornehmlich Integrationsprobleme mit sich bringt, sondern als Bereicherung und Potenzial empfunden. ■

SERVICE:

Zum Weiterlesen

Schön S., Haack Y., Westenberg D. (2014): **Wie können Kommunen für qualifizierte Zuwanderer attraktiv werden?** BBSR-Online-Publikation 10/14. Herausgegeben durch das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung, Bonn.

Download unter: www.bbsr.bund.de

→ Veröffentlichungen

→ BBSR Online-Publikationen

→ zurückliegende Ausgaben

→ 2014

Schön S., Horlemann L., Westenberg D. (2015): **Sicherung des Fachkräfteangebotes im ländlichen Raum.** MORO Praxis Heft 1. Herausgegeben durch das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur, Berlin.



KONTAKT:

David Westenberg und

Dr. Susanne Schön

inter 3 GmbH – Institut für Ressourcenmanagement

Telefon: 030 343474-56, -52

westenberg@inter3.de,

schoen@inter3.de

www.inter3.de

Impulse setzen, die in die Zukunft wirken!

Mit dem Modellvorhaben LandZukunft förderte das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) über einen Zeitraum von drei Jahren die Erprobung innovativer Konzepte der Regionalentwicklung. Ziel war es, die regionale Wertschöpfung zu verbessern und Arbeitsplätze zu sichern. Hat das funktioniert? Ein Rückblick.

[VON KATRIN BÄUMER UND SEBASTIAN ELBE]

Das Modellvorhaben LandZukunft setzte auf drei Elemente: die Einbindung unternehmerischer Menschen, die Steuerung über Ziele und die Erprobung alternativer Finanzierungsinstrumente. Bis Ende 2014 wurden in den vier Modellregionen Birkenfeld, Dithmarschen, Holzminden und der Uckermark in rund 120 Projekten unternehmerische Ideen umgesetzt. Ziel des Modellvorhabens LandZukunft war es vor allem, Strukturen aufzubauen und Prozesse anzustoßen, die nicht nur einen kurzfristigen Effekt haben, sondern in die Zukunft wirken. Mit dem Fokus auf die Einbindung unternehmerischer Menschen konnte in den ausgewählten Regionen eine wichtige Akteursgruppe mobilisiert werden. In der Kooperation mit regionalen Unternehmen wurden Konzepte entwickelt, um dem zunehmenden Fachkräftemangel und regionalen Ausbildungsmissständen entgegenzuwirken.

Kooperationen zwischen Bildung und Wirtschaft

Birkenfeld und Dithmarschen haben Netzwerke zwischen Unternehmen, Bildungseinrichtungen sowie Industrie- und Handelskammern gestärkt. In Birkenfeld wurde das „Kooperationsdreieck Schule, Hochschule und Wirtschaft“ ins Leben gerufen, da es oftmals auf beiden Seiten Informationsdefizite gibt: So wissen Schüler und Studierende wenig über die Angebote in den nah gelegenen Unternehmen und umgekehrt wissen die Unternehmen wenig über die Möglichkeiten der frühzeitigen Einbindung junger Menschen in ihre Betriebe. Eine zentrale Koordinierungsstelle treibt nun die Vernetzung voran. Ergänzend dazu

übernimmt die interaktive Internet-Plattform „vitaminBIR“ die Funktion der zentralen Informations- und Wissenssammlung. So können Schüler und Studierende Profile mit ihren Interessen hinterlegen, die dann bei der vereinfachten Vermittlung von Praktika, Abschlussarbeiten oder Ferien- und Nebenjobs helfen. Darüber hinaus werden Beiträge zu freien Arbeits- und Ausbildungsplätzen sowie zu Kleinaufträgen am Umwelt-Campus Birkenfeld und in Unternehmen eingestellt. Ergänzt wird das Angebot durch einen zentralen Veranstaltungskalender, der über Firmenkontaktmessen, Weiterbildungsangebote sowie Veranstaltungen regionaler Bildungseinrichtungen und Unternehmen informiert.

In der Region Dithmarschen wurden Projekte realisiert, die das Bildungsniveau der Kinder und Jugendlichen erhöhten. Indem Akteure aus Wirtschaft und Schule direkt angesprochen und zur Kooperation motiviert wurden, sollten Talente gefördert und die Anzahl der Bildungsverlierer reduziert werden. Außerdem strebte man angesichts des Fachkräftemangels eine enge Verzahnung zwischen Wirtschaft und Bildungsinstitutionen an. Mit dem Projekt „Praxispool Talentförderung“ wurde ein kreisweites Angebot zur Förderung des praxisorientierten Lernens aufgebaut. Je nach Möglichkeit und Interesse der beteiligten Unternehmen und der außerschulischen Lernorte entwickelte man zielgruppenspezifische Angebote in unterschiedlichen Formen. Darüber hinaus wurde der Aufbau eines Verantwortungszernetzes von Unternehmen, Bildungseinrichtungen und außerschulischen Lernorten initiiert. Mittlerweile gibt es mehr

als 260 Angebote und knapp 100 Projektpartner. Die Angebote reichen dabei von A wie „Aufklärung zu Rassismus und Rechtsextremismus“ bis Z wie „Zimmerwetter“.

Veränderte Denk- und Handlungsmuster erkennbar

Neben ihrer Funktion als Projektträger nahmen die unternehmerischen Menschen auch als Vertreter in den Steuerungsgremien eine wichtige Rolle ein: So erfolgte die Einbindung in Birkenfeld zunächst über eine Steuerungsgruppe, die strategische Entscheidungen traf, Projekte auswählte und die Zielerfüllung kontrollierte. Daraus entstand ein Regionalrat Wirtschaft, der als Verein auch über das Modellvorhaben hinaus bestehen bleibt. In Dithmarschen übernahm ein Beirat die Steuerungsfunktion, in Holzminden und der Uckermark konnte auf bereits bestehende Strukturen zurückgegriffen werden, gleichzeitig wurden neue Wirtschafts- und Sozialpartner (WiSo-Partner) eingebunden. Eine Weiterführung der mit LandZukunft bearbeiteten Themenfelder ist in allen Regionen vorgesehen und soll nach Möglichkeit auch im Rahmen der aktuellen LEADER-Förderperiode erfolgen. Der wichtigste Aspekt der Verstetigung besteht womöglich in veränderten Denk- und Handlungsmustern. Die Erkenntnis, dass gemeinsames, zielorientiertes Handeln Mehrwert bedeutet, ist zwar nicht neu, wurde aber in zahlreichen Projekten erlebbar gemacht. Insgesamt profitieren die Regionen durch ein neues regionales Selbstverständnis und den Mut, Veränderungsprozesse selbst zu gestalten. ■

Was passiert im Elbehafen Brunsbüttel? Die Schüler der Friedrich-Hebbel-Schule Wesselburen lernten den Hafen im Rahmen des Dithmarscher Modellprojekts kennen.



Aus dem Abschlussbericht der Modellregion Holzminden:

„Neue Kooperation statt Konkurrenzdenken schafft Synergieeffekte und führte zu einer erfolgreichen Marktdurchdringung im Bereich Tourismus. Gemeinschaftliches, zielgerichtetes Handeln beschleunigte zudem die Regionalentwicklung insgesamt. Die Region Holzminden hat ihre Aktivitäten in LandZukunft auf die touristische Entwicklung fokussiert und konnte damit an die Arbeit des Tourismusvereins Solling-Vogler-Region anknüpfen. Der mit LandZukunft angestoßene Weg des gemeinschaftlichen, zielgerichteten Handelns und des ‚Miteinander Gestaltens‘ kann durch diese Strukturen im Bereich Tourismus fortgesetzt werden.“

Aus dem Abschlussbericht der Modellregion Dithmarschen:

„Die Einbeziehung aller Akteure, insbesondere auch von Fachkräften aus dem inhaltlichen Förderschwerpunkt, war bereits in der Bewerbungsphase von besonderer Bedeutung. Es musste hoher Aufwand bei der Einbeziehung der WiSo-Akteure und insbesondere unternehmerischer Menschen betrieben werden. Entscheidungskompetenz und Transparenz waren die wesentlichen Akzeptanzfaktoren zur Mobilisierung dieser wichtigen Akteursgruppe. Das Entscheidungsgremium der AktivRegion Dithmarschen wird zudem stärker mit Wirtschaftspartnern besetzt als in der

vorherigen Förderperiode, so dass neu gewonnene Akteure weiterhin eingebunden sein werden.“

Aus dem Abschlussbericht der Modellregion Uckermark:

„Bis auf eine Ausnahme werden alle Projekte nach Beendigung des Modellvorhabens weitergeführt, so dass auch zukünftig der gewählte Themenschwerpunkt zum Aufbau regionaler Wertschöpfungsketten in Verbindung mit einer nachhaltigen Tourismusregion fortgeführt werden kann.“

Aus dem Abschlussbericht der Modellregion Birkenfeld:

„Die angestoßenen Einzelprojekte sind wertvoll und erzielen sehr gute Wirkungen in der Region. Der in Birkenfeld angestoßene Prozess (Entstehung eines Regionalrats Wirtschaft, Aktivierung von Akteuren) wird langfristig als ‚Rückgrat‘ bestehen bleiben und die Entstehung von weiteren Umsetzungsprojekten befördern. Zur Nutzung von Fördermöglichkeiten ist es notwendig, dass die für die Regionalentwicklung zuständige Institution der Region über eigene Kompetenzen in diesem Bereich verfügt. Die permanente Beschäftigung mit dem Thema ist erforderlich. Die Region Birkenfeld hat sich im Zuge des Prozesses LandZukunft hier stark weiterentwickelt und entsprechende Kompetenzen aufgebaut.“



SERVICE:

Neues Modellvorhaben Land(auf) Schwung angelaufen

Aufbauend auf LandZukunft hat das BMEL das Modellvorhaben Land(auf) Schwung ins Leben gerufen. Ziel ist es auch dabei, mithilfe ausgewählter Projekte die regionale Wertschöpfung zu stärken und die Daseinsvorsorge zu sichern. Ein Schwerpunkt liegt insbesondere auf interkommunaler und interregionaler Zusammenarbeit. 15 Millionen Euro stehen für Land(auf)Schwung zur Verfügung.



KONTAKT:
Dr. Katrin Bäumer
Geschäftsstelle LandZukunft
SPRINT – wissenschaftliche Politikberatung (GbR)
baeumer@sprintconsult.de
www.land-zukunft.de

Breitband für alle



Mathias Samson
(HMWWL Hessen)

Mit dem Projekt „Mehr Breitband in Hessen“ unterstützt die Landesregierung den Breitband-Ausbau. Zur Umsetzung wurde eine Projektstruktur mit definierten Rollen, Zielen und Meilensteinen eingeführt. Ende 2014 hatten rund 75 Prozent der hessischen Haushalte Zugang zu Hochgeschwindigkeitsnetzen (Next Generation Access-Netze – NGA) oder eine konkrete Versorgungsperspektive.



Die Herstellung der Flächen- deckung ist Aufgabe von Bund, Land, Kommunen und Markt- teilnehmern – das hessische Modell bindet alle Beteiligten ein.“

Mathias Samson ist Staatssekretär beim hessischen Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung, das für den Breitbandausbau zuständig ist.

Herr Samson, es herrscht politisch Einigkeit darüber, dass ländliche Räume Breitband brauchen. Wie weit geht der Konsens darüber hinaus?

Es herrscht noch nicht einmal Einigkeit, wie „Breitband“ zu definieren ist. Die EU setzt Downloadraten von mindestens 30 Megabit pro Sekunde (Mbit/s) an, während man hierzulande erst bei Größenordnungen ab 50 Mbit/s von schnellem Breitband oder Hochgeschwindigkeitsnetzen spricht – das hat auch damit zu tun, dass sich die Anforderungen und die technischen Möglichkeiten ständig weiterentwickeln. Entsprechend unterschiedlich lassen sich Förderungen ansetzen. Für uns in Hessen ist entscheidend, dass der Ausbau bedarfsgerecht erfolgt. Unser wichtigstes Instrument ist das Darlehens- und Bürgerschaftsprogramm für den Aufbau kommunaler Netze, das wir im vergangenen Jahr auf 350 Millionen Euro aufgestockt haben. Seit die ersten kommunalen Projekte angelaufen sind, zeigen erfreulicherweise auch private Telekommunikationsunternehmen wieder deutlich mehr Interesse an einer Erschließung ländlicher Regionen – was wir sehr begrüßen. Inzwischen laufen in allen hessischen Kreisen Ausbauaktivitäten.

Gibt es Förderprogramme, mit denen Wirtschaftlichkeitslücken geschlossen werden sollen?

Dieser Ansatz steht für uns momentan nicht im Vordergrund; wo Kommunen privaten Anbietern Investitionszuschüsse zahlen – etwa im Landkreis Marburg-Biedenkopf – geschieht das nicht auf Grundlage einer unmittelbaren Landesförderung. Aber wir prüfen, ob wir in besonderen Fällen mit Zuschüssen dazu beitragen können, die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse zu gewährleisten, etwa mit Mitteln aus dem Europäischen Landwirtschaftsfonds

ELER. Neben unserem Darlehensprogramm gibt es Möglichkeiten zur gezielten Erschließung von Gewerbegebieten und über das Programm zur interkommunalen Zusammenarbeit. Zudem haben wir durch eine Änderung der Hessischen Gemeindeordnung die rechtlichen Spielräume der Kommunen erweitert. Wir werden den Breitbandausbau außerdem als Entwicklungsziel in den Landesentwicklungsplan aufnehmen. Das hessische Modell bietet eine Vielfalt von Möglichkeiten.

In Hessen soll bis 2018 jeder Ort an Hochgeschwindigkeitsnetze angeschlossen sein. Gibt es übertragbare Erfolgsfaktoren Ihrer NGA-Strategie?

Natürlich ist jedes Land anders, aber grundsätzlich ist unser Modell übertragbar: Es besteht darin, alle Beteiligten zusammenzubringen und sich auf eine klare Aufgabenverteilung zu einigen. Die Rolle des Landes ist es, diesen Prozess zu moderieren, zu beraten und organisatorische Hilfestellung zu leisten – etwa mit unserem Breitbandinformationssystem hesbis. Auf dieser Basis können dann unterschiedliche, auf die jeweiligen regionalen Verhältnisse zugeschnittene Lösungen entstehen. Wir haben uns sehr gefreut, als die Bundeskanzlerin unser Modell beim Deutschen Landkreistag im Oktober 2014 als beispielhaft gewürdigt hat.

Bezogen auf ganz Deutschland: Wie lässt sich der Ausbau mit zukunftsfähigem Internet verbessern – nicht jedes Bundesland kann sich ein eigenes Breitbandprogramm leisten?

Wichtig ist, dass sich Bund und Länder über die Ziele und Umsetzungsstrategie abstimmen. Dazu zählt die Frage, was in Regionen geschieht, in denen es keinen marktgetriebenen Ausbau gibt. Auch handhabbare Regelungen, etwa im Bereich beihilferechtlich relevanter Förderungen, können zur Beschleunigung des Ausbaus beitragen.

Vielen Dank für das Gespräch!

Das Interview führte Anja Rath.



Smart Country

Das trendige Image der Städte läuft dem Leben im ländlichen Raum gerne den Rang ab, insbesondere wenn es um den Anschluss an die Digitalisierung geht. Warum ist nicht auch vom smarten Land die Rede?

[VON ANKE KNOPP]

Es gibt sie, die gesellschaftlichen Herausforderungen, denen sich insbesondere die nicht-urbanen Regionen stellen müssen: demografischer Wandel, Abwanderung von hoch- und gutqualifizierten Jüngeren, Landflucht, Fachkräftemangel, medizinische Versorgung, Einkaufen, Teilhabe. Neben dem eher populistischen Ansatz, die schrumpfenden regionalen Flecken abzuwickeln, zeigen sich digitale Alternativen. Die Digitalisierung durchwirkt alle Bereiche des gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Lebens: von der Steuerung der Kaffeemaschine via Smartphone bis hin zur digitalen Suche nach einem Kita-Platz. Wir brauchen mehr intelligente Dörfer, so die Idee. Sicher ist: Ohne Land ist kein Staat zu machen. Denn bei der ausschließlichen Rede von smarten Städten wird vergessen, dass mehr als die Hälfte der Deutschen auf dem Land lebt. Wie also kann die digitale Transformation auch für den ländlichen Raum gelingen, um diesen als Lebensraum mit Perspektive zu stabilisieren und attraktiv zu erhalten?

Ideen für den digitalen Wandel

Für diese Herausforderungen hat eine Gruppe aus Experten unterschiedlicher Bereiche auf Einladung des Collaboratory e.V. (CoLab) nach Lösungen gesucht. Das CoLab ist eine unabhängige Plattform für Fragestellungen des digitalen Wandels in Deutschland. Es bietet Akteuren aus allen gesellschaftlichen Bereichen die Möglichkeit, Debatten über Digitales zu führen und Lösungsansätze zu finden. Von Google 2010 initiiert, ist das CoLab seit 2012 ein gemeinnütziger Verein mit Sitz in Berlin. In einer sechsmonatigen Initiative analysierten die CoLab-Teilnehmer der Initiative zur ländlichen Digitalisierung Pilotprojekte und entwickelten Handlungsempfehlungen – am Ende stand die Idee von „SmartCountry“.

„Smart“ ist Handlungsfrage

Angelehnt an die 2014 von Willi Kaczorowski eingeführte Klassifizierung in „Die smarte Stadt“ haben die Experten sechs Bereiche für den ländlichen Raum identifiziert, die durch smarte Innovationen verändert werden könnten: Verwaltung und Politik, Mobilität und Logistik, Wertschöpfung, Bildung, Energie und Umwelt, Gesundheit und Pflege. „Smart“ sind dabei Konzepte, die helfen, die Siedlungsräume durch vernetzte Informations- und Kommunikationstechnologie und Digitalisierung technologisch fortschrittlicher, effizienter, grüner und sozial inklusiver

zu machen und letztendlich zu mehr Lebens-, Arbeits- und Aufenthaltsqualität beizutragen. Smart steht aber auch für eine Haltung von Akteuren bei der Vernetzung und neue Formen der Zusammenarbeit. Das gilt auch für die Teilnehmer des CoLabs: Sie nutzen die gewonnenen Erkenntnisse und Kontakte für ihre eigene Arbeit. Die Experten wollen schrumpfende Regionen dabei unterstützen digitale Strategien zu entwickeln, indem sie Möglichkeiten aufzeigen, die sich aus der Kombination der „SmartCountry“-Idee mit Datenindikatoren ergeben.

Breitband als Grundlage

Eine erste Voraussetzung für ein vernetztes Vorhaben im ländlichen Raum ist eine digitale Infrastruktur, also eine flächendeckende Versorgung mit schnellem Breitband. Wie diese aussehen und finanziert werden kann, muss in einer aktiven Auseinandersetzung mit der Thematik vor Ort geklärt werden. Das ist in der Regel eine kommunale Aufgabe. Diese Auseinandersetzung fällt leichter, wenn man sich die digitalen Möglichkeiten vor Augen hält, die am Ende realisierbar sind. Dazu gibt es konkrete Beispiele: Die CoLab-Teilnehmer stellen sie gebündelt zu den jeweiligen Themenbereichen in ihrer Zusammenfassung der Ergebnisse aus „SmartCountry“ vor. ■

SERVICE:

Zum Weiterlesen

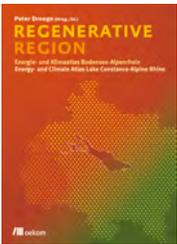
www.collaboratory.de/w/Ergebnisse_der_Initiative_Smart_Country



KONTAKT:

Dr. Anke Knopp
Bertelsmann-Stiftung
Telefon: 05241 81-81305
<http://blog.wegweiser-kommune.de/>

angelesen



Auf dem Weg zur energieautonomen Region

Der europäische Vierländerraum um den Bodensee kann zu einer Modellregion werden – davon sind die Forscher des interdisziplinären Projekts „Bodensee-Alpenrhein Energieregion – BAER“ überzeugt. Mit zahlreichen Karten, Tabellen und Grafiken stellen sie die Ergebnisse ihrer modellbasierten Analyse vor. Sie untersuchten das Verkehrsverhalten, den Energieverbrauch und Möglichkeiten der Energieerzeugung. Fazit: Die Region könnte sich „nahezu vollständig mit regenerativen Energien selbst versorgen“ und sogar zur CO₂-Senke werden.

Für eine bürgernahe Energiewende, die mit einem gesellschaftlichen Wandel hin zu einer ressourcensparenden Lebensweise einhergehen könnte, gibt die Publikation allerdings kaum Anregungen. Und auch den Chancen von autonomen Energiesystemen auf regionaler Ebene wird wenig Raum gegeben. Wer mit diesem Buch eine umfassende Anleitung für die Entwicklung regenerativer Regionen erwartet, wird voraussichtlich enttäuscht, gleichzeitig kann das Buch – nicht zuletzt durch seine Fallbeispiele – vielfältige Inspirationen liefern. [stm]

Peter Droege (Hrsg.): Regenerative Region, Energie- und Klimaatlas Bodensee-Alpenrhein, oekom-Verlag, München 2014, 360 Seiten, ISBN 978-3-86581-455-5, 39,95 Euro



Mit dem Kompass zur passenden Förderung

Der EU-Kommunal-Kompass gibt einen schnellen, nutzerorientierten und anschaulichen Überblick über die europäischen Fördermittel aus dem Bereich der Europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESI-Fonds). Die 80-seitige Broschüre legt den Fokus auf Förderangebote, für die kommunale Akteure Förderanträge stellen können. Insbesondere für Neueinsteiger in die ESI-Förderung ist der EU-Kommunal-Kompass konzipiert: Eine Tabelle gibt einen Überblick über die verschiedenen Fördertöpfe und ihre thematische Ausrichtung. Außerdem bietet die Broschüre eine detaillierte Einführung in die Grundlagen der Antragstellung. Wichtige Finanzierungsbedingungen und -möglichkeiten werden erläutert, Verfahren der Fördermittelvergabe und Antragstellung beschrieben und es werden Möglichkeiten zur Kofinanzierung aufgezeigt. Best-Practice-Beispiele sowie Internetlinks zu Leitfäden und Datenbanken ergänzen die Broschüre. [mok]

Klaus Sauerborn, Ulrich Gehrlein, Herbert Klemisch et al (2014): EU-Kommunal-Kompass, Taurus Eco Consulting, 80 Seiten. Mehr Informationen und Download der Publikation unter www.eu-kommunal-kompass.de



Megatrend ländliche Räume

Laut statistischem Bundesamt leben 2050 nur noch 16 Prozent der Deutschen auf dem Land. Silver Society und Urbanisierung sei Dank: Wir werden immer älter und ziehen in die Städte. Hat das Modell Dorf bald ausgedient?

Diese Frage stellen sich auch die Autorinnen Janine Seitz und Lena Papasabbas und geben eine durchaus Mut machende Antwort. Sie stellen eine Typologie für die ländlichen Gemeinden von morgen vor: „Health-Villages“ bauen den Bereich der medizinischen Versorgung aus und ziehen so ältere Menschen mit Pflegebedarf und auch Wellness-Touristen an. „Bio-Oasen“ locken mit nachhaltig Erzeugtem Konsumenten und Produzenten. „Creative Hubs“ bieten Platz für neue Arbeitsformen und in den „Einsteiger-Kommunen“ oder den „Downshifting-Dörfern“ leben Menschen, die nach anderen Formen des Zusammenlebens suchen. Intelligente Fahrräder könnten ein neues Mobilitätszeitalter einläuten, Trade Schools für organisierten Wissensaustausch sorgen oder zukunftsweisende Apps das Crowdfunding erleichtern.

Nicht alle Dörfer können sich auf diese Weise weiterentwickeln, das ist klar. Aber ländliche Räume sind momentan ein Thema, das Zukunftsdenker und innovative Gestalter erreicht. [ifr]

trend update. Für Zukunftsdenker und innovative Gestalter. Das Comeback des Dorfes. Das ungeahnte Potenzial ländlicher Regionen für das 21. Jahrhundert: ZukunftsInstitut (Hrsg., 02/2015), 43 Seiten, ISSN 2192-7758, 19,90 Euro

angekündigt

Bundeswettbewerb „Kerniges Dorf!“

Die Agrarsoziale Gesellschaft (ASG) sucht Dörfer, die sich baulich an Veränderungen in der Bevölkerung anpassen und dabei nachhaltig mit ihren Flächen und Gebäuden umgehen. Beim bundesweiten Wettbewerb „Kerniges Dorf!“ können zum einen Dörfer ins Rennen gehen, die sich erst seit Kurzem mit dem demografischen Wandel beschäftigen und zunächst bei ihren Bewohnern ein Bewusstsein für Probleme wecken – etwa für solche, die Leerstände mit sich bringen. Zum anderen sind auch Orte angesprochen, die ihren Dorfbau bereits nahezu abgeschlossen haben. Offen ist der Wettbewerb außerdem für Orte, die vorbildlich zusammenarbeiten, um etwa Baugebiete zu teilen oder einen kontinuierlichen Erfahrungsaustausch zu pflegen. Sie können sich einzeln oder im Verbund bewerben. Insgesamt werden fünf gleichwertige Preise in Höhe von insgesamt 10 000 Euro vergeben. Der Wettbewerb wird vom Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) im Rahmen des Bundesprogramms Ländliche Entwicklung sowie der Landwirtschaftlichen Rentenbank gefördert. **Die Bewerbungsfrist endet am 30. April 2015.** [abb]



SERVICE:

Mehr Informationen und Anmeldung unter www.asg-goe.de/wettbewerb.shtml

Gesucht: Best-Practices zu Baukultur

Die Bundesstiftung Baukultur nimmt die Klein- und Mittelstädte sowie die ländlichen Räume Deutschlands in den Blick. Bei mehreren Baukulturwerkstätten will sie mit Akteuren zukunftsweisende Strategien für lebenswerte ländliche Räume diskutieren und die Frage beleuchten, wie die Baukultur dazu beitragen kann, die Lebensverhältnisse vor Ort aufzuwerten. Am 24. und 25. April geht es in Kassel um „Vitale Gemeinden“, am 9. und 10. Juli dreht sich in Regensburg alles um „Infrastruktur und Landwirtschaft“ und am 10. und 11. September diskutieren Aktive und Interessierte in Frankfurt „Planungsstruktur und Prozessqualität“. Bei diesen Veranstaltungen werden Projekte mit Modellcharakter, die zu einem Mehr an Baukultur führen, besprochen und bei einer Projektbörse vorgestellt. Die Ergebnisse der Baukulturwerkstätten fließen in den Baukulturbericht ein, der 2016 erscheinen soll. Interessierte sind zu den Veranstaltungen eingeladen und **können ihre Projekte bis 1. April 2015 bei der Bundesstiftung einreichen.** [abb]



SERVICE:

Mehr Informationen unter www.bundesstiftung-baukultur.de/aktionen/baukulturwerkstaetten-2015.html

Modellprojekte für Baukultur-Forschungsvorhaben gesucht

Eine gemeinsame Baukultur kann sich in einer Gemeinde besonders dann entwickeln, wenn sich die Vertreter aus Politik und Verwaltung mit zivilgesellschaftlichen Initiativen und Wirtschaftsakteuren verbünden. Das Forschungsvorhaben „**Baukultur konkret**“ setzt sich mit Baukulturinitiativen in ländlichen Räumen sowie Klein- und Mittelstädten auseinander und unterstützt sie bei ihrer Arbeit zur Förderung einer gemeinsamen Baukultur. Ein aktueller **Projektaufruf** richtet sich an **Interessierte, die Modellprojekt werden möchten.** Geplant ist, dass ein Forschungsteam den Teilnehmern vor Ort hilft, Hürden auf dem Weg zur Baukulturgemeinde zu identifizieren und zu überwinden. Das Forschungsprojekt wird vom Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Rahmen des Experimentellen Wohnungs- und Städtebaus (ExWoSt) durchgeführt und von der Bundesstiftung Baukultur begleitet. [abb]



SERVICE:

Mehr Informationen unter www.baukulturinitiative.de/projektaufruf.html

LandInForm

Ab sofort möchte ich **kostenlos** LandInForm – Magazin für ländliche Räume abonnieren. Bitte schicken Sie mir von jeder aktuellen Ausgabe _____ Exemplare.

Institution _____

Vorname/Nachname _____

Straße/Hausnr. _____

PLZ/Ort _____

Telefon _____ E-Mail _____

Datum _____ Unterschrift _____

Ich möchte den kostenlosen DVS-Newsletter landaktuell abonnieren.

bitte
freimachen

Sie können LandInForm auch im Internet unter www.land-inform.de bestellen.

Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung
Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume
Deichmanns Aue 29
53179 Bonn

Im Fokus unserer nächsten Ausgabe: Krisenfeste Regionen



Termine

10. bis 17. April	1. Demografie-Woche Unter dem Motto „Zukunft im Blick“ finden Veranstaltungen an verschiedenen Orten in Sachsen-Anhalt statt.	Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr Sachsen-Anhalt kurzlink.de/1_Demogr_Woche_15
5. Mai	Ziel erreicht? Die Zukunft der Mobilität in ländlichen Räumen Fachtagung in Nürnberg	Institut für Städtebau und Wohnungswesen, München; Institut für Städtebau Berlin kurzlink.de/Ziel_erreicht_5_15
18. bis 20. Mai	Zukunft im ländlichen Raum sozialverträglich gestalten! Europäische Fachtagung in Freiburg und St. Peter	Deutscher Caritasverband kurzlink.de/Caritas_Land_5_15
7. bis 14. Juni	IALB-Seminar 2015 – Länderübergreifend Beratungsinstitutionen erkunden Internationale Netzwerkwoche in Ebsdorfergrund-Rauischholzhausen	Landesbetrieb Landwirtschaft Hessen, Internationale Akademie land- und hauswirtschaftlicher Beraterinnen und Berater (IALB-Netzwerk) kurzlink.de/IALB-Seminar_6_15
27. Juni	Grünland – Erhaltung durch extensive Nutzung ✨ Tagung im Rahmen des Treffens des Europäischen Schäfernetzwerks vom 26. bis 28. Juni in Koblenz Info Seite 9	DVS und Verband der Berufsschäfer www.netzwerk-laendlicher-raum.de/ gruenland

Unser Fokuscartoon von Mele

